



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

BKG-Mitgliederversammlung in München:

Schlechte Stimmung im Krankenhaus

In deutschen Kliniken herrscht dicke Luft, wie bei der diesjährigen Mitgliederversammlung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) in München deutlich wurde. Aus Sicht der BKG-Vorsitzenden, Landrätin Tamara Bischof, ist das Verhalten der Politik gegenüber den Beschäftigten in den Kliniken von Misstrauen und Kontrollwahn geprägt. Die Krankenhäuser würden mit überbordender Bürokratie und überzogenen Forderungen belastet.

Hinzu kommen laut Bischof nun noch ungerechtfertigte Strafzahlungen, wie jüngst vom Bundestag mit dem MDK-Reformgesetz beschlossen. Danach müssen die Krankenhäuser künftig ab der ersten beanstandeten

solvenz anmelden müssten, weil Politik und Krankenkassen mit wirtschaftlichen und unrealistischen Vorgaben möglichst viele Kliniken aus dem Markt drängen wollten. „Diese ungeordnete kalte Strukturbereinigung durch die Hintertür muss beendet werden“, forderte die Präsidentin.

Strukturwandel unausweichlich

BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein stieß in dasselbe Horn: „Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen kennt nur einen Weg: Bei jeder Gelegenheit die Latte so hoch zu legen, dass möglichst viele Krankenhäuser daran scheitern und aus der Versorgung aussteigen.“

Selbstkritisch merkte die Mitgliederversammlung freilich an, dass der Strukturwandel in der

Krankenhausversorgung unausweichlich sei und die Klinikverbände sich in dieser Frage bislang zu passiv und abwehrend gezeigt hätten. Notwendig sei jetzt ein Krankenhauspapier in Berlin, in dem Bund und Länder zusammen mit den Kliniken die Krankenhausversorgung der Zukunft gestalteten.

Unausgelegene Gesetze

Kurskorrekturen müsse auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vornehmen, betonte Tamara Bischof: 20 Gesetze in 20 Monaten vorweisen zu können, sei noch lange keine Erfolgsbilanz. Damit könne man vielleicht weite Teile der Öffentlichkeit und die Medien beeindrucken. Viele Gesetze würden aber im Eiltempo durchgepeitscht und seien „unausgeleget und handwerklich unsolid“, so die BKG-Vorsitzende.

Als gravierendstes Beispiel nannte sie die von Spahn verordneten Pflegepersonaluntergrenzen. Statt besserem Schutz sei eine zusätzliche Gefährdung der Patienten eingetreten. Klinik- (Fortsetzung auf Seite 4)



Landrätin Tamara Bischof.
Bild: Atelier zudem Dirk Nitschke

Abrechnung neben der Differenz zwischen dem ursprünglichen und dem geminderten Rechnungsbetrag einen nach oben nicht gedeckelten „Aufschlag“ von zehn Prozent dieses Differenzbetrages an die Krankenkassen zahlen – mindestens jedoch 300 Euro pro Fall.

Unrealistische Vorgaben

Es sei „ein schlechter Witz und geradezu zynisch“, wenn Krankenhäuser künftig mit Strafzahlungen belegt würden, wenn sie Patienten nach der eigentlichen Behandlung noch einige Tage weiter versorgten, bis eine geeignete Anschlussversorgung – d. h. ein Reha- oder Pflegeplatz – gefunden sei, betonte Bischof. Sie beklagte, dass bundesweit immer mehr Krankenhäuser in-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



... und wenn ich prophetisch reden könnte
und alle Geheimnisse wüsste
und alle Erkenntnis hätte;
wenn ich alle Glaubenskraft besäße
und Berge damit versetzen könnte,
hätte aber die Liebe nicht,
wäre ich nichts ... 1 Kor 13

Liebe Leserinnen und Leser,
wir wünschen Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest
und für das neue Jahr Gesundheit, Lebensfreude, Zuversicht, Erfolg, Mut
und die sprichwörtliche Kraft, die Paulus in seinem Brief an die Korinther beschreibt,
die aus Ihrem Glauben – auch an sich selbst – und vor allem aus Ihrer Liebe erwächst.
Redaktion und Geschäftsleitung Ihrer Bayerischen Gemeindezeitung

Bild: Michael von Hassel

Bundes-SGK in Kassel:

Altschuldenhilfe und SGB II

Auf seiner Sitzung in Kassel hat der Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) einstimmig zwei Positionspapiere verabschiedet. Im Positionspapier „Altschuldenhilfe für finanzschwache Kommunen“ begrüßen die Kommunalpolitiker ausdrücklich die Initiative von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, eine gesamtdeutsche Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik zu finden. Im zweiten Papier widmet sich die SGK der Frage nach der Weiterentwicklung des SGB II und seiner vorgelagerten Sicherungssysteme aus kommunaler Sicht.

Mit Blick auf die Altschuldenhilfe des Bundes für finanzschwache Kommunen werden die Kommunalen Spitzenverbände aufgefordert, die entsprechende Initiative des Bundesfinanzministers zu unterstützen und sich gemeinsam für

diese einmalige Solidaritätsaktion auszusprechen. Grundsätzlich, so die Bundes-SGK, seien die Länder für eine aufgaben-



Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK, Vorsitzender der NRW-SGK und Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen.
Bild: Bundes-SGK / D. Bleicker

adäquate Finanzausstattung der Kommunen verantwortlich. Deshalb seien sie auch aufgefordert, die Initiative des Bundes zu unterstützen und sich an der Entschuldungsaktion in gleicher Höhe wie der Bund zu beteiligen. Im Rahmen der künftigen kommunalen Finanzausgleiche müssten sie für eine bessere Finanzausstattung der finanzschwachen Kommunen sorgen. Um eine der wesentlichen Ur-

sachen der Finanzschwäche von Kommunen zu begegnen, sei es unabhängig von der Altschuldenhilfe weiterhin erforderlich, die Kommunen von Soziallasten zu befreien. Dazu ist aus Sicht der Bundes-SGK nach wie vor eine höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach SGB II der zielführendste Weg.

Hilfe für ostdeutsche Wohnungswirtschaft

Das Eintreten einer Bundesauftragsverwaltung wird als akzeptabel erachtet. Darüber hinaus fordern die Sozialdemokraten eine erneute Hilfe für die ostdeutsche kommunale und genossenschaftliche Wohnungswirtschaft zur Entlastung von ihnen im Zuge der Transformation (Fortsetzung auf Seite 4)



In jedem Menschen sind Barmherzigkeit, mitmenschliche Solidarität und Hilfsbereitschaft verankert. Selbst wenn wir alle christlichen Symbole aus unserem vorweihnachtlichen Umfeld entfernen, es bleibt die Sehnsucht nach friedvollem Umgang miteinander – und die Hoffnung auf ein gutes, neues Jahrzehnt, meint der Bürgermeister. Seite 15

„Traumpaar der Zukunft“ prägt Nachtragshaushalt

Der allgemeine Staatshaushalt kommt im Jahr 2020 ohne neue Schulden aus – zum 15. Mal in Folge. Die Schuldentilgung liegt 2019 und 2020 bei jeweils 50 Millionen Euro. Statt einer Milliarde Euro in den kommenden beiden Jahren wird der Freistaat damit 900 Millionen Euro weniger zurückbezahlen. Die bayerischen Kommunen können zudem mit zusätzlichen 316 Millionen Euro rechnen. Der kommunale Finanzausgleich steigt damit auf fast 10,3 Milliarden Euro.

Finanzminister Albert Füracker nannte gleich mehrere Rekordzahlen bei der Vorstellung



Albert Füracker.

des Nachtragshaushalts 2020. Die realen Staatsausgaben steigen damit – bereinigt um den zum Jahresende auslaufenden Länderfinanzausgleich – erstmals auf über 60 Milliarden Euro. 14,6 Prozent (knapp neun Milliarden) würden für Investitionen aufgewendet, fast 260 Millionen mehr als zuletzt. „Dieser Investitions- und Innovationshaushalt ist beispiellos“, betonte Füracker.

Der Zuschlag auf den ursprünglich im Doppelhaushalt 2019/2020 geplanten Ansatz von knapp 59,8 Milliarden Euro beträgt rund 530 Millionen Euro. Neue Schulden sind dafür nicht nötig. Dafür aber wird die für dieses und kommendes Jahr veranschlagte Tilgung von Altschulden von einer Milliarde auf 100 Millionen Euro reduziert.

Hightech Agenda Bayern

„Wir stemmen die Herausforderungen der Zukunft, ohne irgendetwas zu vernachlässigen“, sagte Füracker in seiner Haushaltsrede. „Ein Zukunftsprogramm erster Güte“ sei der Nachtragshaushalt, geprägt von Innovationen und Investitionen. Der Finanzminister nannte sie „das Traumpaar der Zukunft“. Das Haushaltsvolumen steigt vor allem wegen der von Ministerpräsident Markus Söder angekündigten „Hightech-Agenda Bayern“. Dafür sind 2020 in einem ersten Schritt 346 Millionen Euro vorgesehen. Die Staatsregierung wird mit den Haushaltsmitteln 10.000 neue Studienplätze schaffen und 1.000

zusätzliche Professuren ermöglichen.

Die Bayerische Klimaschutzoffensive umfasst einen Zehn-Punkte-Plan mit 96 Maßnahmen. Die Offensive basiert auf den drei Säulen der bayerischen Klimapolitik: Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes in Bayern, Anpassung an die Folgen des Klimawandels und mehr Forschung in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz.

Bayerische Klimaschutzoffensive

Für die Klimaschutzoffensive stehen zusätzlich 60 Millionen Euro im Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 zur Verfügung – sowie jeweils 60 Millionen Euro in den drei Folgejahren. Bislang sind im Doppelhaushalt 2019/2020 für das beschlossene Klimaschutzprogramm 2050 des Freistaats insgesamt rund 231 Millionen Euro für den Klimaschutz veranschlagt, davon rund 125 Mio. Euro im Jahr 2020. Das Volumen für den Klimaschutz steigt damit auf rund 185 Millionen Euro allein im Jahr 2020 an. Ziel ist zudem ein deutliches Plus beim Natur- und Artenschutz in Bayern. Die neuen gesetzlichen Regelungen werden durch umfangreiche Förderprogramme und mehr Beratung begleitet. Im Entwurf des Nachtragshaushalts 2020 sind (Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Mit Quote gegen Ärztemangel	2
Bedrohung jüdischen Lebens	2
GZ-Kolumne Anne-Marie von Hassel: Gesegnete Weihnachten und eine gute Zukunft für unsere Kinder!	3
Jahrespressekonferenz des Hauses der Bayerischen Geschichte	3
Die Web-App MUSbi kommt auch in die Oberpfalz.	3
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	4-5
Breitband · Digitalisierung · Kommunikationstechnik	6-8
Kommunale Finanzthemen	8-11
Kommunale Bauthemen	11-13
Aus den bayerischen Kommunen.	14-16

Mit Quote gegen Ärztemangel

Um den Arztbedarf in ländlichen Regionen in Bayern abzudecken, werden die Zulassungsbedingungen zum Medizinstudium teilweise gesenkt – dafür hat jetzt die Landtagsmehrheit votiert. Je nach Bedarf werden künftig rund 100 Studienplätze im Rahmen der sogenannten Landarzt-Quote vergeben. Für die Bewerber ist demnach nicht allein die Abiturnote entscheidend.

Mit großer Mehrheit hat sich der Landtag für die Einführung einer Landarztquote zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung in den ländlichen Regionen Bayerns ausgesprochen. Die gesetzliche Regelung sieht vor, dass ab dem Wintersemester 2020/21 bis zu 5,8 Prozent der Medizinstudienplätze im Freistaat – derzeit rund 100 – für Bewerber reserviert werden, die sich für die Zeit nach ihrer Ausbildung mindestens zehn Jahre zu einer Tätigkeit als Hausarzt außerhalb großer Städte verpflichten. Für den Zugang ist nicht die Abiturnote entscheidend, sondern vor allem ein Eignungstest. Wer „praktisch bereits in einem Gesundheitsberuf qualifiziert ist“ oder ehrenamtlich tätig ist, hat ebenfalls Chancen.

Brandl: Stabile Grundversorgung zwingend

Auf Antrag der Regierungsfractionen von CSU und Freien Wählern wird analog dazu ab dem Wintersemester 2021/22 eine Amtsarztquote in Höhe von einem Prozent der Medizinstudienplätze eingeführt. Denn auch hier droht ein Ärztemangel. Das neue Landarzt-Gesetz wird auch von Kommunalverbänden größtenteils begrüßt. Gemeindetags-Präsident Uwe Brandl spricht von „deutlich po-

sitiven Mosaiksteinen“. Er sehe, dass man auf lange Sicht eine stabile Grundversorgung für die ländlichen Räume entwickeln wolle. Gegen die Pläne stimmten Bündnis 90 / Die Grünen und FDP, die AfD enthielt sich der Stimme.

Folgt die Facharztquote?

Bernhard Seidenath (CSU) erklärte, der Unterversorgung in den ländlichen Räumen müsse „sinnvoll und effektiv“ begegnet werden. Schon heute sei gut ein Drittel der bayerischen Hausärzte älter als 60 Jahre, viele Praxen würden ohne ausreichenden Nachwuchs bald verweisen. Die Staatsregierung wirke dem bereits mit der Ausweisung zusätzlicher Studienplätze in Augsburg und Bayreuth entgegen. Neben Stipendien und einer Niederlassungsförderung seien die Land- und Amtsarztquoten weitere Schritte zur Sicherstellung einer flächendeckenden Medizinerversorgung. Mit dem Stipendienprogramm wurden laut Staatskanzlei bisher 221 Studierende unterstützt.

Susann Enders (Freie Wähler) erklärte, mit der Landarztquote werde ein seit Jahren geäußerter Wunsch ihrer Fraktion Wirklichkeit. Sie bezeichnete die Regelung als „wichtigen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im

ganzen Land“. Per Ergänzungsantrag forderten CSU und Freie Wähler die Staatsregierung auf, auch eine Facharztquote zu prüfen. Die SPD stimmte dem Gesetz trotz erheblicher Bedenken wegen der langen Laufzeit und der Vertragsstrafenregelung zu. „Am Ende ist alles willkommen, was hilft, dem Ärztemangel auf dem Land zu begegnen“, begründete die SPD-Abgeordnete Ruth Waldmann das Ja ihrer Fraktion. Sie warnte jedoch davor, die geplante Reservierung für angehende Facharztstudenten einfach auf die Landarztquote anzurechnen. Sollten weitere Professionen aufgenommen werden, müsse die Quote entsprechend erweitert werden, betonte Waldmann.

Kritik an Strafandrohung

Für Christina Haubrich (Bündnis 90 / Die Grünen) ist die Landarztquote dagegen „nicht der richtige Weg“ zur Bekämpfung des zunehmenden Ärztemangels auf dem Land. Die berufliche Zukunft junger Menschen inklusive Ausbildungs- und Verpflichtungszeit auf gut 20 Jahre festzulegen, sei nicht zielführend, meinte sie. Zudem wirke die angedrohte Vertragsstrafe in Höhe von 250.000 Euro abschreckend. Sie wird laut Gesetz fällig, wenn ein „Quotenarzt“ die zehnjährige Verpflichtungszeit nicht einhält. Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) verteidigte die Strafandrohung. Ihre Höhe entspreche in etwa dem Betrag, den der Freistaat für die Ausbildung eines Mediziners ausbebe.

Deutscher Engagementpreis 2019 für bayerische Initiativen:

Leben bewahren, Grenzen überwinden

Bei einer Feierstunde in Berlin ist der Deutsche Engagementpreis 2019 verliehen worden. Unter den Geehrten, die sich auf vielfältige Art und Weise für den Zusammenhalt im Land stark machen, befinden sich auch bayerische Vertreter. Initiator und Träger des vom Bundesfamilienministerium geförderten „Preises der Preise“ für bürgerschaftliches Engagement ist das Bündnis für Gemeinnützigkeit.

Mit dem Dachpreis für freiwilliges Engagement und damit jeweils 5.000 Euro Preisgeld wurden das Projekt „Mikroplastik - Gefahr aus dem Haushalt?“ aus Friedberg und die CDS GmbH aus München ausgezeichnet. Der mit 10.000 Euro dotierte Publikumspreis ging an den Verein SOKO Tierschutz aus Planegg.

In der Kategorie „Leben bewahren“ haben sich drei Schülerinnen aus Friedberg dem Problem Mikroplastik gestellt. Sie erforschen, wo das Mikroplastik herkommt. Ihre Idee: Mikroplastikfilter für Waschmaschine und Waschbecken bekämpfen die Schadstoffe direkt an der Quelle, so dass diese gar nicht erst ins Abwasser geraten. Mit diesen Filtern kann jeder beim Waschen einfach und effektiv selbst zum Umweltschutz beitragen.

Sieger in der Kategorie „Grenzen überwinden“ ist die CDS GmbH, ein Repro-Unternehmen aus München. Von den rund 70 Mitarbeitern sind etwa 13 Prozent gehörlos oder haben starke

Einschränkungen beim Hören. Damit die Kommunikation auch mit Barrieren im Alltag gut klappt, bietet die Firma Gebärdensprachkurse für die ganze Belegschaft an. Außerdem arbeiten zwei Geflüchtete in dem Team mit, das aus 14 Nationalitäten besteht.

Ziel ist es, alle Mitarbeitenden unabhängig von Voraussetzungen oder Einschränkungen sofort ins Team einzubinden und neue Begegnungsräume zu schaffen. Die Firma kooperiert mit einer Fachoberschule aus der Region, damit Praktikanten mit Hörbeeinträchtigung beschäftigt werden können.

In einer Online-Abstimmung über den Publikumspreis wurde der Verein SOKO Tierschutz aus Planegg auf den ersten Platz gewählt. Seit seiner Gründung vor sieben Jahren liegt die Besonderheit der Vereinsarbeit in investigativer Recherche. In öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen machen die aktiven Mitglieder gegen Rechtsbrüche in der Tierhaltung und für die Rechte der Tiere mobil. So deckten sie bisher unbekannte Missstände auf, wie die systematische Schlachtung kranker Kühe oder illegale Primatenversuche. Die Engagierten klären Verbraucher mittels medialer Berichterstattung über Tierhaltung und Fleischproduktion auf. Dabei nehmen sie auch die Folgen für die Umwelt und den Schutz der Menschen in den Blick. **DK**

Engere Kooperationen gefordert

Haubrich forderte statt Quoten „kluge Maßnahmen“. Es brauche noch mehr Studienplätze, ein für alle Bewerber von der Abiturnote abgekoppeltes Auswahlverfahren sowie die engere Kooperation von Universitäten und regionalen Krankenhäusern.

Zudem seien mehr Niederlassungshilfen und eine höhe-

re Attraktivität des Hausarztberufes erforderlich. Diese Einschätzung teilte Dominik Spitzer (FDP). „Der Landarztmangel beruht auf keinem Kapazitäts-, sondern einem Attraktivitätsproblem“, verwies er auf die hohe Bürokratie- und Arbeitsbelastung. Spitzer kritisierte die starre Verpflichtungsregel. Diese berücksichtige keine Elternzeit oder den Wunsch nach Teilzeitarbeit gerade vieler Ärztinnen. **red**

Bayerischer Gemeindetag zum Mobilfunkausbau:

Was gilt jetzt?

Bayerns Städte und Gemeinden fordern Bund und Freistaat zur Klärung auf: sind kommunale Ausbaumaßnahmen aufgrund der Digitalstrategie Mobilfunk der Bundesregierung nun obsolet?

Bayerns Gemeinden und Städte sind nach der Ankündigung der Bundesregierung auf dem Digitalgipfel Mobilfunk in Meseberg hochgradig verunsichert: sind die derzeit laufenden gemeindlichen Baumaßnahmen für Mobilfunkmasten hinünftig, weil der Bund nun eine eigene Mastenbaugesellschaft ankündigt und mit eigenen Fördermaßnahmen die Mobilfunkbetreiber zum Lückenschluss in ländlichen Gegenden bewegt?

Brandl: Wirrwarr beenden!

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Nun ist die Konfusion perfekt. Über Jahre hat man den Gemeinden und Städten weis gemacht, dass die sogenannten „weißen Flecken“ fehlender Mobilfunkversorgung in den ländlichen Gegenden nur dadurch beseitigt werden können, dass die Gemeinden und Städte selbst Mobilfunkmasten aufbauen und die entsprechende Infrastruktur errichten. 460 bayerische Gemeinden haben sich auf den steinigen Weg gemacht und entsprechende Baumaßnahmen eingeleitet. Mit Fördergeld vom Freistaat. Und jetzt kommt der Bund daher und kündigt an, eine eigene Mastenbaugesellschaft zu gründen und in Auktionen der Netzbetreiber die Erschließung gegen Förderung aufzuerlegen. Was sollen Bayerns Gemeinden und Städte nun tun? Ist damit das bayerische Ausbauprogramm hinünftig? Wir fordern Bund und Freistaat auf, umgehend eine zwischen Bund und Bayern abgestimmte Empfehlung für die bayerischen Kommunen zu geben und den Wirrwarr zu beenden.“

Brandl forderte die Bundesregierung zudem auf, den gestrigen Ankündigungen schnellstens Taten folgen zu lassen und konkrete Maßnahmen und einen Zeitplan für den Lückenschluss von Mobilfunk in ländlichen Gegenden vorzulegen. **□**

Präsidium des Bayerischen Landkreistags nimmt IHRA-Definition an:

Bedrohung jüdischen Lebens

Spaenle: Das Netz fungiert als Brandbeschleuniger

Der Anschlag auf die Synagoge von Halle mit zwei Todesopfern am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur hat die Menschen in Deutschland aufs Tiefste schockiert und eine hässliche Wahrheit offenbart, vor der niemand mehr die Augen verschließen kann: Es gibt nicht nur Hass gegen jüdisches Leben, sondern er wird immer größer. Staatsminister a.D. Dr. Ludwig Spaenle, Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, war in der jüngsten Sitzung des Präsidiums des Bayerischen Landkreistags deutlich: „Auch nach dem Desaster der NS-Zeit war Judenmord in Deutschland immer da. Heute ist dieses Phänomen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit mit neuer Dominanz angekommen. Halle ist ein neuer dramatisch negativer Höhepunkt.“

Nach Spaenle leben in Bayern rd. 16.000 Juden überwiegend in den fränkischen und schwäbischen Regierungsbezirken, wobei allerdings München die größte jüdische Gemeinde Deutschlands darstellt. Besonders erschreckend seien Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit jüdischen Mitbürgern, die immer häufiger im Alltag eine Rolle spielen würden. So glaubten manche tatsächlich, dass Juden in Deutschland keine Steuern bezahlen müssten.

Tabus werden gebrochen und Toleranzschwellen verschoben

Die erschreckenden Dimensionen des Judenmordes sind nach dem Beauftragten auf zwei Dinge zurückzuführen. Mit der Veränderung des politischen Klimas werden Tabus gebrochen und Toleranzschwellen verschoben. Die Relativierung der NS-Zeit zum Beispiel durch den Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, Alexander Gauland, indem er diese als „einen Vogelschiss in 1000 Jahren deutscher Geschichte“ bezeichnete, würde Zeichen aussenden, die bei entsprechenden Zielgruppen ankämen. Zugleich fungiere das Netz als Brandbeschleuniger.

Die Bedrohung jüdischen Lebens ist für die bayerischen Landrätinnen und Landräte unerträg-

lich. Das Präsidium des Bayerischen Landkreistags sprach sich deswegen einstimmig und vehement dafür aus, die Aktivitäten von Dr. Spaenle zu unterstützen. Schon heute wird durch viele individuelle Maßnahmen vor Ort der Kampf gegen den Antisemitismus geführt. So hat unter anderem der Landkreis Lichtenfels mit seinem Projekt „13 Führerscheine – 13 jüdische Schicksale“ international von sich reden gemacht.

Mit der Annahme der IHRA-Definition durch das Präsidium des Bayerischen Landkreistags wird der Kampf gegen Antisemitismus in Zukunft auch einen übergeordneten institutionellen Rahmen haben. Ausgangspunkt der Erklärung ist die Definition von Antisemitismus, die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) entwickelt wurde.

Im Rahmen dieser Allianz arbeiten 32 Staaten zusammen. Der Deutsche Bundestag hat diese Definition im Herbst 2018 als fünftes nationales Parlament in Europa förmlich angenommen. Der Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung hat sich bei der Bayerischen Staatsregierung und beim Bayerischen Landtag, bei den Kommunalen Spitzenverbänden, bei Medienvertretern, Wirtschaftsverbänden und Sport- und Kulturvereinen für



Dr. Ludwig Spaenle.

Bild: CSU

geschlossene Arbeitsdefinition von Antisemitismus, die das Präsidium des Bayerischen Landkreistags angenommen hat, lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“ Weiter heißt es: „Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten.“

Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, hierzu: „Antisemitische Meldungen sind erschütternd. Wir werden alles tun, was auch nur ansatzweise helfen kann, um diese katastrophalen unsäglichen Entwicklungen einzudämmen oder diesen etwas entgegenzusetzen.“ **□**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Theo Bauer
95697 Nagel
am 29.12.

Landrat Georg Huber
84453 Mühldorf a. Inn
am 6.1.

Bürgermeister Erich Odörfer
90518 Altdorf b. Nbg.
am 7.1.

Bürgermeister Alfred Kolenda
95362 Kupferberg
am 7.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Schwäbl
85567 Bruck
am 23.12.

Bürgermeister Johann Ziegleder
84546 Egglkofen
am 23.12.

Bürgermeister
Wilhelm Hutzenhaler
84079 Bruckberg
am 31.12.

Bürgermeister Franz Hofstetter
84416 Taufkirchen
am 4.1.

Bürgermeister Max Riegler
85406 Zolling
am 6.1.

Bürgermeister Sebastian Mair
85395 Wolfersdorf
am 6.1.

Bürgermeister Klaus Bartel
97848 Rechtenbach
am 8.1.

Bürgermeister Wolfgang Frank
94339 Leiblfing
am 9.1.

Bürgermeister
Wolfgang Beiergrößlein
am 15.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Albert Vogler
85301 Schweitenkirchen
am 30.12.

Bürgermeister Herbert Kirsch
86911 Dießen a. Ammersee
am 2.1.

Bürgermeister
Volker Faulhaber
97270 Kist
am 14.1.

Bürgermeister
Günther Pfefferer
86653 Monheim
am 14.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Stefan Bosse
87600 Kaufbeuren
am 24.12.

Oberbürgermeister
Armin Neudert
86609 Donauwörth
am 11.1.

Bürgermeister Stefan Kolbe
85757 Karlsfeld
am 11.1.

Bürgermeister Jürgen Eisen
89257 Illertissen
am 14.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Frank Müller
91472 Ipsheim
am 19.12.

Bürgermeister Martin Scharr
86687 Kaisheim
am 7.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Landrat Christoph Göbel
81541 München
am 19.12.

Bürgermeister Christian Hauner
93138 Lappersdorf
am 4.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Habel
90579 Langenzenn
am 21.12.

Bürgermeister Dieter Dehling
92278 Illschwang
am 8.1.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

HDBG-Jahrespressekonferenz:

Spannende Momente

Ein Besuchermagnet ist das im Juni eröffnete Haus der Bayerischen Geschichte am Donaumarkt in Regensburg. Ende September gesellte sich im Sonderausstellungsbereich des Museums die Bayerische Landesausstellung „100 Schätze aus 1000 Jahren“ dazu. Einen Rückblick auf dieses ebenso außergewöhnliche wie erfolgreiche Jahr gab Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, im Münchner Presseclub.

Nach nur knapp einem halben Jahr steuert eines der modernsten Häuser in Europa mit Riesenschritten auf 400.000 Besucherinnen und Besucher zu. Davon waren 230.000 in der Dauerausstellung und 65.000 in der Bayerischen Landesausstellung „100 Schätze aus 1000 Jahren“, betonte HDBG-Direktor Loibl. Insgesamt wurden zwischenzeitlich über 2.000 Führungen durch die Ausstellungen in Anspruch genommen und rund 10.000 Mal auf die digitalen Zusatzangebote des Mediaguides zurückgegriffen.

Bavariathek

Eine weitere Neuheit wird es in Regensburg 2020 geben: Im Mai eröffnet mit der Bavariathek das medienpädagogische Schulungszentrum des Museums. Die Bavariathek bringt Bayerns Geschichte in den virtuellen Raum und bietet insbesondere Schulklassen vielfältige Möglichkeiten zum Forschen und zum Erstellen eigener Medien. Mit technischer Ausstattung vom Greenscreen über Schnittplätze bis zu Sprecherkabinen werden dort flexible Projekt- und Studioräumen als „virtuelle Werkbank“ bereitstehen.

Ausstellung 2020: Die 1920er in Bayern

Eine neue Zeitreise steht ab 25. September 2020 im Donausaal bereit: Mit der Bayern-Ausstellung „Tempo, Tempo – die 1920er in Bayern“ wird mit Ausstellung und einigen Veranstaltungshighlights diese spannende Dekade des Aufbruchs und Umbruchs in den Mittelpunkt

gerückt, wie Projektleiter Dr. Wolfgang Jahn berichtete.

Gezeigt werde die bunten Facetten dieses bewegten Jahrzehnts: Die Folgen des Ersten Weltkriegs, die Hyperinflation und die Extremisten von links und rechts belasten die junge Demokratie. Trotzdem ermöglicht wirtschaftlicher Aufschwung bescheidenen Wohlstand und zunehmende persönliche Mobilität.

Schreibmaschine und Telefon sorgen für neue Arbeitsplätze besonders für Frauen im Büro. Der Rundfunk informiert über die Ereignisse der Welt. Staubsauger und Föhn kommen in Gebrauch. Die Sehnsucht, auch der Motorradfahrer, richtet sich auf das Automobil, die Zulassungszahlen steigen rasant an, damit auch die Unfallzahlen. Plakate und drastische Verkehrsfilmchen mahnen zu mehr Vorsicht. Das Tempo dieses Jahrzehnts wird auch an den neuen Tanzstilen, neuen Musikinstrumenten und den bis heute populären Schlagern deutlich.

Viele Originalexponate, Filme, Musikbeispiele und Hörstationen ermöglichen den Besuchern einen bunt gemischten Rundgang durch dieses Jahrzehnt. Die Ausstellung wird von einem spannenden Begleitprogramm ergänzt, das live und in Farbe in die Kulturszene jener Zeit führen wird.

Landesausstellung 2020

Einen Einblick in die kommende Bayerische Landesausstellung „Stadt befreit. Wittelsbacher Gründerstädte“, die 2020 stattfinden wird, gab schließlich Projektleiter Dr. Peter Wolf. Aus-

stellungsorte sind das neu renovierte Wittelsbacher Schloss in Friedberg und das FeuerHaus in Aichach im Wittelsbacher Land – dort, wo der Aufstieg der späteren Kurfürsten- und Königsfamilie der Wittelsbacher seinen Anfang nahm.

Die Bayerische Landesausstellung 2020 erzählt, wie und wann Bayern zum Städteland wurde. Das uns heute so vertraute System der bayerischen Städte und Märkte ist in einem historisch gesehen verhältnismäßig kurzen Zeitraum etwa von 1200 bis 1300 entstanden.

In den nach der Renovierung nun wieder zugänglichen historischen Räumen von Schloss Friedberg präsentiert die Ausstellung mit kostbaren Leihgaben die Gründungsgeschichte der altbayerischen Städte bis ins Spätmittelalter. Erzählt wird von den wenigen traditionellen Metropolen und den neuen Zentren, von Herrschern und Siedlern, von Handel und Wandel und dem Entstehen einer selbstbewussten stadtbürgerlichen Welt.

Planstädte und Zukunftsvisionen

In Aichach steht für die Landesausstellung die multifunktionale Halle des Feuerhauses direkt am Rand der Altstadt zur Verfügung. Das Ausstellungsgebäude bietet den nötigen Freiraum für multimediale Inszenierungen. Hier erleben die Besucher virtuell Stadtgeschichten aus dem Mittelalter und können diese mit der heutigen bayerischen Städtelandschaft und ihrer eigenen Lebenswelt verbinden. Beleuchtet werden auch Planstädte und Zukunftsvisionen von gestern, heute und morgen. Darüber hinaus wird ein für Landesausstellungen neuartiges Konzept angewendet, bei dem die idealtypische „wittelsbacher“ Stadtanlage Aichachs mit Führungen aus der Ausstellung heraus erschlossen wird. **DK**

Die Web-App MUSbi kommt auch in die Oberpfalz

Museen und Schulen zusammenführen: Diese Idee steckt hinter dem Projekt Museum und der Web-App MUSbi, die die KulturServiceStelle des Bezirks Oberfrankens seit fünf Jahren erfolgreich betreibt. Durch eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Bezirken Oberfranken und der Oberpfalz werden künftig auch museumspädagogische Programme aus der Oberpfalz in die App integriert. Damit wird das Angebot deutlich erweitert.

„MUSbi ist ein voller Erfolg. Es ist schön, dass unser Projekt nun nach Unterfranken auch in der Oberpfalz zum Tragen kommt“, freute sich Oberfrankens Bezirksstagspräsident Henry Schramm bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung im Beisein seines Amtskollegen aus der Oberpfalz, Franz Löffler.

In den kommenden Wochen und Monaten werden nun auch

Angebote aus der benachbarten Oberpfalz unter musbi.de zu finden sein. „Ich freue mich, dass zu der Förderung nichtstaatlicher Museen, die der Bezirk Oberpfalz leistet, nun mit MUSbi eine weitere sinnvolle Unterstützung hinzukommt. Dadurch können die Oberpfälzer Museen ihr Wissen und ihre Inhalte zeitgemäß an die nachfolgenden Generationen weitergeben. Ge-

rade in der heutigen Zeit, in der Kinder und Jugendliche oft der globalen digitalen Welt näher sind als ihrer eigenen Heimat, wird ein pädagogisch gut gestaltetes Museumsbesuch immer wichtiger“, hob Löffler hervor.

Erweitertes Angebot

Museen und Schulen zusammenführen, diese Idee steckt hinter der interaktiven Web-App MUSbi, die die KulturServiceStelle des Bezirks Oberfranken Ende 2014 erfolgreich auf den Weg gebracht hatte. „Mittlerweile sind über 200 museumspädagogische Programme von 60 Museen aus Ober- und Unterfranken enthalten. Durch die nun geschlossene Kooperationsvereinbarung mit dem Bezirk Oberpfalz wird die Anzahl der angebotenen museumspädagogischen Programme nochmals deutlich erweitert“, erklärt Barbara Christoph, Leiterin der KulturServiceStelle des Bezirks Oberfranken den Umfang, den die Plattform mittlerweile angenommen hat.

Modellprojekt

Ziel ist es, dass Schulen und Museen näher zueinander finden und hochwertige museumspädagogische Angebote schulgerecht aufbereitet und präsentiert werden. „Das Modellprojekt war von Beginn an für ganz Bayern angelegt. Wir freuen



Zusammen mit seinem Amtskollegen Franz Löffler (sitzend links) aus der Oberpfalz unterzeichnete der oberfränkische Bezirksstagspräsident Henry Schramm (sitzend rechts) im Beisein von Florian Schwemin (stlv. Bezirksheimatpfleger Oberpfalz), Dr. Tobias Appl (Bezirksheimatpfleger Oberpfalz), Prof. Dr. Günter Dippold (Bezirksheimatpfleger Oberfranken) und Barbara Christoph (Leiterin der KulturServiceStelle des Bezirks Oberfranken) (stehend von links) die gemeinsame Kooperationsvereinbarung. **Bild: Sabine Heid**

GZ

KOLUMNE

Anne-Marie von Hassel

Liebe Leserinnen und Leser!

„Wie geht's dem Kommunalwald?“, fragten wir in GZ Nr. 23, in unserem Newsletter und in unserem Netzwerk. Zunächst sage ich heute schon ein herzliches Dankeschön für die große Resonanz. Viele von Ihnen haben sich große Mühe gemacht und uns detaillierte Antworten zukommen lassen.

Dem ausführlichen Bericht, den wir für Sie zusammenstellen, will ich heute noch nicht vorgreifen. Aber über eine Tendenz muss ich doch berichten. Und die ist traurig. Es sieht leider nicht nur nicht gut aus; es sieht vielmehr sehr schlimm aus. Die Schäden sind immens. Schuld sind die trockenen Sommer und damit verbunden eklatante Trockenschäden, schuld ist der Borkenkäfer, schuld sind vor allem die Monokulturen, die seit Jahrhunderten unsere „Kultur“landschaft



Gesegnete Weihnachten und eine gute Zukunft für unsere Kinder!

prägen. Seinerzeit wurden sie von ausgewiesenen Fachleuten angelegt, die davon überzeugt waren, mit dieser Art Forstwirtschaft in jeder Hinsicht die besten Ergebnisse zu erzielen. Vor 70, 80, 100 Jahren pflanzte man Fichtenwälder. Die Gemeine Fichte ist ein forstwirtschaftlich bedeutsamer Holzlieferant. Zwar können diese Bäume sehr alt werden; die forstliche Umtriebszeit beträgt dagegen nur 80 bis 100 Jahre. Im Jahr 2017 wurde die Fichte „Baum des Jahres“ in Deutschland. Forstleute fürchten, dass die Fichte bei uns in fünf Jahren verschwunden ist.

Auf die Frage „Was haben Sie in den nächsten Jahren vor, um den Wald möglichst fit für den Klimawandel zu machen?“, gibt es zahlreiche kreative Antworten ebenso wie den lapidaren Ausruf: „beten!“

Wir alle sind betroffen von Schäden, die vermeintliche Fachleute – ob guten Glaubens, oder aus Geschäftstüchtigkeit sei dahingestellt – lange vor unserer Zeit angerichtet haben. So, wie sie vor 200 Jahren Flüsse begradigten, oder – bis in die heute Zeit – unsere Böden

toddüngten und unser Grundwasser belasteten.

Wir haben uns etwas vorgaukeln lassen von einer korrupten Autoindustrie, die uns belogen und betrogen hat und das nicht zuletzt deshalb, weil eine Ministerialbürokratie Grenzwerte definierte, die technisch gar nicht haltbar waren. Viele Menschen „tricksen“ halt.

So scheint es mir mit einem Teil der Argumente zu sein, die unsere Bundestagsabgeordneten quer durch alle Parteien mehrheitlich zur Zustimmung für ein „Masernschutzgesetz“ veranlassen. Ob sich diejenigen ihrer Verantwortung bewusst waren, die sie auf sich nahmen, als sie die Freiheitsrechte der Einzelnen so grundgesetzwidrig beschnitten?

Deutscher Städtetag und Bundesrat hatten sich massiv gegen diesbezügliche Pläne von Jens Spahn ausgesprochen, der uns ja bekanntermaßen permanent übereilt mit unausgegorenen Gesetzesvorlagen überzieht, die in totalitären Staatssystemen üblich sind, aber bei uns bisher nicht vorstellbar waren. Ob es sich dabei um Impf„zwang“, Organ„spende“, oder die Rechte auf unsere kompletten Gesundheitsdaten „für die Forschung“ handelt: Egal! Mit findigen Juristen und überlasteten Abgeordneten, die gerne für individualisierte aussehende Schreiben an ihre (Nicht-)Wähler auf Vorlagen aus dem „Gesundheits“-Ministerium zurückgreifen, reicht es.

Unsere bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml weiß, wovon sie spricht. Denn sie ist tatsächlich gelernte Ärztin. In mehreren Verlautbarungen beklagte sie „ein Viertel der Kinder in Bayern mit Diagnose einer psychischen Störung“. Wo die wohl herkommen?

Fast 12 Mio. Euro bezahlt allein der Freistaat Bayern jedes Jahr an Patienten mit anerkannten Impfschäden. Was passiert mit unseren Kindern und Enkeln, wenn (Erb-)Schäden – z. B. durch unverträgliche Adjuvantien – für alle Zeit angerichtet werden? Dann geht es unseren kommenden Generationen wie heute den Fichten. „Da hilft nur noch beten“, sagte der Förster.

In diesem Sinne: Gesegnete Weihnachten!

Ihre Anne-Marie von Hassel

Chefredakteurin der Bayerischen Gemeindezeitung

uns, dass die flächendeckende Einführung dieses interessanten Projekts langsam Formen annimmt“, erinnerte Bezirksstagspräsident Henry Schramm an den Startschuss, der im Beisein des damaligen Kultusministers Dr. Ludwig Spaenle in der KulturServiceStelle des Bezirks Oberfranken stattfand.

Hohe Qualitätsstandards

Mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen den beiden Bezirken können auch Museen aus der Oberpfalz ihre qualifizierten museumspädagogischen Angebote einfach und kostenlos ins Internet stellen. Lehrkräfte und Schüler profitieren davon, in dem sie passgenau nach Fächern, Jahrgangsstufen, Schularten oder nach der Lage des Museums sortierte Lernangebote aus den Angeboten herausfiltern können. **□**

MUSbi ist ein bayernweit einmaliges Modellprojekt der KulturServiceStelle des Bezirks Oberfranken und des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, in dessen Rahmen drei Lehrkräfte über das Museumspädagogische Zentrum München (MPZ) an die KulturServiceStelle in Bayreuth angebunden sind. Ziel des bayernweiten Modellprojektes war die Schaffung von Strukturen zur Förderung der Partnerschaft von Museum und Schule in Oberfranken und der Aufbau der Web-App musbi.de mit maßgeschneiderten und qualifizierten Angeboten für Schulen. Ausgangspunkt für das Modellprojekt war eine gemeinsame Fachtagung des Bezirks Oberfranken und der Hanns-Seidel-Stiftung in Kloster Banz unter dem Titel „Museum und Schule – Erfolgreiche Partner?“ im Jahr 2009. Dort wurde deutlich, dass Museen und Schulen zu wenig voneinander wissen und teils gegenläufige Erwartungen aneinander haben. „Die strukturellen Defizite zu beheben war eines unserer Kernanliegen. Wir wollen Schnittstelle zwischen diesen beiden Welten sein“, erläutert Barbara Christoph, Leiterin der KulturServiceStelle des Bezirks Oberfranken. **□**

Umweltminister Thorsten Glauber:

Rekord bei den „ÖkoKids“

Auszeichnung geht an 81 Einrichtungen aus Oberbayern und Schwaben

Insgesamt 156 Kindertageseinrichtungen aus ganz Bayern werden in diesem Jahr für ihr herausragendes Engagement für Umwelt und Nachhaltigkeit ausgezeichnet.

Umweltminister Thorsten Glauber betonte anlässlich der Verleihung in München: „Das Projekt ‚ÖkoKids‘ ist auf Rekordkurs. Wir zeichnen fast doppelt so viele Kindertageseinrichtungen aus wie im Jahr zuvor. Mit den ÖkoKids setzen wir bereits bei den ganz Kleinen an: Wir wollen unserem Nachwuchs auf spielerische Weise Werte vermitteln. Die Kinder lernen von klein auf, Verantwortung für ihre Umwelt zu übernehmen. Der Schutz des Klimas und der Erhalt der Artenvielfalt sind Generationenaufgaben. Wir können nicht früh genug anfangen, das

Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit der Natur bei Kindern zu fördern. Es freut mich sehr, dass die ÖkoKids so großen Zuspruch erfahren.“

Nachhaltige Entwicklung in den Alltag integrieren

Seit 2011 verleiht das Bayerische Umweltministerium in Zusammenarbeit mit dem Landesbund für Vogelschutz in Bayern e. V. (LBV) und dem Sozialministerium in Bayern die Auszeichnung „ÖkoKids – Kindertageseinrichtung RICHUNG NACHHALTIGKEIT“ für jeweils ein Jahr an Kindertageseinrichtungen, die sich für die Aktion bewerben.

Voraussetzung ist, dass die Kindertageseinrichtungen Bildung für nachhaltige Entwicklung in ihren Alltag integrieren und mit den Kindern zusammen Umwelt- und Nachhaltigkeitsprojekte entwickeln und durchführen.

Die ÖkoKids beschäftigten sich dieses Jahr mit Themen wie Insekten und Artenvielfalt, nachhaltige Ernährung, Klimaschutz sowie Müllvermeidung und Recycling. Das Umweltministerium fördert das Projekt mit rund 75.000 Euro. Insgesamt stellt das Umweltministerium dieses Jahr rund 3,8 Millionen Euro für Umweltbildungsprojekte zur Verfügung. **□**

„Traumpaar ...

(Fortsetzung von Seite 1)
für den Artenschutz insgesamt 71,8 Millionen Euro zusätzliche Mittel vorgesehen.

Bildung und Straßenbau

Der Nachtragshaushalt sieht ein Stellenhebungsprogramm an Grund- und Mittelschulen vor. Der Umfang zur Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten beträgt 2.000 Stellenhebungen in Höhe von insgesamt bis zu 12 Millionen Euro Jahreskosten. Die Baumittel für den Staatsstraßenbau sollen im Jahr 2020 um 40 Millionen Euro auf ein neues Rekordniveau von 350 Millionen Euro erhöht werden. Einschließlich Planungsmittel und Mittel für den Erwerb privatwirtschaftlich realisierter Staatsstraßenabschnitte sind damit im Jahr 2020 insgesamt 392,4 Millionen Euro vorgesehen.

Opposition vermisst Qualität

Neben ihrer Kritik an dem weitgehenden Verzicht auf eine Tilgung der Altschulden bemängelte Claudia Köhler (Bündnis 90 / Die Grünen) vor allem die hohen konsumtiven Ausgaben. Pflegegeld, Familiengeld, Baukindergeld sowie die weitgehende Kita-Beitragsfreiheit summierten sich bis 2023 auf 5,3 Milliarden Euro, ohne dass die Qualität in den Pflege- und Betreuungseinrichtungen verbessert oder die Wohnungsnot gelindert würde. „Das alles sind Zuschüsse und keine Investitionen“, monierte Köhler. Zudem sei das Klimaschutzprogramm ein Fehlkonstrukt. Statt in die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zu inves-

tieren, werde das meiste Geld für die Beseitigung schon entstandener Klimaschäden ausgegeben. Ein weiterer Kritikpunkt der Landtags-Grünen sei das „überbordende Mitteilungsbedürfnis des Ministerpräsidenten“, das den Landeshaushalt ungebührlich hoch belaste.

Schuldentilgung in der Kritik

Harald Güller (SPD) sprach von einem „Blenderhaushalt“, der viel verspreche, aber wenig halte. Von den 900 Millionen eingesparter Schuldentilgung flössen nur 258 in echte neue Investitionen. Der Rest versickere „ideenlos, uninspiriert, mutlos und ohne schöpferische Kraft“ in den Tiefen des Zahlenwerks. Güller vermisste namhafte Beiträge für echten Klimaschutz, eine radikale Verkehrswende und die versprochene Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Speziell kritisiert Güller, dass die Staatsregierung zwar, entgegen ihrer früheren Ankündigungen, nahezu keine Schulden zurückzahlen will, wichtige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Freistaats aber trotzdem ausbleiben. „Von den insgesamt 900 Millionen Euro, die durch die verminderte Schuldentilgung frei werden, kommen viel zu wenig dort an, wo tatsächlicher Bedarf besteht“, so Güller. „Hightech-Agenda, KI-Fabrik, Hyperloop oder Smart Bavaria sind zwar innovativ und modern klingende Schlagwörter, die wirklich drängenden Investitionen in wichtigen Bereiche des Lebens werden aber gleichzeitig vernachlässigt.“

Für die FDP erkannte Helmut Kaltenhauser eine „Politik, die eindeutig auf Kosten der nach-

folgenden Generationen geht“. So werde die Schuldentilgung auf symbolische Beträge reduziert, der Pensionsfonds für Beamte aber nicht stärker bedient.

Altersforschung statt KI?

Ferdinand Mang (AfD) lehnte alle Ausgaben für den aus Sicht seiner Partei nicht belegten Klimawandel ab. Stattdessen sollte mehr Geld zum Abbau des Investitionsstaus auf den Staatsstraßen ausgegeben werden. Als fehlgeleitet bezeichnete Mang die Forschungsförderung im Bereich Künstliche Intelligenz. Unterstützt werden müsse vielmehr die Altersforschung, die nach Mangs Einschätzung auf dem Weg sei, das Altern zu stoppen, Alterskrankheiten zu besiegen und den Menschen womöglich noch in diesem Jahrhundert unsterblich zu machen.

Einen Dreiklang aus solidem Wirtschaften, Investitionen in die Zukunft und Generationen-

gerechtigkeit sah Josef Zellmeier (CSU) in der Vorlage Fürackers.

Neue Prioritätensetzung

Zellmeier verteidigte die Einschnitte bei der Schuldentilgung. Die aktuell niedrigen Zinsen sowie der hohe Investitionsbedarf rechtfertigten die neue Prioritätensetzung. Das Ziel der Schuldentilgung werde aber nur „kurzzeitig ausgesetzt“.

Bernhard Pohl (Freie Wähler) begrüßte, dass mit dem Haushalt die Mitte der Gesellschaft gestärkt werde. Er verwies auf die Hilfen für Familien und die Unterstützung des Mittelstands. Zudem würden alle Regionen bedacht, was die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern voranbringe. „Ob Technologieoffensive, Klimaschutz, Bildung oder mehr Geld für die bayerischen Kommunen: Wir haben die richtigen Weichen gestellt, um Bayern weiter voranzubringen.“ **red**

Altschuldenhilfe ...

(Fortsetzung von Seite 1)
des ostdeutschen Wohnungswesens zugeschriebenen Altschulden aus DDR-Zeiten.

Zu den zentralen Anforderungen an eine Weiterentwicklung des SGB II und seiner vorgelagerten Sicherungssysteme in einem modernen Sozialstaat zählen u.a. gerechte Entlohnung und die Anerkennung von Lebensleistung. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2014 zählt laut SGK zu den wichtigsten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der letzten Jahrzehnte. „Die Festsetzung des Mindestlohns durch eine unabhängige Kommission in Zusammenarbeit mit den Tarifparteien und unter wissenschaftlicher Begleitung hat sich als Erfolg herausgestellt. An diesem Prinzip sollte, um einen politischen Überbietungswettbewerb zu verhindern, weiter festgehalten werden.“

Gerechtigkeitsfrage

Bei der Anerkennung von Lebensleistungen handle es sich um „eine Gerechtigkeitsfrage, ob man 35 Jahre oder nur wenige Monate oder Jahre in die Sozialversicherung eingezahlt hat. Daher sollten Leistungen des Dritten Sozialgesetzbuches länger wirken. Wer ein Jahr gearbeitet hat, sollte ein Jahr Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben, je weiteres Jahr sollte ein Anspruch von einem weiteren Monat entstehen. Einem Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes folgend könnte die maximale Bezugsdauer 44 Monate betragen.“

Wem keine zeitnahe Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht werden kann, solle einen Rechtsanspruch auf eine adäquate berufliche Qualifizierungsmaßnahme bis hin zur Umschulung genießen. Während der Zeit der Weiterbildung sei ein Verbleib im Leistungsbezug nach dem SGB III unabdingbar. Nur so könne eine Konzentration auf die Weiterbildung gesichert werden, ohne dass gleichzeitig die Absicherung der Existenz alle Aufmerksamkeit bindet. Für Allein-erziehende sollten die Möglichkeiten für Aus- und Weiterbildung in Teilzeit gestärkt werden. Die Agentur für Arbeit sollte schrittweise in eine Agentur für Arbeit und Qualifizierung umstrukturiert werden, um den veränderten Anforderungen gerecht zu werden.

Weiter heißt es: „Durch das im Teilhabechancengesetz verankerte Förderinstrument ‚Teilhabe am Arbeitsmarkt‘ wurde durch die Bundesregierung bereits ein Regelinstrument für den sozialen Arbeitsmarkt im-

plementiert. Langzeitarbeitslose Menschen erhalten damit eine neue Perspektive, die Chance auf eine sozialversicherungspflichtige Arbeit und Teilhabe an der Gesellschaft. Dieses Instrument gilt es nun zu verstetigen und den Zugang durch Erweiterung des Personenkreises zu erleichtern. Vermittlungsbemühungen in den ersten Arbeitsmarkt sollen aus der Arbeit heraus geschehen.“

Kindergrundsicherung

Laut Bundes-SGK ist es „eine enorme Ungerechtigkeit, dass kinderbezogene Leistungen unterschiedlich verteilt werden und Kinder von Menschen mit höherem Einkommen über einen Steuerfreibetrag besser gestellt werden als Kinder mit Regelsatz, Kinderzuschlag oder Kindergeld“. Es sei falsch, Leistungen für die schulische und persönliche Entwicklung eines Kindes über ein Arbeitsmarktförderinstrument zu erbringen. Daher bedürfe es der Einführung einer Kindergrundsicherung, in der die vielfältigen, bereits existierenden kinder- und familienbezogenen Leistungen (wie z.B. Kindergeld, Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss oder Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket) gebündelt werden können.

Steigende Wohnkosten, vor allem in den Ballungsgebieten, führen in immer mehr Fällen zur Abhängigkeit von Sozialleistungen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, bedürfe es der Schaffung von günstigem, bezahlbarem Wohnraum. Durch die Umstrukturierung und Erhöhung des Wohngeldes könnte hier übergangsweise Abhilfe geschaffen werden.

Das vom Minister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, vorgelegte Konzept einer Grundrente, das die Lebensarbeitszeit, die geleisteten Sozialversicherungsbeiträge und Pflege- und Erziehungszeiten berücksichtigt, garantiert aus Sicht der SGK nach dem Erwerbsleben ein Auskommen über dem Niveau der Grundsicherung im Alter.

Zur gesellschaftlichen Ablehnung der vergangenen arbeitsmarktpolitischen Reformen hätten maßgeblich die Regelungen zur Vermögensanrechnung beigetragen. Das Schonvermögen sollte deshalb angehoben werden. Neben dem bereits im Zweiten Sozialgesetzbuch verankerten, nicht verwertbaren Vermögen sollten Beiträge zur Altersversorgung sowie selbstgenutzter Wohnraum dem Schonvermögen zugerechnet werden. Dies stelle einen wirksamen Beitrag zum Schutz vor Altersarmut dar. **DK**

Projekt in Gublak, Äthiopien:

Bau eines Wohnheims für Gumuz-Kinder

Im Rahmen der Kooperation von „1.000 Schulen für unsere Welt“ und missio München wurde auch ein erstes Projekt in Burkina Faso vollständig finanziert. Ein Büro aus Asbach-Bäumenheim spendete hierfür rund 42.000 Euro. Zwei weitere Projekte in Äthiopien sind bereits konkret geplant.

Äthiopien ist ein Vielvölkerstaat in Ostafrika mit gut 100 Millionen Einwohnern und einer Fläche, die mehr als dreimal so groß ist wie Deutschland. Äthiopien zählt zu den ältesten christlich geprägten Nationen der Erde und wurde von Europa nie kolonialisiert. Die wichtigsten Glaubensgemeinschaften sind die äthiopisch-orthodoxen Christen (43,5 %); die sunnitischen Muslime (33,9 %); verschiedene evangelische Kirchen (18,6 %). Kleine Minderheiten bilden die Katholiken (0,7 %) sowie die Anhänger von traditionellen und anderen Religionen (3,3 %). Das Land hat intern enorme politische, ethnische und wirtschaftliche Probleme und erleidet immer wieder Dürren.

Entbehrungsreiches Leben

Der Regionalstaat Benishangul-Gumuz befindet sich im Westen Äthiopiens an der Grenze zum Sudan. Die nilotische Gumuz-Bevölkerung führt dort nach wie vor ein entbehrungsreiches Leben als Jäger, Sammler und Subsistenzbauern. In der Mehrzahl folgen die Gumuz den traditionellen afrikanischen Religionen. Von den geschätzt etwa mehr als 200.000 Menschen im Regionalstaat Benishangul-Gumuz leben mehr als 90 % verstreut in entlegenen Dörfern, weniger als 10 % haben sich in der Stadt angesiedelt. Das Gebiet besteht zu zwei Dritteln aus bewaldeten Flächen. Lediglich 16 % sind landwirtschaftlich nutzbar.

Sklavenhandel durch Araber und Äthiopier

Die Gumuz lebten lange geographisch und sozial isoliert von der äthiopischen Bevölkerung. Die Gründe hierfür sind der Sklavenhandel durch die Araber und die Äthiopier (Amharen) aus dem Hochland. Um Schutz zu finden zogen sich die Gumuz zurück auf Gebiete am Rand der Flüsse Dinder, Beles und dem Blauen Nil. Sie haben ihre herkömmliche Lebensweise bewahrt. Ihre Behausungen aus Holzgeflecht sind oft in einem schlechten Zustand und bieten in der Regenzeit kaum Schutz. Malaria ist weit verbreitet. Bis heute sind ihre Dörfer abgeschnitten von der staatlichen Infrastruktur und sind nur zu Fuß erreichbar.

Weder Strom- noch Wasserversorgung

Es gibt weder Strom- noch Wasserversorgung. Ebenso fehlen Schulen und Gesundheitseinrichtungen. 95% der Gumuz sind Analphabeten. Die wenigen, die lesen und schreiben können, sind fast ausschließlich Männer. Die Lebenserwartung liegt bei nur 47 Jahren; die Kindersterblichkeit ist erschreckend hoch (von 1.000 Gumuz-Kindern sterben 209).

Die Partner vor Ort

Die Comboni-Patres sind eine internationale Kongregation. Die Patres verfügen über eine große Erfahrung, gerade auch im Bereich der Bildungsarbeit. Die Comboni-Patres sind langjährige Partner von missio München und die Erfahrungen in der Zusammenarbeit in verschiede-

nen afrikanischen Ländern war stets verlässlich und von hoher Qualität.

Herausforderungen und Bedarf

Die Comboni-Patres eröffneten im Jahr 2011 eine neue Pfarrei in Gublak. Neben der Seelsorge engagieren sich die Combonis für die Bildung, insbesondere möchten sie den Gumuz-Kindern aus den entlegenen Dörfern den Besuch der öffentlichen Sekundarschule in Gublak ermöglichen. Obwohl es an einer geeigneten Unterkunft fehlt, haben die Patres bereits 30 Jungen zwischen zehn und neunzehn Jahren bei sich aufgenommen. Sie übernachten von Montag bis Freitag in einem baufälligen Lehmhaus auf dem Gelände der Pfarrei. Sie schlafen auf Matten am Boden und sind gefährdet durch Skorpione und giftige Schlangen. Eine bessere Unterbringung ist dringend notwendig.

Hilfe durch die Patres

Die Patres kümmern sich um eine gute Versorgung und Erziehung der Jungen. Sie bieten ihnen nachmittags zusätzliche Englisch- und IT-Stunden, individuelle Nachhilfe und Stütz Kurse an und organisieren regelmäßige Vorträge für alle Kinder mit Diskussionen über verschiedene Themen. Bei den Schülern aus der Ethnie der Gumuz, die von dieser Maßnahme profitieren, handelt es sich um die erste Generation, die überhaupt zur Schule gehen kann. Die Eltern sind nicht in der Lage, ihre Kinder dabei zu unterstützen.

Projektmaßnahme und erwartete Wirkung

Erforderlich ist der Neubau eines einfachen, zweckmäßigen und sicheren Schülerwohnheims. Der Bauplan zeigt einen rechteckigen ebenerdigen Wohnblock mit einer Länge von 18,40 m und einer Breite von 7,80 m (Gesamtfläche: 143,52 m²). Er beherbergt drei nebeneinander liegende Mehrbettzimmer mit je knapp 36 m² Wohnfläche. Die Mehrbettzimmer sind von einer zwei Meter breiten, überdachten Veranda aus direkt zugänglich.

Die Zimmertür sowie Fenster auf sich gegenüberliegenden Seiten ermöglichen eine gute Durchlüftung der Schlafräume. Jedes Mehrbettzimmer bietet 10 Jungen eine Schlafmöglichkeit. Den Jungen wird damit ermöglicht, die öffentliche Sekundarschule zu besuchen ohne dabei auf dem Boden schlafen zu müssen sondern sich in einem angemessenen und sicheren Umfeld ausruhen zu können.

Chance auf einen qualifizierten Beruf

Die Schlafmöglichkeit erlaubt den Jungen physisch wie auch mental ausgeruht den größten Nutzen aus dem Unterricht zu ziehen. Darüber hinaus erhalten die Kinder die notwendige Unterstützung, um erfolgreich die Sekundarschule abschließen zu können. Dank dieser Bildung können sie sich besser in die äthiopische Gesellschaft integrieren und haben die Chance, einen qualifizierten Beruf zu ergreifen. **□**

Schlechte Stimmung ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ken müssten aufgrund der praxisuntauglichen und unerfüllbaren Vorgaben immer häufiger Betten stilllegen und Patienten abweisen. Bischof warf dem Gesundheitsminister „Starrsinn“ vor, wenn er an diesem Weg festhalte.

In einer breiten Allianz hätten Krankenhausträger, Pflegeverbände und die Gewerkschaft ver.di einen sachgerechten Alternativvorschlag zur Bemessung des Pflegepersonals vorgeschlagen. „Einem Konzept, getragen von Krankenhausträgern, Pflegeverbänden und Arbeitnehmervertretung kann sich ein Minister nicht verschließen“, unterstrich Geschäftsführer Hasenbein.

Huml: Leistungsfähige und dichte Krankenhausstruktur in Bayern

Teile des beschlossenen Reformgesetzes für den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung wurden auch von Gesundheitsministerin Melanie Huml scharf kritisiert: Durch das Gesetz sollten eigentlich Streitigkeiten zwischen Kassen und Krankenhäusern über die hochkomplexen Abrechnungen vermieden werden. Die Verschärfung der Regelungen zu Strafzahlungen für Krankenhäuser werde aber dazu führen, dass es künftig Auseinandersetzungen auch bei vergleichsweise geringen Rechnungskürzungen geben wird. Statt der in das MDK-Reformgesetz eingebrachten Verschärfung sollte zu der von Jens Spahn ursprünglich eingebrachten Regelung zurückgekehrt werden.

Dieser Regelung zufolge hätten Krankenhäuser je nach Anteil der unbeanstandeten Abrechnungen an allen durch den Medizinischen Dienst geprüf-

ten Schlussrechnungen neben der Rückzahlung der Differenz zwischen dem ursprünglichen und dem geminderten Abrechnungsbetrag einen „Aufschlag“ in Höhe von 25 bis 50 Prozent zu zahlen, höchstens jedoch 1.500 Euro pro Fall. „Weil aktuelle Daten zur Ermittlung dieses Anteils fehlen und die Regelung deshalb für das Jahr 2020 nicht umsetzbar ist, muss für das Jahr 2020 eine Sonderregelung für den von den Krankenhäusern zu entrichtenden Aufschlag getroffen werden“, erläuterte die Ministerin.

Mit Blick auf eine mögliche Klagewelle wegen des MDK-Reformgesetzes, das nun ab dem 1. Januar 2020 bei Abrechnungstreitigkeiten einen zwingenden Erörterungstermin vor Klageerhebung vorsieht, rief Huml zur Gelassenheit: „Ich teile die Rechtsauffassung des Bundesgesundheitsministeriums, dass diese Neuregelung nur zukünftige Fälle betrifft. Dennoch wäre eine dahingehende gesetzgeberische Klarstellung wünschenswert.“

Zugleich verwies sie darauf, dass es in Bayern eine leistungsfähige und dichte Krankenhausstruktur für die Versorgung der Patientinnen und Patienten gibt. „Zwar finden auch in der bayerischen Krankenhauslandschaft erhebliche Veränderungen statt und der Anpassungsprozess wird weitergehen. Ungeachtet dessen will ich aber keine rein zentrale Krankenhauslandschaft, sondern ein flächendeckendes Netz einander ergänzender Einrichtungen. Ziel ist ein maßvoller Ausgleich zwischen Wohnortnähe, Qualität und Wirtschaftlichkeit. Mit unserer Krankenhausplanung wollen wir stets konkrete, funktionierende Lösungen für die individuelle Situation vor Ort erreichen.“ **DK**

Auftaktveranstaltung in Füssen:

Landkreis Ostallgäu unterstützt „1000 Schulen für unsere Welt“

Der Landkreis Donau-Ries hat's vorgemacht: Im Füssener Festspielhaus fand eine Spendenaktion für den Bau einer Schule in Afrika statt. Der Landkreis Ostallgäu organisierte die Großveranstaltung, in deren Rahmen bei möglichen Sponsoren und Vertretern aus Politik und Wirtschaft für die Idee des Landkreises geworben wurde, Entwicklungshilfe vor Ort zu leisten. Über 20 regionale Eine-Welt-Initiativen präsentierten sich hierzu am Markt der Möglichkeiten und machten auf ihre wertvolle Arbeit aufmerksam. Sich austauschen, netzwerken und gemeinsam Gutes tun, lautete die Maxime.

Laut Landrätin Maria Rita Zinnecker hat sich der Landkreis Ostallgäu zum Ziel gesetzt, die bundesweite, unter der Schirmherrschaft von Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, stehende Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ von Deutschem Städtetag, Deutschem Landkreistag und Deutschem Städte- und Gemeindebund zu unterstützen. Dem Beispiel des Landkreises Donau-Ries folgend, leisten deutschlandweit weitere Städte, Landkreise und Gemeinden gemeinsam mit ihrer Bürgerschaft und der lokalen Wirtschaft einen wirksamen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit und zur Verbesserung der Lebenssituation in Ländern des Globalen Südens.

Bildung ist der Schlüssel zur Lösung

Aktuell sind 75 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. „Bildung ist der Schlüssel

zur Lösung vieler globaler Probleme und gleichzeitig die Basis für Entwicklung. Der Bau von Schulen spielt dabei eine zentrale Rolle. Deshalb möchten wir mit finanzieller Unterstützung unserer Bürgerinnen und Bürger sowie unserer Unternehmen in Entwicklungsländern Schulen errichten“, betonte Zinnecker. Kindern und Jugendlichen werde dadurch der Weg zu einer angemessenen Schulbildung geebnet, gleichzeitig würden Fluchtursachen bekämpft und die Chance auf einen Verbleib in der Heimat geboten. „Gemeinsam schaffen wir es, die globale Bildungssituation zu verbessern. Als exportorientiertes Land können wir mittel- und langfristig auch neue Märkte generieren – für Unternehmer ein wichtiger Faktor“, so die Landkreischefin.

„Die Kinder bauen darauf, dass wir ihnen eine Zukunft geben“, unterstrich Entwicklungshilfeminister Müller. Die vor wenigen Wochen zu Ende gegangene Weltbevölkerungskonferenz in Nairobi habe gezeigt, dass

der afrikanische Kontinent die große Herausforderung bei der Bevölkerungsentwicklung darstellt. Dort werde sich die Bevölkerung, deren Durchschnittsalter gerade einmal bei 20 Jahren liegt, bis 2050 verdoppeln.

„Je nach Land bekommen die Frauen zwischen zwei und sieben Kinder. Im Niger zum Beispiel gebärt eine Frau durchschnittlich sieben Kinder – das ist die höchste Zahl weltweit. Dort haben höchstens ein Drittel der Kinder Zugang zu Schulen“, erläuterte Müller. Dies übe einen großen Druck auf die begrenzten Ressourcen dieser Länder aus. Daher müsse die Entwicklungspolitik einen Beitrag leisten, um die hohen Geburtenraten zu senken.

Afrika verdoppelt seine Bevölkerung bis 2050

„Das schaffen wir aber nur, wenn Frauen selbst entscheiden können, wie viele Kinder sie bekommen. Dazu braucht es die Selbstverwirklichung der Frau, die Gleichberechtigung der Geschlechter. Entscheidend hierfür ist Bildung als Grundsäule auch in der Familienplanung. Sind der Zugang zu Schulen und die Gesundheitsversorgung gewährleistet, sinkt die Kinderzahl wie in Ghana und Tunesien rapide“, machte der Minister deutlich.

Insgesamt hat sich der Zugang zu Bildung und Schulen auf dem afrikanischen Kontinent in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Inzwischen haben nahezu zwei Drittel der Kinder einen Zugang zur Schule.

Künftige Wachstumsmärkte

Ein weiterer Aspekt: Nur ein Prozent der deutschen Auslandsinvestitionen geht zurzeit nach Afrika. Dabei liegen dort künftige Wachstumsmärkte, wie Müller hervorhob: „In den nächsten zehn Jahren wird in Afrika mehr gebaut werden als in den letzten hundert Jahren in Europa. Sechs der zehn am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften befinden sich in Afrika. Länder wie Äthiopien, Elfenbeinküste oder Ghana haben ein Wirtschaftswachstum von sieben Prozent.“ Allein das Bevölkerungswachstum schaffe eine Nachfrage nach Konsum.

„Nicht überall herrscht also pure Armut und Not, sondern es ist auch Fortschritt, Entwicklung und Dynamik zu beobachten. Und da bauen die Afrikaner auf Europa, Deutschland und eben auch auf Füssen“, stellte Müller fest. Sein Appell: „Europa sollte die großen Chancen der verstärkten Zusammenarbeit jetzt nutzen. Packen wir's an!“

Bleibeperspektiven in der jeweiligen Heimatregion

Der „Motor der Bewegung“, Donau-Ries' Landrat Stefan Rößle, schilderte, wie Minister Müller bei den kommunalen Spitzenverbänden dafür warb, die Menschen dabei zu unterstützen, dass in ihren jeweiligen Heimatregionen Bleibeperspektiven entstehen. Auf die Idee zum Schulbau gekommen sei er, Rößle, bereits 2016, nach dem Besuch eines Vortrags von Reiner Meutsch, dem Gründer der Stiftung „Fly & Help“ und Hauptpartner des Projekts „1000 Schulen für unsere Welt“. Damals, erzählte der Landrat, war die Flüchtlingskrise akut und er stand vor der Herkulesaufgabe, die Asylsuchenden unterzubringen. Also habe er sich gedacht: „Es muss gelingen, die Fluchtur-



Unser Bild zeigt (v.r.): Dr. Gerd Müller, Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Landrätin Maria Rita Zinnecker; 1000-Schulen-für-eine-Welt-Beauftragter Landrat Stefan Rößle und SWM-Wasserkraft-Chef Dr. Christoph Rapp, der in Afrika Wasserkraftprojekte realisiert.

zung Fly & Help und deren verlässlichen Partnern vor Ort werde sichergestellt, dass die Spendengelder 1:1 an der richtigen Stelle ankommen und ausschließlich für die Schulprojekte verwendet werden. Gebaut wird nur in den afrikanischen Ländern, die sich als verlässlich erwiesen haben. Zudem werden die Schulen nur auf staatlichen bzw. gemeindlichen Grundstücken errichtet. Überwiegend werden die errichteten Schulen vom jeweiligen Staat unterhalten und dieser verpflichtet sich auch, Lehrkräfte bereitzustellen und deren Anstellungen zu sichern. Der Bau erfolgt mit heimischen Baumaterialien.

Am Anfang stand ein Abenteuer

Dem Gründer der Stiftung „Fly and Help“, Rainer Meutsch, oblag es schließlich, die zahlreichen Gäste im Festspielhaus mit auf eine spannende Reise zu nehmen. Alles begann mit einem Abenteuer, das Hilfsprojekt und Herzenswunsch zugleich war: Der ehemalige Manager erfüllte sich einen Lebensstraum: Er tauschte seinen Schreibtisch gegen das Cockpit eines Kleinflugzeuges, um einmal um die Erde zu fliegen.

Im Januar 2010 startete Meutsch zur Weltumrundung, bei der er zugleich Hilfsprojekte in Ghana, Ruanda, Indien, Indonesien sowie Brasilien besuchte und unterstützte. Die fünf Projekte während der Weltumrundung waren dann der Anfang einer langfristig angelegten Bildungskampagne der Stiftung. Im Jahr 2016 wurde bereits die 100. Fly & Help Schule gebaut. Stand 2019 hat die Stiftung weltweit rund 300 Schulprojekte realisiert. DK

sachen in der Heimat zu bekämpfen.“

„Zehn Schulen für Afrika aus privaten Spenden zu finanzieren, das schaffen wir bis zum Jahr 2020“, war Rößles Plan. Das Ziel wurde freilich bereits Ende 2017 erreicht. Schnell hatten sich Bürgermeister, Mitarbeiter aus dem Landratsamt oder Firmen gefunden, die von dem Projekt überzeugt waren und spendeten. Im Jahr darauf finanzierte der Landkreischef gemeinsam mit seiner Familie eine Schule in Malawi und konnte sich an Ort und Stelle davon überzeugen, was ein Schulprojekt bewirken kann. Im Juni 2018 wurde die Familie-Rößle-Schule feierlich eingeweiht.

Was nach der Flüchtlingskrise

Eine Idee macht Schule

Hilfe vor Ort sei wesentlich effektiver und kostengünstiger als die Versorgung von Flüchtlingen in Deutschland, hob der Landrat hervor. Die Errichtung einer Schule koste im Schnitt 50.000 Euro – etwa so viel, wie die Unterbringung eines unbegleiteten Flüchtlings in einer deutschen Jugendhilfeeinrichtung pro Jahr. Mit der Reiner Meutsch Stif-



Zeugnisverleihung in Johannesburg mit Vertretern des südafrikanischen Bildungsministeriums, der Deutschen Botschaft und dem TRAINME-Projektteam um Projektleiterin Carina Adam.

Bild: UEBZO/privat

Deutsche Bildung für Südafrika

Erfolgreicher Abschluss des Pilotkurses für Berufsschullehrer

Grund zur Freude in Johannesburg (Südafrika) und Weiherhammer: Die erste Gruppe südafrikanischer Berufsschullehrer hat den Pilotkurs „TRAINME“ des Überbetrieblichen Bildungszentrums in Ostbayern (ÜBZO) und der Universität Stuttgart erfolgreich bestanden. Im Rahmen einer kleinen Feier wurden die Zertifikate an 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmer übergeben.

Das Projekt genießt ein hohes Ansehen. Deshalb waren zur Zeugnisverleihung zwei Mitarbeiter des südafrikanischen Bildungsministeriums DHET sowie eine Vertreterin der Deutschen Botschaft in Pretoria an das Ekuhuleni East TVET College gereist. Auch ein Mitarbeiter des Projektträgers DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) ließ es sich nicht nehmen, die Teilnehmer persönlich zu verabschieden.

Nachhaltigkeit sichern

Ein Teil der Gruppe wird im kommenden Jahr – ebenfalls unter der Leitung des ÜBZO – als

„Master Trainer“ weitergebildet, um die Nachhaltigkeit des Projekts zu sichern und das Wissen sukzessive an alle 50 TVET Colleges (Berufsschulzentren) zu vermitteln. Gleichzeitig wird ein zweiter Durchlauf mit einer neuen Teilnehmergruppe durchgeführt.

Angepasst an Industrie 4.0

Die Inhalte der Weiterbildung sind – neben Berufsschulpädagogik und -didaktik – auf die große Überschrift Industrie 4.0 angepasst. Sie reichen von modernen Produktionsverfahren bis hin zu Steuerungstechnik mit Mikrocontrollern. □

EIN KLEINER SCHRITT FÜR DIE KOMMUNE ...

... ein großer Schritt für weltweit faire Arbeitsbedingungen

Kreise, Städte und Gemeinden leisten mit dem Einkauf fair produzierter Waren einen positiven Beitrag für Umwelt- und Sozialstandards und zur globalen Nachhaltigkeit. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt berät, fördert und vernetzt bei der Umsetzung von kommunalen Maßnahmen für Fairen Handel und Faire Beschaffung.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

mit ihrer

Im Auftrag des

Auf dem Weg zur Smart City

Neues Angebot LEW Inno.Live ermöglicht die digitale Steuerung von kommunalen Abläufen

Wie lassen sich kommunale Abläufe digital steuern? Mit dieser Frage haben sich die Lechwerke in ihrem Pilotversuch Inno.Live beschäftigt. Der Versuch, der in den Kommunen Königsbrunn, Stadtbergen und Denklingen lief, wurde nun erfolgreich abgeschlossen. Seit November 2018 hat LEW gemeinsam mit den Stadtverwaltungen Abläufe und Services intelligent vernetzt und digital gesteuert. Dadurch konnten die Kommunen ihre Arbeitsabläufe optimieren und den Bürgerservice verbessern.

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Pilotversuchs steht LEW Inno.Live nun allen Kommunen zur Verfügung. „Unter dem Stichwort ‚Smart City‘ bietet die Digitalisierung den Städten und Gemeinden ganz neue Möglichkeiten. Wir sind überzeugt, dass smarte Lösungen nicht nur für Großstädte relevant sind, sondern auch dem ländlichen Raum Vorteile bieten. Mit LEW Inno.Live haben wir ein Angebot entwickelt, das genau hier ansetzt: Es bietet Städten und Gemeinden ganz neue Möglichkeiten, ihre Abläufe intelligenter zu vernetzen und bringt sie einen großen Schritt näher in Richtung Smart City“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher.

Drei Komponenten

LEW Inno.Live besteht aus drei Komponenten: Sensoren, einem Funksystem und einer eigenentwickelten Datenbank. Die Sensoren können zum Beispiel erfassen, ob Abfallbehälter voll sind, erkennen Bewegungen oder messen Feuchtigkeit. Diese Daten übermitteln sie an ein sogenanntes LoRa®-Gateway* (LoRa - Long Range: große Reichwei-

te). Dabei handelt es sich um ein besonders kostengünstiges und energiesparendes Funksystem mit einer Reichweite von rund drei Kilometern im städtischen Bereich. Über das Gateway werden die Daten in einem weiteren Schritt per Mobilfunk in eine zentrale Datenbank übertragen und dort aufbereitet. In einem Online-Portal stehen die Informationen den Nutzern zur Verfügung.

Deutschlandweit einmaliges Angebot

Deutschlandweit ist das LoRa®-Funksystem bereits an einigen Stellen im Einsatz. Allerdings wird es bislang kaum mit passenden Anwendungen kombiniert, wie es bei LEW der Fall ist. „Das Besondere an unserem Pilotversuch war, dass wir das Zusammenspiel von Sensoren, Gateway und Online-Portal, getestet haben. Bei unserem Produkt LEW Inno.Live profitieren die Kommunen nun von der Abbildung des gesamten Prozesses“, sagt Johannes Rieger, Produktmanager bei LEW Netzservice. „Unser Ziel ist es, das System an den jeweiligen Anwendungsfall optimal anzupassen. Deshalb be-

raten wir jede Kommune individuell“, so Rieger. Bei Interesse können sich Kommunen an die Experten von LEW Netzservice wenden, per Mail unter netzservice@lew.de oder telefonisch unter 0821-3284499.

Aufbau des Pilotversuchs

Das System hat sich im knapp einjährigen Pilotversuch bewährt. In den Pilotkommunen Königsbrunn und Stadtbergen hat LEW jeweils drei Gateways an Straßenlaternen angebracht und insgesamt 35 Sensoren für verschiedene Einsatzbereiche installiert. So erfassen Sensoren an Abfallbehältern, ob diese voll sind oder Tüten nachgefüllt werden müssen. In Blumenbeeten oder Pflanzkübeln messen Sensoren die Feuchtigkeit.

Umrüstung von Straßenleuchten

In Stadtbergen wurden zudem rund 20 Straßenleuchten umgerüstet, die über das Funksystem gesteuert werden können. Ein weiterer Versuch im Rahmen von Inno.Live fand in Denklingen statt. Installiert wurden auch hier drei Gateways, die das Signal von 22 smarten Abfallbehältern empfangen. Denklingen lieferte aufgrund seiner speziellen Topographie nochmal besondere Erkenntnisse für den Pilotversuch. Hier wurde vor allem die Flächenabdeckung des Funksystems getestet.

Die von den Sensoren erfassten und über die Gateways über-

mittelten Daten werden in der Datenbank verarbeitet und anschließend den Nutzern über ein mobilfähiges Online-Portal zur Verfügung gestellt. Die Mitarbeiter der Stadtverwaltungen können diese Informationen abrufen und ihre Arbeitsabläufe zielgerichtet steuern sowie Fahrtrouten optimieren. Bei Abfallbehältern können beispielsweise Routineleerungen entfallen und überflüssige Behälter identifiziert werden. So lassen sich Kosten reduzieren, der Service für die Bürger verbessern und durch weniger Fahrten auch die Umwelt schonen. Das ermittelte Einsparpotenzial an Fahrten beträgt rund 30 Prozent. So kann auch die CO₂-Bilanz einer Kommune verbessert werden.

Nach erfolgreichem Abschluss bereits weitere Anwendungsfälle in Planung

Die Ergebnisse des Pilotversuchs fallen positiv aus. Das Funksystem konnte unterbrechungsfrei betrieben werden. Die vorgesehenen Reichweiten und die Sendequalität blieben konstant. Auch die eigens entwickelte Datenbank läuft stabil. Die Sensoren übertragen die Daten größtenteils sehr zuverlässig und auch die Steuerung der Straßenbeleuchtung funktionierte weitgehend reibungslos.

Der Versuch hat auch gezeigt, dass alle eingesetzten Sensoren und Produkte mit den unterschiedlichen Witterungsverhältnissen gut zurechtkommen. „Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Pilotversuch haben wir genutzt, um das Produkt weiter zu optimieren. Auch aus den Pilotkommunen kamen viele wertvolle Vorschläge, die wir laufend umgesetzt haben“, sagt LEW-Projektleiter Christian Mayr. Darüber hinaus arbeitet LEW bereits an der Anbindung weiterer Sensoren, beispielsweise eines Grundwasserpegel-Sensors. Dieser könnte ebenfalls bei Kommunen oder an Wasserkraftwerken zum Einsatz kommen.

Statements aus den Pilotkommunen

Königsbrunn Erster Bürgermeister Franz Feigl: „Das Konzept von Inno.Live ist hier in Königsbrunn entwickelt worden. Da war es für uns keine Frage, dass wir für einen Pilotversuch zur Verfügung stehen. Das System hat sich bei uns bewährt und wir werden es künftig an vielen weiteren Stellen einsetzen, um unsere Abläufe und den Service für die Bürger weiter zu verbessern.“

Stadtbergen

Stadtbergens Erster Bürgermeister Paulus Metz: „Als innovative Stadtverwaltung wollen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um unsere Abläufe weiter zu optimieren. Unsere Mitarbeiter können mit der neuen Technologie ihre Fahrten und Kontrollgänge noch effizienter steuern. Eine wichtige Rolle spielt für uns auch die CO₂-Einsparung, durch die wir letztlich auch dem Klima und der Umwelt in der Stadt was Gutes tun.“

Denklingen

Denklingens Erster Bürgermeister Andreas Braunegger: „Ich habe mich gefreut, dass Denklingen als dritte Kommune in den Pilotversuch aufgenommen wurde. Mit unseren vielen Hügeln und Tälern sowie den zwei ausgelagerten Ortsteilen konnten wir wertvolle Erkenntnisse zum Projekt beitragen. Die Flächenabdeckung des LoRa®-Netzes funktionierte auch bei uns reibungslos. Die Technologie ist kostengünstig und flexibel nutzbar und macht aus unserer Gemeinde eine kleine Smart City.“



Übergabe des Förderbescheids für den Markt Heiligenstadt i. OFr.: Erster Bürgermeister Helmut Krämer (l.) mit Staatssekretär Roland Weigert.

Bild: StMWI

Mobilfunkmastenbau:

25 Gemeinden erhalten Förderbescheide

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert überreichte Bescheide für Projekte des bayerischen Mobilfunkprogramms. Er wertet das Programm als vollen Erfolg: „Nach weniger als einem Jahr haben bereits über 400 Gemeinden ihr Interesse an dem Programm bekundet. 32 haben ihren Förderbescheid schon erhalten und können nun mit dem Bau der Mobilfunkmasten starten.“

Für mehr als 200 Gemeinden ergab die Markterkundung des Programms eine Ausbausage eines Mobilfunkbetreibers. Zusätzlich werden 57 Gemeinden eine verbesserte Versorgung erhalten, die Interesse anmeldeten, aber nicht förderberechtigt sind.

Bayern ist das erste Bundesland, das seine Kommunen im ländlichen Raum bei der Mobilfunkversorgung unterstützt. „Jeder soll die Chancen der Digitalisierung nutzen können, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Deshalb schließen wir die Mobilfunklücken und stellen bayernweit digitale Netze bereit. Die Gemeinden, die ihre Bescheide in Händen halten, können sich stolz zu den Vorreitern in Deutschland zählen“, bedankt sich Weigert bei den folgenden 25 Gemeinden, die einen Förderbescheid erhalten.

Regierungsbezirk Mittelfranken: Langenaltheim und Hartenstein
Regierungsbezirk Niederbayern: Massing, Viechtach und Konzell
Regierungsbezirk Oberbayern: Aresing, Ebersberg, Neumarkt-Sankt Veit und Denklingen
Regierungsbezirk Oberfranken: Röslau, Gefrees, Tettau, Heiligenstadt i. OFr., Presseck, Breitungsbach, Bad Staffelstein und Ludwigsstadt
Regierungsbezirk Oberpfalz: Breitenbrunn, Neualbenreuth, Traitsching und Freudenberg
Regierungsbezirk Schwaben: Bobingen und Immenstadt i. Allgäu
Regierungsbezirk Unterfranken:

Bad Kissingen:

Förderbescheid für Telemedizin-Zentrum

Gesundheitsministerin Melanie Huml setzt gezielt auf die Chancen der Digitalisierung, um die medizinische und pflegerische Versorgung zu stärken. So wird das Zentrum für Telemedizin (ZTM) e.V. mit Sitz im unterfränkischen Bad Kissingen auch in diesem Jahr mit rund 487.000 Euro durch Mittel des Freistaats unterstützt. Den entsprechenden Förderbescheid übergab die Ministerin jetzt an das ZTM.

Huml betonte in München: „Mit digitaler Technik wollen wir die medizinische und pflegerische Versorgung weiter verbessern. Das ZTM macht erlebbar, welche großen Chancen Digitalisierung für die Patienten und Pflegebedürftigen sowie für Ärzte und Pflegenden bietet.“

Die Ministerin unterstrich: „Wir wollen den digitalen Wandel für eine gute medizinische Versorgung, bessere Lebensqualität und mehr Selbstbestimmung nutzen. Ziel ist es, dass Bayern weltweit Spitzenstandort für digitale Medizin und Pflege wird - im Dienst für Patienten und Pflegebedürftige.“

Die Telemedizin ist ein wich-

Wartmannsroth und Schneeberg. Das Förderprogramm sieht vor, die Kosten für Masten, Fundamente und Leerrohre, also die so genannte passive Infrastruktur, mit bis zu 80 Prozent zu fördern. Die Mobilfunkbetreiber mieten die Standorte und installieren dort ihre modernen LTE-Sendeanlagen. Gemeinden, die zum Raum mit besonderem Handlungsbedarf gehören, können sogar bis zu 90 Prozent gefördert werden.

Das Programm sieht einen Förderhöchstbetrag von 500.000 Euro je Gemeinde vor und ist auf rund 500 Masten ausgerichtet. Dafür stehen 20 Millionen Euro pro Jahr an Fördermitteln bereit. Das Programm soll zusätzlich um 50 Millionen Euro aufgestockt werden.

Die Bayerische Mobilfunkinitiative umfasst auch den Mobilfunkpakt, in dem die Netzbetreiber zugesagt haben, über die Versorgungsaufgaben hinaus weitere 1.000 Mobilfunkstandorte eigenwirtschaftlich auszubauen. In 2019 wurden laut Angaben der Betreiber bereits rund 1.800 Stationen neu gebaut oder mit LTE aufgerüstet.

Ein wichtiger Bestandteil der Mobilfunkinitiative sind auch die seit diesem Jahr gültigen, ambitionierten Versorgungsaufgaben für die Mobilfunkbetreiber. Danach müssen sie 98 Prozent der Haushalte sowie die relevantesten Verkehrswege bis Ende 2022 beziehungsweise 2024 versorgen.

M-net erweitert Glasfasernetz in Vilsbiburg

13 Ortsteile erhalten 2020 Highspeed-Internet
Immer mehr Gemeinden im Landkreis Landshut profitieren von Glasfaser

Der weitere Glasfaserausbau in Vilsbiburg ist beschlossene Sache: Bürgermeister Helmut Haider unterzeichnete einen dritten Kooperationsvertrag mit Bayerns führendem Glasfaseranbieter M-net zur Erschließung von 13 weiteren Ortsteilen mit modernen „Fiber to the Building“-Anschlüssen. Sie ermöglichen Telefon- und Internetangebote mit Bandbreiten bis zu 300 Megabit pro Sekunde. Der Ausbau erfolgt 2020 in Kooperation mit den Stadtwerken Vilsbiburg und wird mit Hilfe des bayerischen Breitbandförderprogramms realisiert. Immer mehr Gemeinden im südlichen Teil des Landkreises Landshut profitieren mittlerweile von der schnellen Glasfaser.

M-net erschließt in enger Zusammenarbeit mit der Stadt und den Stadtwerken Vilsbiburg 40 weitere Gebäude und stellt so künftig 55 zusätzlichen Haushalten in den Ortsteilen Seidlhub, Loh, Aim, Ödwimm, Solling, Kleingrub, Zeiling, Achldorf, Ulring, Wachsenberg, Hörasdorf, Streifenöd und Berg hochmoderne Internetanschlüsse sowie Dienste zur Verfügung. Zusätzlich erhalten durch den Ausbau auch mehrere Gewerbebetriebe Zugang zum hochmodernen Glasfasernetz.

Bürgermeister Helmut Haider erklärte: „Gleiche Lebensbedingungen für Stadt und Land zu schaffen schließt heute vor allem die Breitbandversorgung mit ein. Wir freuen uns, dass wir 13 weitere weiße Flecken in Vilsbiburg erschließen können. So profitieren die Bewohner in 55 Haushalten von den Möglichkeiten, die die digitale Welt heute zu bieten hat.“

Der Ausbau umfasst 23 Kilometer Leerrohre und 43 Kilometer Glasfaserleitungen. Die Kabel werden bis in die einzelnen Gebäudekeller verlegt, was als „Fiber to the Building“ oder kurz FTTB bezeichnet wird. Diese Ausbauphase ist die Basis für eine zukunftssichere Breitbandversorgung und ermöglicht die Bereitstellung von Internetanschlüssen mit sehr hohen und stabilen Bandbreiten.

Seit über fünf Jahren enga-

giert sich M-net im südlichen Teil des Landshuter Landkreises und treibt dort gemeinsam mit den örtlichen Gemeinden und Infrastrukturpartnern den Breitbandausbau voran. Die Marktgemeinde Essenbach war der Vorreiter. Seit 2014 verfügt sie über ein Glasfasernetz mit FT-TB/H-Anschlüssen (Fiber to the Building/Home), das aktuell über 2.800 aktive M-net Kunden nutzen. Es folgten Geisenhausen, Velden, Neufraunhofen und nun bereits die dritte Ausbauphase in Vilsbiburg. Aktuell im Ausbau bzw. in der Endphase der Planung befinden sich die Gemeinden Oberbergkirchen sowie Bruckberg.

„Das Leitungsnetz von M-net ist im Bereich rund um Landshut in den vergangenen fünf Jahren stark gewachsen. Die Region ist zu einem echten Wachstumsmotor geworden“, betont Hans-Juergen Merz, Bereichsleiter für Strategie und Unternehmensentwicklung bei M-net. „Für die gute Zusammenarbeit danken wir den Bürgermeistern der jeweiligen Gemeinden, die zurecht nicht länger auf eine schnelle Breitbandversorgung warten wollten. Aber auch für die weitere Erschließung unterversorgter Gemeinden in der Umgebung bietet unser Glasfasernetz perfekte Voraussetzungen, um diese jetzt fit für die digitale Zukunft zu machen.“

Für den Ausbau unterver-

sorgter Gebiete bestehen derzeit verschiedene bayerische Förderprogramme, die im Falle passender Gegebenheiten zusätzliche Finanzhilfen ermöglichen. Als Anbieter aus der Region für die Region entwickelt M-net gemeinsam mit den Kommunen und möglichen regionalen Infrastrukturpartnern eine geeignete Lösung, um den Ausbau wirtschaftlich zu ermöglichen und bedarfsgerecht umzusetzen. Dabei geht das Engagement von M-net auch über den Ausbau hinaus: Der bayerische Glasfaseranbieter unterstützt beispielsweise lokale Sportvereine mit Trikot-sponsoring.

Glasfaser-Anschlüsse: Surfen, Streaming und Online-Gaming mit bis zu 300 Mbit/s

Mit Bandbreiten von aktuell bis zu 300 Mbit/s sind die M-net Glasfaseranschlüsse besonders für die Nutzung von datenintensiven Anwendungen geeignet. Dazu zählen vor allem Videostreaming und Online-Gaming, aber auch Cloud-Computing und die Einrichtung professioneller Heimarbeitsplätze. Außerdem können M-net Kunden einen vollwertigen TV-Anschluss mit über 100 Sendern und vielen Extra-Funktionen über die neue Glasfaserleitung bestellen. M-net TVplus bietet neben zeitversetztem Fernsehen und dem Aufzeichnen von Sendungen auch die Möglichkeit, Programme gleichzeitig auf dem Fernsehgerät, Handy und Tablet anzuschauen. Neben den Surf&Fon-Flat Tarifen für Privatkunden bietet M-net zudem spezielle Geschäftskundenprodukte und -dienste wie beispielsweise hoch performante Standortvernetzungen oder Rechenzentrumsleistungen an.

Gründung der Genossenschaft „govdigital eG“

Ein Schritt hin zu mehr digitaler Souveränität

Zehn Konsortialpartner haben in Berlin den Start der neuen Blockchain-Genossenschaft „govdigital“ besiegelt. Die öffentlichen IT-Dienstleister möchten mit diesem Schritt die Blockchain- und weitere neue Technologien für die öffentliche Hand vorantreiben und eine bundesweite Netzwerkinfrastruktur für Anwendungen schaffen.

Ein Fokus wird absehbar darin liegen, das Potenzial der Blockchain- bzw. „Distributed Ledger Technology“ für die Zusammenarbeit von Verwaltungs- und Identifikationsvorgängen auszuloten. Es geht darum, im Sinne einer digitalen Daseinsvorsorge für öffentliche Verwaltungen und andere öffentliche Institutionen eine sichere und verbindliche bundesweite Kommunikation zu gewährleisten. Ziel ist es, notwendige Infrastruktur wie Server und Datenbanken in zertifizierten Rechenzentren zur Verfügung zu stellen und zu betreiben. Auf Basis dieser Infrastruktur können kommunale genauso wie Landes- und Bundesbehörden Anwendungen für die öffentliche Hand entwickeln und anbieten.

„Gemeinsam greifen wir die Innovationsdynamik der Blockchain auf und wollen diese für unsere Verwaltungen zugänglich machen“, erklärt Dieter Rehfeld, Vorsitzender des govdigital-Aufsichtsrates und Vorsitzender der Geschäftsführung des Gründungsmitglieds regio iT GmbH. „Dies ist ein wichtiger Beitrag für die nächste Stufe der Digitalisierung des Public Sector, der diesen auch für Startups attraktiver machen wird.“

Dass die neue Genossenschaft zur richtigen Zeit kommt, zeigen nicht nur erste Förderprogramme in Ländern wie Nordrhein-Westfalen. Auch die Bundesregierung will mit ihrer jüngst beschlossenen „Blockchain-Strategie“ explizit digitalisierte Verwaltungsdienstleistungen vorantreiben und würdigen darin erste kommunale Ansätze zur Technologieentwicklung. „Die Initiative govdigital bringt viele relevante Akteure von Ländern und Kommunen zusammen, um Verwaltungsdienste auf Blockchain- oder KI-Basis zu ermöglichen“, so Jarzombek. Govdigital könne wesentliche Beiträge für einen digitalen Aufbruch leisten.

Applikationen sollen öffentlichen Institutionen künftig die Möglichkeit schaffen, Echtheitsnachweise, Bescheinigungen und Abrechnungen einfacher und kostengünstiger durchzuführen. Praktische Beispiele sind die Validierung von Zeugnissen und Führerscheinen, Nachbarschaftsstrom-Verträgen oder rechtssichere Nachweise von Entsorgungswegen. Dazu ist die Genossenschaft darauf ausgerichtet, verschiedene Services bereitzustellen.

Das kann „Blockchain as a Service“ (BaaS) sein, ebenso wie die Durchführung von Transaktionen

(Validierung) oder die Nutzung der Blockchain-Infrastruktur „Blockchain-Infrastruktur as a Service“ (BlaaS) für den Betrieb von Apps. „Die Potenziale sind erkannt“, betont Rudolf Schleyer, govdigital-Vorstand und Vorstandsvorsitzender des Gründungsmitglieds AKDB. „Nun geht es darum, all diese Vorhaben mit ihren Akteuren sinnvoll zu vernetzen. Nur gemeinsam und im Austausch wird es uns gelingen, mit den Möglichkeiten der Blockchain Nutzen zu stiften.“ Das Modell der Genossenschaft erscheint dafür maßgeschneidert, es ist öffentlich und kommunal geprägt: Die Mitglieder begegnen sich auf Augenhöhe, gleichzeitig können jederzeit Interessenten hinzustoßen – bei vergleichbar geringem bürokratischen und finanziellen Aufwand.

Bundesweites Interesse

Gründungsmitglieder sind die AKDB, Bundesdruckerei, Dataport, ekom21, Governikus, KDO, Stadt Köln, krz Lemgo, regio iT und SIT. „Die Blockchain steht für Dezentralität und Partizipation, das zeichnet diese Technologie aus. Sie erlaubt es, Beteiligung, Souveränität und Gemeinsamkeiten auszubauen. Und daran wollen wir auch im übertragenen Sinne anknüpfen“, so Matthias Kammer. Der govdigital-Geschäftsführer und ehemalige Dataport-Vorstandsvorsitzende zeigt sich beeindruckt vom bundesweit großen Interesse für die Genossenschaft und ist sich sicher, dass schon bald weitere Partner hinzustoßen werden.

Es geht aber längst nicht nur um Blockchain. Der Ansatz ist breiter und technologieoffen. „Ich bin davon überzeugt, dass die Digitalisierung und hier insbesondere die Künstliche Intelligenz den öffentlichen Sektor weiter verändern wird“, sagt Torsten Koß, govdigital-Vorstand sowie Vorstand des Gründungsmitglieds Dataport AöR. „Unsere Chance heute ist, dass wir diese Veränderungen gemeinsam gestalten können. Wenn wir das nicht tun, dann gestaltet Digitalisierung uns.“

govdigital hat ihren Sitz in Berlin und bezieht Räumlichkeiten in der Vitako-Geschäftsstelle in Berlin-Mitte. Vitako – die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister – hat den Gründungsprozess eng begleitet und wird auch künftig mit der neuen Genossenschaft verbunden sein. □

Digitalfunk wird noch krisensicherer ausgebaut

Der Ministerrat hat beschlossen, das Digitalfunknetz der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern noch krisensicherer auszubauen.

Wie wichtig ein funktionierendes Digitalfunknetz im Katastrophenfall ist, hat sich zuletzt etwa bei der Schneekatastrophe Anfang 2019 gezeigt: Heftiger Schneefall, Sturm und einsetzendes Tauwetter hatten in der ersten Januarhälfte vor allem im südlichen Oberbayern, im Allgäu und im Bayerischen Wald zu einer ernststen Gefahrenlage geführt. In einigen oberbayerischen Landkreisen musste sogar der Katastrophenfall festgestellt werden, zeitweise fiel der Strom aus.

Künftig sollen deshalb alle der rund 900 Digitalfunkstationen in Bayern auch bei Stromausfällen bei kompletter Netzqualität für mindestens 72 Stunden weiterfunken können. Möglich wird dies durch Notstromersatzanlagen, die vorwiegend mit modernster Brennstoffzellentechnologie arbeiten. Auf diese Weise kann insbesondere eine sichere Alarmierung der Einsatzkräfte der Feuerwehren und der Hilfsorganisationen sichergestellt werden. □



V.l.: Bernd Buckenhofer (Mitglied des Kuratoriums der Innovationsstiftung), Stefanie Krüger (Mitglied des Kuratoriums der Innovationsstiftung), Prof. Dr. Dirk Heckmann (TUM School of Governance), Gudrun Aschenbrenner (stv. Vorstand der Innovationsstiftung), Rudolf Schleyer, (Vorstand der Innovationsstiftung), Dr. Franz Dirnberger (Mitglied des Kuratoriums der Innovationsstiftung), Prof. Dr. Eugénia da Conceição-Heldt (Dekanin TUM School of Governance). □

Notwendig, anspruchsvoll, topaktuell:

Cloud Computing für Kommunen

Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune hat eine Neuauflage ihrer Studie zum IT-Outsourcing für Kommunen veröffentlicht. Im Rahmen der offiziellen Präsentation an der TUM School of Governance in München erklärten Projektleiter Prof. Dr. Dirk Heckmann sowie Vertreter der Innovationsstiftung rechtliche und technologische Entwicklungen im Bereich Cloud Computing und leiteten daraus Empfehlungen für Kommunen ab.

C3 Compliant Community Cloud: Bei der Bezeichnung mit hohem audiovisuellen Wiedererkennungswert handelt es sich um eine Studie der Innovationsstiftung Bayerische Kommune für si-

cheres IT-Outsourcing. Der Begriff compliant, zu deutsch mit dem Gesetz vereinbar, bringt dabei zum Ausdruck, dass neben technischen und organisatorischen Auflagen die rechtlichen Vorgaben

erfüllt sein müssen, um dem Risiko bei IT-Outsourcing in seiner Gesamtheit Rechnung zu tragen. Erstmals erschienen im Jahr 2013 wurden im Zuge der Einführung der DSGVO und der daraus folgenden Novellierung diverser Fachgesetze rechtliche Anpassungen erforderlich. Technologische Entwicklungen im Laufe der letzten Jahre wurden ebenso berücksichtigt.

Prof. Dr. Dirk Heckmann, seit Oktober 2019 Inhaber des interdisziplinären Lehrstuhls für Recht und Sicherheit der Digitalisierung an der Technischen Universität München und Verfasser der Studie, präsentierte kürzlich die Neuauflage im Rahmen der Vorstellung seines neuen Lehrstuhls. Eingebettet in die Thematik um die aktuellen Diskussionen rund um Windows 10, Microsoft Office 365 und den Überlegungen zu einer Europäischen Cloud führte er vor Augen, dass man gar nicht mehr umhinkönnen, sich mit den Themen Cloud Computing und vernetzte Dateninfrastrukturen auseinanderzusetzen.

Dabei stellte er heraus, dass der unbestrittene Mehrwert der Cloud in Form wirtschaftlicher Ersparnisse, komfortabler Services und höherer Datensicherheit in den Kommunen nur erzielt werden könne, wenn eine entsprechende technische Absicherung gegeben sei sowie Datenschutzvorschriften umgesetzt würden. Besonderheiten des IT-Outsourcings bei der öffentlichen Hand würden sich zudem aus haushaltsrechtlichen Bindungen sowie den staatlichen Schutzpflichten im Hinblick auf den vertrauenswürdigen Umgang mit Bürgerdaten und die sorgfältige Auswahl des Cloud-Anbieters ergeben. In diesem Zusammenhang zeigte Heckmann auf, dass die Vorgaben der DSGVO, die in der

Praxis oft als bürokratische Last empfunden würden, gerade bei Fragen zur Auftragsverarbeitung hilfreiche Antworten auf praxisrelevante Fragen liefern würden. Sein Fazit: „Datenschutz ist nicht das Problem, sondern die Lösung, wenn man einen interdisziplinären Blick auf den Sachverhalt hat.“

Rudolf Schleyer, Vorstand der Innovationsstiftung, wies auf die sehr hohen Anforderungen an die Informationssicherheit, die der Gesetzgeber an den Betrieb bestimmter Fachverfahren stellt. Gerade kleine Kommunen dürften diese Anforderungen bezüglich Kosten, IT-Expertise und -Infrastruktur sowie Aufwand bei autonomem Betrieb vor erhebliche Anstrengungen stellen. Outsourcing zu einem zuverlässigen öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleister könne hierbei eine sicherere und kostengünstigere Lösung sein.

Wie bei all ihren Projekten verfolgte die Innovationsstiftung Bayerische Kommune auch hier das Ziel, innovative Entwicklungen in Wissenschaft und Forschung in einem passend zugeschnittenen Rahmen an die Kommunen weiterzugeben. Beim Erstellen der Studie wurden daher von Anfang an Vertreter der Bayerischen Kommunalen Spitzenverbände und Verwaltungsmitarbeiter aller kommunalen Ebenen miteingebunden. Die fundierte wissenschaftliche Betrachtung der Studie wird ergänzt durch einen kompakten Praxisleitfaden, der adressatengerecht Empfehlungen für die Umsetzung im kommunalen Alltag gibt. Dr. Franz Dirnberger, Mitglied des Kuratoriums der Innovationsstiftung, unterstrich das Bestreben, wissenschaftliches Know-how mit Praxisrelevanz zu verbinden und dabei gerade auch die kleinen Verwaltungen in Bayern im Blick zu haben. □

HELDEN DER VERWALTUNG

Nº 43

Einfach gewählt.
Dank Briefwahlunterlagen PLUS.

Eine starke Demokratie lebt von hoher Wahlbeteiligung. Doch wie macht man es Wählern einfach? Mit den Online-Diensten des Bürgerservice-Portals! Ein Klick – und schon sind die Briefwahlunterlagen da. Für Verwaltungsmitarbeiter, deren Mission ein starkes Gemeinwesen ist.

Wer hat eigentlich gesagt, Verwaltung sei langweilig?

Mehr Helden auf www.akdb.de/helden

akdb

eGovernment Monitor 2019:

Ungenutzte Potenziale

Wie aus dem eGovernment Monitor 2019, erstellt von der Initiative D21 und fortiss, hervorgeht, nutzen zwar immer mehr Bürger hierzu digitale Verwaltungsangebote, doch hat Deutschland im EU-Vergleich weiterhin Aufholbedarf. Vor allem der Personalausweis als digitale Identität kann sich in Deutschland nicht durchsetzen.

Trotz eines Aufwärtstrends - die Nutzung digitaler Verwaltungsangebote ist innerhalb der vergangenen 12 Monate um rund 8 Prozent angestiegen und liegt bei 48 Prozent - gelang Deutschland im europaweiten Vergleich auch in diesem Jahr der Anschluss nicht. Im europäischen Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) belegt Deutschland zwar insgesamt Platz 12, bei der Bereitstellung digitaler Behördendienste allerdings nur Platz 24 und liegt somit weit unter dem europäischen Durchschnitt.

Die eGovernment-Angebote werden im Durchschnitt 3,2 mal jährlich von deutschen Usern abgerufen. Der häufigste Verwendungszweck bleibt in Deutschland die Informationssuche. Transaktionen wie etwa Online-Bezahlungen, Online-Antragstellungen, etc. werden hier im Vergleich bisher am wenigsten beansprucht, obwohl diese Leistungen be-

ständig an Bedeutung gewinnen.

Laut Studie bleibt der Kontakt zu den Verwaltungen vorwiegend persönlich vor Ort oder telefonisch. Trotz gesteigerter Nutzungszahlen werden zahlreiche Potenziale nach wie vor nicht ausgeschöpft. Allein die Möglichkeit, Führungszeugnisse, Urkunden und Briefwahlunterlagen online anzufordern, ist kaum bekannt und somit auch wenig verbreitet. Zudem besteht eine große Diskrepanz zwischen „Nutze ich“ und „Will ich in Zukunft nutzen“, wie es auch bei der Bestellung von Heirats- oder Geburtsurkunden und Meldebescheinigungen der Fall ist.

Vermehrt genutzt werden allerdings die Funktionen der digitalen Kommunikation mit den Behörden (plus 5 Prozent), sowie die Möglichkeit, online einen Termin zu vereinbaren (plus 6 Prozent). Einzelne Faktoren wie Vielfalt der Dienste, Auffindbarkeit, Bearbei-

tungszeit, Durchgängigkeit und insbesondere Statusinformationen sind aber gerade in Deutschland noch ausbaufähig. Hier stagniert die Zufriedenheit oder geht sogar leicht zurück, mit Ausnahme des Datenschutz-Aspektes.

Bei Informationssuche und Beratung rund um die Steuererklärung spielen die Behörden hierzu eine untergeordnete Rolle. Wichtigste Anlaufstelle sind Steuerberatungsbüros. Es gibt viele Gründe, sich nicht über das Internet an die Behörden zu wenden. Ein Hauptgrund ist, dass die Menschen gar nicht auf die Idee kommen. Nur ein Drittel wickelt in Deutschland die Steuererklärung direkt über das Elster-Portal ab, obwohl der Online-Anteil bei Erstellung und Abgabe insgesamt bei knapp 50 Prozent liegt. Offenbar wird hier aufgrund der Komplexität der Thematik häufiger auf unterstützende Software oder gleich auf Steuerberater zurückgegriffen.

Barrieren abbauen

Einer einmaligen Datenerfassung und Wiederverwendung von Daten für Verwaltungszwecke (Once-Only-Prinzip) stehen mehr Onlineer positiv als negativ gegenüber, die Mehrheit in Deutschland hat sich aber noch kein abschließendes Urteil gebildet. Positive Erfahrungen und das aktive Vermarkten der Vorteile können diese neutrale Einstellung zum Positiven wenden. Zentrale Aspekte bei der Ausgestaltung von Once-Only sind Datenschutz und Datensouveränität, ein aktiver Staat ist von geringerer Bedeutung.

Um den Online-Angeboten der Behörden zu erhöhter Akzeptanz zu verhelfen, müssen weiterhin Barrieren abgebaut werden, stellt die Studie fest. Viele Bürger kritisieren, dass der von ihnen benötigte Service gar nicht angeboten werde, die Investitionskosten in

zusätzlich notwendige Hardware zu hoch seien oder die Angebote undurchschaubar präsentiert werden würden und bemängeln eine unzureichende Hilfestellung durch die Behörden. Außerdem haben auch hier viele potenzielle Nutzer Sorgen bezüglich der Datensicherheit.

Positiv ist laut eGovernment Monitor hervorzuheben, dass die mangelnde Bekanntheit der Angebote nicht länger die größte Hürde darstellt. In den vergangenen Jahren habe sich nach den Ergebnissen der Anteil derjenigen, die wegen fehlender Bekanntheit keine eGovernment-Dienste wahrnehmen, praktisch halbiert.

Nach Auffassung des DStGB ist es positiv zu bewerten, dass mit der erhöhten Nutzung der digitalen Behördendienstleistungen auch die Zufriedenheit mit den Angeboten im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen ist. Dennoch bleibe auf dem Weg zur digitalen Verwaltung noch eine Menge zu tun. Die Ziele des OZG wiesen in die richtige Richtung und könnten bei konsequenter Umsetzung einen Aufholprozess in Gang setzen. Allerdings bleibe auch hier abzuwarten, ob den guten Ideen und Konzepten dann auch eine konsequente Umsetzung folgt.

„Es ist sicher ein richtiger Schritt, die Online-Dienste aus der Nutzerperspektive attraktiver zu gestalten“, stellt der Kommunalverband fest. Wichtig sei, dass auch die bestehenden gesetzlichen Regelungen, beispielsweise die immer noch bestehende Hürde Schriftformerfordernis, schnell und mit klarer Ausrichtung auf die digitale Verwaltung angepasst werden. Schließlich müsse bei der Frage nach eGovernment und digitaler Verwaltung auch immer der gesamte Prozess in den Blick genommen werden, um nicht nur mehr Bürgerservice, sondern auch eine effizientere Verwaltung zu ermöglichen. Hier werde das Onlinezugangsgesetz mit seinem engen Fokus auf das sog. front end freilich nur einen bescheidenen Beitrag leisten können. **DK**

Deutsche Glasfaser und Vodafone:

Glasfasernetze für Privathaushalte gemeinsam realisieren

Zwei Privatunternehmen arbeiten zusammen, um die Digitalisierung voranzubringen. Der Plan: Deutsche Glasfaser baut FTTH-Glasfasernetze aus und vermietet diese an Vodafone. Der Düsseldorfer Kommunikationskonzern wird das passive Glasfasernetz mit seiner aktiven Technik ergänzen und langfristig betreiben. Voraussetzung dafür ist die erfolgreiche Vorvermarktung, die Vodafone voraussichtlich Anfang 2020 in den ersten Kommunen in Hessen startet.

Mit dem gemeinsamen Start erweitern beide Unternehmen ihre bestehende Zusammenarbeit beim Glasfaser-Ausbau für Unternehmen in Gewerbegebieten nun auf Privathaushalte in ganzen Kommunen. Die Zusammenarbeit auf Basis des „Privaten Betreibermodells“ soll für einen schnellen Netzausbau sorgen.

Die Gespräche mit ersten Kommunen in Hessen laufen: Die privatwirtschaftliche Netzausbauinitiative von Vodafone und Deutsche Glasfaser soll Anfang 2020 starten. „Durch den schnellen Ausbau mit reinen Glasfasernetzen ist die Privatwirtschaft der entscheidende Treiber der Digitalisierung in Deutschland. Hier ist Zusammenarbeit entscheidend – nicht nur mit der Politik und den engagierten Menschen vor Ort. Wir freuen uns auf die Kooperationsprojekte mit Vodafone und wollen gemeinsam ein Zeichen setzen. Und zwar, dass derartige Wholesale-Kooperationen nicht nur ressourcensparend und sinnvoll sind, sondern auch und vor allem die Digitalisierung ganzer Regionen beschleunigen kann“, erklärt Uwe Nickl, CEO von Deutsche Glasfaser. Das Unternehmen übernimmt die Verlegung des

Glasfasernetzes bis in die Häuser. Nach erfolgreicher Vorvermarktung und Ausbau wird Vodafone das Netz mieten, in kompletter Eigenregie betreiben und die Kunden mit attraktiven Internetangeboten versorgen. Damit ist Vodafone neben der htp in Niedersachsen bereits der zweite Kooperationspartner von Deutsche Glasfaser auf Basis dieses wegweisenden Privaten Betreibermodells.

Laut Vodafone Deutschland Chef Hannes Ametsreiter „zeigen wir zusammen mit Deutsche Glasfaser, dass die Versorgung ganzer Regionen mit leistungstarker Glasfaser schnell und effizient ablaufen kann. Noch schneller könnten wir sein, wenn die Förderung des Gigabit-Netzausbaus einfacher und unbürokratischer verlief. Hier muss nachgebessert werden.“ Und weiter: „Gemeinsam mit Deutsche Glasfaser wollen wir demnächst erste Kommunen vom digitalen Standstreifen auf die Überholspur bringen. Und so Menschen und Unternehmen vor Ort schon in weniger als zwei Jahren an die Glasfaserautobahn anschließen. Welche Kommunen das sein werden, geben wir zeitnah bekannt.“ **DK**

Herbstbilanz:

LfA-Förderung weiter stark gefragt

Wirtschaft in Bayern mit rund 1,9 Milliarden Euro unterstützt

Die LfA Förderbank Bayern hat die bayerische Wirtschaft in den ersten neun Monaten 2019 mit Darlehen in Höhe von rund 1,9 Milliarden Euro unterstützt – damit ging das Kreditvolumen gegenüber dem gleichen Zeitraum im vergangenen Rekordförderjahr leicht zurück. Über 3.400 bayerische Unternehmen und Kommunen nutzten die Fördermittel der LfA. Stark gestiegen ist die Nachfrage der kleinen und mittleren Unternehmen in der Energieeffizienzförderung mit einem Zuwachs von über 26 Prozent.

„Die stark exportorientierte bayerische Industrie ist natürlich von weltweiten Absatzproblemen härter betroffen als industrieschwache Branchen und Regionen. Ich sehe aber keinen Grund zu konjunktureller Schwarzmalerei. Bayerns Wirtschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs. Der Arbeitsmarkt und Investitionen sind stabil, ebenso wichtige Branchen wie Bau, Dienstleistungen und Einzelhandel. Die weiterhin hohe Nachfrage nach den Förderangeboten der LfA ist eine gute Nachricht für unseren Wirtschaftsstandort und zeigt, dass die mittelständischen Betriebe nach wie vor investieren“, so Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger. „Allein mit den Programmkrediten der bayerischen Förderbank konnten die Unternehmen in diesem Jahr bereits Investitionen von fast 2,1 Milliarden Euro finanzieren. Das festigt

über 100.000 Arbeitsplätze und schafft über 4.700 neue Stellen am Standort.“

Neuer Innovationskredit 4.0

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Nach dem Rekordwert im vergangenen Jahr hat sich unser Fördergeschäft auf einem hohem Niveau konsolidiert. Dies zeigt, dass unsere Förderangebote für den bayerischen Mittelstand weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Stark gestiegen ist die Fördernachfrage bei Investitionen in Energiemaßnahmen an Firmengebäuden sowie in energieeffiziente Maschinen und Prozesse. Auch bei Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben unterstützen wir die Unternehmen im Freistaat. Dazu haben wir mit dem Innovationskredit 4.0 ein breit angelegtes und schlankes Förderprodukt neu eingeführt.“ **DK**

DStGB zum steuerlichen Querverbund:

Kommunale Daseinsvorsorge sichern!

Um defizitäre kommunale Einrichtungen unterhalten zu können, bedienen sich Städte und Gemeinden einer steuerlichen Norm, die eine Querfinanzierung erlaubt. Aktuell prüft der Europäische Gerichtshof (EuGH) nach einem Vorlagebeschluss des Bundesfinanzhofs (BFH) die Zulässigkeit des sog. steuerlichen Querverbundes. Sollte der EuGH in dieser Steuerbegünstigung eine unerlaubte Beihilfe sehen, könnte dies das Ende für den deutschen Sonderweg der Querverbundfinanzierung und damit für Schwimmbäder und Strecken des ÖPNV bedeuten, betont der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Der EuGH soll darüber entscheiden, ob die Steuerbegünstigung für dauerdefizitäre Tätigkeiten kommunaler Eigengesellschaften gegen die Beihilfenregelung der Europäischen Union verstößt. Im Mittelpunkt steht dabei die Vorschrift des § 8 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 Körperschaftsteuergesetz (KStG), wonach dauerhafte Verluste von kommunalen Eigengesellschaften im Bereich der Daseinsvorsorge steuerlich anerkannt werden.

Existenz in Frage gestellt

„Sollte die Finanzierung kommunaler Daseinsvorsorge im Verfahren vor dem EuGH als mit dem europäischen Recht unvereinbare Beihilfe gesehen werden, würde die Finanzierung von Kernbereichen der Daseinsvorsorge und die wirtschaftliche Existenz zahlreicher kommunaler Einrichtungen in Frage gestellt“, macht der DStGB deutlich. Verlierer dieser Entwicklung würden die Nutzer von Leistungen der Daseinsvorsorge sein, deren Erbringung regelmäßig nicht wirtschaftlich erfolgen kann.

Nach Schätzung des Verbandes geht es um ein Finanzierungsvolumen von mehreren Milliarden Euro. Die Kommunen verwenden im Rahmen beim steuerlichen Querverbund letztlich Gewinne ihrer kommunalen Tochterunternehmen für den kommunalen Haushalt und damit für das Gemeinwesen. Dies ermöglicht erschwungliche Nutzungsentgelte für kommunale Einrichtungen. „Daher treten wir mit Nachdruck in und gegenüber der EU für die kommunale

le Daseinsvorsorge und deren Absicherung im europäischen Recht ein! Bezahlbare kommunale Daseinsvorsorge ist wichtig für die Akzeptanz des Staates!“, unterstreicht der DStGB.

Beim Problem des steuerlichen Querverbundes werde deutlich, dass die öffentliche Hand sich selbst für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben besteuert. Das Aufkommen aus dieser Besteuerung geht laut DStGB jedoch im Wesentlichen an Bund und Länder, wird aber ganz überwiegend von den Kommunen/Kommunalen Unternehmen bezahlt. Daher sollte der Bund bei Umsatzsteuern die Einsatzsteuerer sog. Refunds-Systeme prüfen, die zum Beispiel in Skandinavien seit Jahren umgesetzt werden. Dort bezahlten Kommunen Steuern bei öffentlichen Aufgabenerfüllungen, erhielten diese aber beim Finanzausgleich überwiegend erstattet.

Alternativen

Alternativ müssten aus Sicht des DStGB die gemeindlichen Steueranteile signifikant angehoben werden. Zum Beispiel und insbesondere bei der Umsatzsteuer liege der Gemeindefeindeil nur bei 2,2 Prozent des Gesamtaufkommens. Aber gerade auch die Umsatzbesteuerung der Gemeinden bei der öffentlichen Aufgabenerfüllung sei hoch und steigt an.

Es ist offen, ob und wie der Europäische Gerichtshof entscheiden wird. Lediglich durch eine Rücknahme der Klage vor dem BFH könnte laut DStGB eine Entscheidung noch vermieden werden. **DK**

20 Jahre BREKO

Mit einer hochkarätig besetzten Festveranstaltung hat der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) sein 20-jähriges Bestehen gefeiert. Vor mehr als 750 geladenen Gästen machte Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer deutlich, dass bis zur vollständigen Digitalisierung Deutschlands noch viele Herausforderungen zu stemmen seien. Mit Mut und Entschlossenheit sei die Aufgabe aber zu meistern.

Scheuer erkannte dabei die Notwendigkeit flächendeckend vorhandener Glasfasernetze ohne Umschweife an: „Natürlich brauchen wir Glasfaser!“, sagte Andreas Scheuer – und sicherte den mittlerweile 200 Netzbetreibern des führenden deutschen Glasfaserverbands zu: „Wir stehen an Ihrer Seite, um die Menschen zu erschließen und anzuschließen, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.“

Der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, bekräftigte den alternativlosen Schwenk hin zu direkten Glasfaseranschlüssen: „Wir müssen weg von Kupfer und hin zu Glasfaser – und die Menschen dafür begeistern. Aber mit realistischen Erwartungen: Der Ausbau geht nicht über Nacht!“

Bundeskartellamts-Präsident Andreas Mundt würdigte den von den Netzbetreibern des BREKO bereits erreichten Stand des Glasfaserausbaus und deren Investitionen in die beste digitale Infrastruktur. „Wenn ich sehe, in welchem Ausmaß Ihre Carrier investieren, ist mir um die Zukunft nicht bange.“

„Die Netzbetreiber unseres Verbands stellen allein rund 2,8 Millionen aller aktuell rund 5 Millionen verfügbaren Glasfaseranschlüsse“, unterstreicht dann auch BREKO-Präsident Norbert Westfal. „Hinzu kommt: Die BREKO-Carrier realisieren rund 80 Prozent aller Ausbauprojekte eigenwirtschaftlich, also ohne Inanspruchnahme staatlicher Fördergelder.“

BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers freut sich, dass das Festnetz in Deutschland boomt: „Alle Weichen sind nun endlich in Richtung Glasfaser gestellt – dafür haben wir uns ganz stark gemacht.“ Für Albers ganz wichtig: „Unsere Netzbetreiber stemmen den überwiegenden Teil des Glasfaserausbaus in Deutschland und tragen damit auch in Zukunft eine große Verantwortung für die digitale Zukunft unseres Landes.“

Norbert Westfal betont: „Damit wir den Glasfaserausbau möglichst schnell und effizient realisieren können, brauchen unsere Mitgliedsunternehmen optimale Rahmenbedingungen – zum Beispiel

bei der künftigen Glasfaserregulierung oder den künftigen Förderbedingungen. Hierfür stehen wir der Politik und Institutionen wie der Bundesnetzagentur weiterhin als kompetenter und engagierter Partner zur Seite, der sich mit konstruktiven und fundierten Vorschlägen aktiv miteinbringt.“

Einen solchen Vorschlag präsentierte BREKO-Präsident Norbert Westfal und BREKO-Vizepräsident Alfred Rauscher live vor dem in den Berliner Bolle-Festsälen versammelten „Who is who“ der Telekommunikationsbranche und überreichten Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer eine symbolische „Glasfaser-Prämie“ für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Deutschland. Hintergrund: Der BREKO setzt sich bereits seit längerem für Glasfaser-Gutscheine („Voucher“) als sinnvolle Fördermöglichkeit ein, um die Nachfrage nach zukunftssicheren Glasfaseranschlüssen bis in die Gebäude und bis direkt in die Wohnungen anzukurbeln und so den Glasfaserausbau in Deutschland weiter zu forcieren.

Auch Telekom-Deutschland-Chef Dirk Wössner honoriert das Engagement der Mitglieder des führenden Glasfaserverbands („Die BREKO-Unternehmen und die Deutsche Telekom bauen gemeinsam 90 Prozent der Glasfaseranschlüsse in Deutschland“) und kündigte gleichzeitig an, die Telekom setze auch weiterhin auf Kooperationen: „Wir können es uns nicht leisten, mehrere nicht ausgelastete Infrastrukturen parallel zu betreiben. Der Weg beim Breitbandausbau geht nur über Kooperationen. Wir sind bereit, weiter in Kooperationen zu gehen.“

Das sehen auch die BREKO-Netzbetreiber so: Schon heute werden mehr als ein Drittel (36 Prozent) aller Ausbauprojekte von BREKO-Mitgliedsunternehmen in Kooperation mit einem oder mehreren weiteren Netzbetreibern realisiert, wie die BREKO Marktanalyse 19 festgestellt hat. Für die kommenden fünf Jahre planen sogar fast drei Viertel (72 Prozent) aller BREKO-Carrier entsprechende Kooperationen beim Ausbau mit zukunftssicherer Glasfaser. **DK**

Vermögensbarometer 2019:

Bayern denken in punkto Geldanlage um

Welche Bedeutung hat ein Weltspartag in Zeiten ohne Zinsen? Eine große sogar, meint Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern: „Tot gesagte leben bekanntlich länger! Und das mit Recht, denn beim Sparen geht es in erster Linie darum, Geld für später zurückzulegen. Nur wenn man etwas in den Beutel hineingelegt hat, kann man es auch wieder herausnehmen.“

Das Sparen bleibt damit zentrales Thema, beim Konsumgüterkauf wie beim Vermögensaufbau. Nach zehn Jahren europäischer Niedrigzinspolitik ist allerdings für alle offensichtlich, dass die Vermögensbildung durch Sparen nicht mehr auf dem klassischen Weg über Zinsen funktioniert: Das andauernde Zinstief führt zu einer Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft.

In 2019 sparten die Bayern in Summe zwar nicht mehr als in den Vorjahren. Um den wegfallenden Zinsezins-Effekt zu kompensieren, setzen sie jetzt bereits vermehrt auf andere als die bisherigen, klassischen Sparprodukte wie das Wertpapiersparen. Diese und weitere Ergebnisse bestätigt das „Vermögensbarometer 2019“, eine bundesweite Studie des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die regelmäßig zum Weltspartag durchgeführt wird.

Danach legt weit über die Hälfte aller befragten Bayern regelmäßig Geld zurück. Wer spart, tut dies in erster Linie für die eigene Altersvorsorge. Während jedoch vor zehn Jahren hauptsächlich Tages- und Termingelder, Riester-Produkte und das „rote Sparbuch“ gefragt waren, erfreuen sich gerade in der Niedrigzinsphase Fondsprodukte immer größerer Beliebtheit. Immerhin knapp ein Viertel der Sparwilligen hält inzwischen auch Aktien. Die selbstgenutzte Immobilie allerdings bleibt nach wie vor Spitzenreiter in der privaten Vermögensbildung. Netzer empfiehlt, individuelle Sparvorlieben spätestens jetzt an die „neue Norma-

lität“ anzupassen. Allerdings müsste die Anlageform gut gewählt sein: „Fast drei Viertel unserer gesamten Kundeneinlagen werden auf dem Girokonto geparkt. Da „vermehrt“ sich heutzutage aber nichts – im Gegenteil. Wir alle müssen umdenken. Geld soll nicht chillen, sondern arbeiten!“

Unabhängig von der Zinssituation empfinden die Bürger im Freistaat auch 2019 ihre persönliche finanzielle Situation mehrheitlich als (sehr) gut. Dennoch gibt es seit vielen Jahren ein „stabiles Fünftel“ derer, das angibt, nichts sparen zu können und ein weiteres, das sich gar vor Altersarmut fürchtet. Netzer spricht sich vor diesem Hintergrund erneut für das Sparen aus: „Wir wissen nicht, welche finanziellen Herausforderungen uns in der Zukunft mit dem Alter erwarten. Es ist sinnvoll, bereits in jungen Jahren mit der Vorsorge zu beginnen.“

Für Vorsorgeförderung

Netzer fordert aber auch mehr staatliche Unterstützung für die Altersvorsorge: „Nachdem unsere Staatshaushalte schon eine ganze Weile von Nullzinsen profitieren, sollte den Bürgern ein Stück dieses Vorteils in Form einer Vorsorgeförderung weitergegeben werden. Statt mit einer Finanztransaktionssteuer den Aktienwerb noch zu behindern, sollte man das Aktiensparen als Altersvorsorge-Instrument staatlich fördern. Andere europäische Länder sind uns hier um Längen voraus. Die bayerische Regierung ist mit dem Baukindergeld schon ähnliche Schritte gegangen.“



V. l.: Landrat Martin Wolf, LEADER-Koordinatorin Agnes Stiglmaier, Wolnzachs Bürgermeister Jens Machold, LAG-Managerin Carmen Glaser und der Geschäftsführer des Zweckverbandes Deutsches Hopfenmuseum Markus Rieder.

LEADER-Projekt:

„Schaudepot Deutsches Hopfenmuseum“

Der Zuwendungsbescheid für das Projekt „Begehrtes Depot für das Deutsche Hopfenmuseum in Wolnzach“ wurde offiziell vom Landrat Wolf, von der LAG-Managerin Frau Glaser sowie der LEADER-Koordinatorin vom AELF Ingolstadt Frau Stiglmaier an den Geschäftsführer des Zweckverband Deutsches Hopfenmuseum Herrn Rieder und Bürgermeister Machold vom Markt Wolnzach übergeben.

Das bisherige Depot des Deutschen Hopfenmuseums, welches sich im Wolnzacher Ortsteil Gosseltshausen befindet, soll in ein Schauderpot umgewandelt und somit eine Ergänzung zum bekannten Hauptmuseum in Wolnzach werden. Das Depot ist bislang für die Öffentlichkeit aus Platzgründen nicht zugänglich. Ein Neubau – unweit des jetzigen Depots – soll

jedoch zukünftig an besonderen Tagen besichtigt werden können.

Ergänzung der bisherigen Sammlung

Ziel des Projektes ist eine Ergänzung der bisherigen Sammlung mit Exponaten, die die Entwicklung der deutschen Hopfenwirtschaft in den vergangenen 50 Jahren maßgeblich beein-

Masterplan für Sparer

Bayern beschließt Bundesratsinitiative

Mit einem Masterplan will die Bayerische Staatsregierung der massiven Schädigung der Sparer entgegenreten, die sich infolge der anhaltend lockeren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ergeben.

„Sparen ist persönliche Risikovorsorge, Sparen muss daher auch in einem Niedrigzinsumfeld attraktiv bleiben“, kommentierte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker den bayerischen Vorstoß. „Gerade für Bezieher geringer und mittlerer Einkommen sind zum Teil lebenslang aufgebaute Sparguthaben eine wesentliche Säule ihrer Altersabsicherung, die zunehmend an realem Wert verlieren. Wenn jetzt Kleinsparer auch mehr und mehr von Negativzinsen bedroht sind, muss die Bundesregierung endlich aktiv werden“, forderte Füracker.

Mit ihrer Bundesratsinitiative setzt sich die Staatsregierung dafür ein, die Weitergabe von Negativzinsen an Bankkunden einzuschränken. Zumindest bedarf es einer Abfederung der Belastungswirkungen über das Steuerrecht, die auch für Kleinsparer ohne positive Kapitalerträge liquiditätswirksam wird. Darüber hinaus soll das Aktiensparen attraktiver werden, indem einerseits der Sparer-Pauschbetrag angehoben wird, andererseits langfristig gehaltene Aktien im Privatvermögen wieder steuerfrei veräußert werden können.

„Seit Einführung der allgemeinen Veräußerungsgewinnbesteuerung bei privaten Kapitalanlagen hat die Attraktivität von Aktieninvestments erheblich gelitten. Das wollen wir korrigieren“, erläuterte Füracker. Nicht zuletzt sieht der Masterplan vor, die steuerlichen Rahmenbedingungen für Kapitallebensversicherungen zu verbessern. Vorschlag ist, die Erträge bei einer Mindestvertragslaufzeit von 12 Jahren und einer Auszahlung frühestens mit 62 Jahren wieder steuerfrei zu stellen.

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg:

Zeichen setzen für pflegebedürftige Senioren

Die Kreissparkasse spendet seit dem Jahr 2012 im Rahmen ihrer Aktion „Spenden statt Weihnachtskarten“ für karitative und gemeinnützige Zwecke. Heuer durften sich 47 gemeinnützige stationäre Pflegeeinrichtungen in den Landkreisen München, Starnberg und Ebersberg über Zuwendungen in Höhe von insgesamt 100.000 Euro freuen.

Die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland steigt stetig an. Damit erhöht sich jedoch auch die Zahl der Menschen, die im Alter mit psychischen oder physischen Einschränkungen in den deutschlandweit rund 13.600 Pflegeheimen (Bayern: 1.800) betreut werden. Zudem bedürfen immer mehr Ältere aufgrund von Demenzerkrankungen einer besonderen Pflege. Seit Jahren ist allerdings auch die mangelnde finanzielle Ausstattung und der Fachkräftemangel in Pflegeeinrichtungen in der Öffentlichkeit präsent.

Signalwirkung

„Die Pflegerinnen und Pfleger leisten in der Betreuung und Pflege von alten und pflegebedürftigen Menschen einen unverzichtbaren und wertvollen Beitrag für die Gesellschaft. Unter manchmal schwierigen Rahmenbedingungen sind sie rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr da für Seniorinnen und Senioren, die an ihrem Lebensabend auf Zuwendung und Unterstützung angewiesen sind“, so Josef Bittscheidt, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse.

„Mit unserer Aktion wollen wir ein Zeichen setzen und auf die wichtige Arbeit dieser Einrichtungen aufmerksam machen. Zugleich ermöglichen wir es den Bewohnerinnen und Bewohnern von Pflegeheimen, in einer noch lebenswerteren Atmosphäre ihren Lebensabend zu verbringen.“

Mit den Spendengeldern der Kreissparkasse können in den Pflegeeinrichtungen beispielsweise Hospiz- oder Palliativzimmer eingerichtet oder Angebote für Angehörige und Bewohner erweitert werden wie zum flusst haben. Initiiert und vorbereitet wurde das Vorhaben vom Verein Deutsches Hopfenmuseum Wolnzach. Der Zweckverband Deutsches Hopfenmuseum tritt als Projektträger und Antragssteller auf und wird mit 200.000 Euro vom LEADER-Programm gefördert.

Kreditpooling als Schutz vor Folgen der Konjunkturabkühlung

Erneut hohe Teilnehmerzahl beim jährlichen Sparkassen-Kreditbasket

Der Sparkassen-Kreditbasket XVI (S-KB XVI 2019) ist Mitte November mit 80 teilnehmenden Sparkassen gestartet, die ein Poolvolumen von 596,9 Mio. Euro verteilt auf 280 einzelne Kreditrisiken absichern. Damit bewegt sich die Transaktion zum dritten Mal in Folge um 600 Mio. Euro als Startwert und könnte im folgenden Mai wiederum auf über 700 Mio. Euro aufgestockt werden.

Gerade in Zeiten einer sich abkühlenden Konjunktur und zunehmenden Gewinnwarnungen auf Unternehmensseite sowie steigenden Insolvenzzraten sind effiziente Risikosteuerungsinstrumente für die im mittelständischen Firmenkreditgeschäft starken Sparkassen enorm bedeutsam. Hier zeigt sich, dass der Kreditbasket bei immer mehr Sparkassen ein fest etablierter Bestandteil der Risikosteuerung ist und Schutz vor bösen Überraschungen im Kreditportfolio bietet. So konnten unter den Sparkassen erneut Erstteilnehmer sowie Institute als Rückkehrer, die lange nicht mehr die Sparkassen-Kreditbaskets genutzt hatten, gewonnen werden.

Günstige Absicherung, schlanker Prozess

Die Vorteile des Kreditbaskets wie eine günstige Absicherung, die unangetastete Kundenbeziehung und der schlanke und standardisierte Prozess liegen auf der Hand. Sie haben dem Instrument ein dauerhaftes Wachstum beschert. Auch wird mit planmäßiger Ablösung des kürzlich zurückgezählten S-KB XI zugleich ein deutlicher Überschuss nicht benötigter Absicherungs-

prämie an die Institute ausgekehrt. Mit dem neuen S-KB XVI beträgt das Absicherungsvolumen in allen laufenden Baskettransaktionen gleichzeitig erstmals deutlich mehr als drei Milliarden Euro an Blankorisiken von rund 100 Sparkassen.

Splitting

Im Rahmen des Kreditbaskets übertragen Sparkassen mittels Kreditderivaten Adressenausfallrisiken großer gewerblicher Kreditengagements auf ein Portfolio und erwerben im Gegenzug anteilig das diversifizierte Portfolio. Etwaige Ausfälle bei den Kreditrisiken müssen somit nicht mehr von der einzelnen Sparkasse getragen werden, sondern verteilen sich als kleine Beträge auf alle investierenden Sparkassen.

Arrangiert und begleitet

Die Transaktion wird auch in diesem Jahr von BayernLB, Helaba, LBBW, NORD/LB sowie SaarLB arrangiert und von den regionalen Sparkassenverbänden und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) begleitet. Administratoren des Kreditbaskets sind die BayernLB und die Helaba.

Jetzt kostenlos informieren:
0800 0 372 372

Gemeinsam stark.
Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen

Deutscher Städtetag:

Stadtfinanzen 2019

In den Städten ist die (noch) gute wirtschaftliche Situation insgesamt deutlich spürbar. Überschüsse sind zu verzeichnen, die Investitionen sind angestiegen. Allerdings ist diese Momentaufnahme noch lange kein Grund zur Entwarnung, wie die aktuelle Publikation „Stadtfinanzen 2019“ des Deutschen Städtetags darlegt.

Gerade angesichts eines Finanzierungüberschusses von 8,7 Milliarden Euro weist der Deutsche Städtetag darauf hin, dass die Kommunalfinanzen „noch lange nicht krisenfest und aus sich heraus tragfähig sind“. Die jüngsten Ergebnisse des KfW-Panels, durchgeführt vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), bestätigten, dass weiterhin ein hoher Investitionsstau in Höhe von ca. 140 Milliarden Euro besteht, den es dringend abzubauen gilt.

Gute Wirtschaftsprognose

Für die kommenden Jahre wird bislang von einer weiterhin guten Wirtschaftsentwicklung ausgegangen. Dies spiegelt sich auch in den Prognosen der Kommunalfinanzen wider. Für das laufende Jahr 2019 rechnen die kommunalen Spitzenverbände mit einem Überschuss von 5,6 Milliarden Euro. Bei einem auch in den kommenden Jahren weiterhin positiven wirtschaft-

lichen Umfeld wird ein Rückgang des Finanzierungssaldos um durchschnittlich 2 Milliarden Euro jährlich erwartet, zugleich steigen die Investitionen.

Auf der Einnahmenseite sind wie bisher die Steuereinnahmen der wichtigste Grund für die weiterhin erwarteten Überschüsse. Der Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlagen, mit denen die Gemeinden an den Kosten der Einheit beteiligt werden, führt zu einem überdurchschnittlichen Einnahmeanstieg im Jahr 2020. Auch die Entwicklung bei den Zuweisungen ist eine Folge der guten Einnahmensituation der Länder.

Sozialausgaben

Die Entwicklung der Sozialausgaben ist in den Vorjahren insbesondere im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszuzug diskutiert worden. Dieser Ausgabenanstieg bei den Kommunen darf aus Sicht des Deutschen Städ-

tetags wegen der direkten und indirekten Unterstützungsleistungen von Bund und Ländern nicht eins zu eins mit einem Belastungsanstieg der Kommunen gleichgesetzt werden. Die erneut befristete Fortschreibung der Regelungen zur Flüchtlingsfinanzierung auf Bundesebene ist in der Prognose bereits berücksichtigt.

Auch unabhängig von den Ausgaben für Flüchtlinge sind die Steigerungsraten der Sozialausgaben über den gesamten Prognosezeitraum hinweg größer als die Wachstumsraten der Einnahmen. Während auf dem Arbeitsmarkt keine zusätzlichen Entlastungen bei den Sozialausgaben zu erwarten sind, stellen Mietsteigerungen für die Unterkunftskosten sowie ein möglicher wirtschaftlicher Abschwung mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt große Ausgaberrisiken dar.

Wohl und Wehe

Niedrige Investitionen sind zwar „gut“ für den ausgewiesenen Finanzierungsüberschuss, wünschenswert sind sie laut Städtetag aber keinesfalls. Bis zum Jahr 2017 sind die Investitionen real, das heißt unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, nur wenig gestiegen. Den Kommunen war es nahezu flächendeckend kaum möglich, alle sinnvollen und finanzierbaren Vorhaben zeitnah und zu einem akzeptablen Preis umzusetzen. Dies lag beispielsweise daran, dass viele Bau- und Handwerkerfirmen ausgelastet oder interne und externe Planungskapazitäten knapp waren. Letztlich konnten die Kommunen nicht in dem Ausmaß investieren, wie es der Investitionsrückstand fordert und die Finanzlage letztlich zulassen würde.

Die kommunalen Spitzenverbände gehen in ihrer Prognose davon aus, dass sich diese Problemlagen in den kommenden Jahren teilweise auflösen werden. Dann könnten die Kommunen zumindest die dringendsten Investitionen umsetzen. Die prognostizierten Steigerungsraten liegen sogar auf einem historischen hohen Niveau, wobei aber der prognostizierte Anteil der Investitionen am kommunalen Gesamthaushalt immer noch ausgesprochen gering ist.

Für strenge Haushaltsdisziplin

Bereits in den vergangenen Jahren wurde deutlich: Gerade der Kommunalpolitik ist vor dem Hintergrund vergangener Krisen bewusst, dass Ausgaben, die in konjunkturell guten Zeiten beschlossen werden, auch in konjunkturell schlechteren Zeiten finanziert werden müssen. Trotz der aktuell guten Finanzlage zeigt die Prognose daher sehr moderate Ausgabenanstiege in allen durch die Kommunen steuerbaren Bereichen – mit Ausnahme der Investitionen. „Angesichts der Vielzahl von wirtschaftlichen und politischen Risiken für die Prognose ist diese strenge Haushaltsdisziplin nur anzuraten“, betont der Deutsche Städtetag.

Bundespolitische Risiken für die Prognose bestehen laut Verband regelmäßig in den zu erwartenden, weil verfassungsrechtlich notwendigen Anhebungen des Grundfreibetrages bei der Einkommensteuer. Darüber hinaus ist aufgrund der angestrebten Kompensation der sogenannten kalten Progression mit weiteren Einnahmeverlusten zu rechnen. Zusammen mit Folgewirkungen in den kommunalen Finanzausgleichen sind Einnahmeverluste für die Kom-

munen in Höhe von bis zu 2 Milliarden Euro jährlich zu erwarten.

Das Risiko von nicht ausreichend gegenfinanzierten Leistungsausweitungen durch die Bundesgesetzgebung schwebt dauerhaft wie ein Damoklesschwert über den kommunalen Finanzen. Ein Beispiel ist das Bundesteilhabegesetz oder das Angehörigenentlastungsgesetz mit hohen Risiken für kommunale Mehrbelastungen.

Wirtschaftliche Risiken

Doch bestehen auch wirtschaftliche Risiken: Plötzliche Konjunkturerinbrüche können nicht verlässlich vorausgesagt werden, jedoch zeigt jede Erfahrung, „dass eine gute wirtschaftliche Entwicklung nicht in alle Ewigkeit fortgeschrieben werden kann. Es sollte daher eine langfristige Bindung von Ausgaben auf hohem Niveau vermieden werden. Derzeit vorhandene Spielräume sollten bewahrt oder zur Erhöhung der Krisenfestigkeit verwendet werden.“

Mit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ sind die innerdeutschen regionalen Disparitäten in das Zentrum der politischen Debatte gerückt. Indikatoren, die aus finanzstatistischer Sicht Disparität beschreiben, sind Finanzierungssaldo, Kassenkredite und Sachinvestitionen. Die hier vorgenommene Betrachtung beschränkt sich auf einen Vergleich zwischen den Ländern. Aber auch innerhalb der einzelnen Länder sind zwischen den Kommunen ebenfalls große Unterschiede vorhanden. Die Unterschiede in der Infrastruktur- und Vermögensausstattung sind nicht nur inakzeptabel groß, sie wachsen auch von Jahr zu Jahr. Lediglich die Geschwindigkeit, mit der sich die Schere öffnet, schwankt etwas.

Extreme Spreizung

Bei den Investitionen hat die schon bestehende extreme Spreizung im Jahr 2018 nochmals zugenommen: In Bayern sind die Investitionen mit circa 620 Euro je Einwohner bald viermal so hoch wie im Saarland mit 180 Euro je Einwohner. Zugleich nahm jedoch die Spannweite zwischen den jeweiligen Summen aus Investitionen und Finanzierungssaldo geringfügig ab. Dies gibt grob die Verbesserung der kommunalen Vermögenssituation vor Abzug der Abschreibungen wieder. Hier reicht die Spanne von weniger als 400 Euro pro Einwohner in Hessen, Niedersachsen, NRW, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Sachsen-Anhalt über mehr als 600 Euro pro Einwohner in Baden-Württemberg bis hin zu 730 Euro pro Einwohner in Bayern.

Kassenkreditbelastung

Das Ergebnis dieser unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten zeigt sich deutlich bei den Kassenkrediten: Während im Saarland und in Rheinland-Pfalz die Kassenkreditbelastung der Kommunen mit durchschnittlich 2.000 bzw. 1.900 Euro je Einwohner im Bundesvergleich mit Abstand am höchsten und in Nordrhein-Westfalen mit 1.400 Euro immer noch mehr als doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt ist, liegen die Kassenkredite in allen anderen Ländern durchschnittlich unter 700 Euro je Einwohner.

In Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen existieren praktisch keine Kassenkredite, deren Höhe problematisch ist. Vergleichbares gilt mittlerweile für die hessischen Kommunen. **DK**

Genossenschaftsverband Bayern:

Regionalbanken stärken!

Anlässlich der aktuellen Debatte um Negativzinsen für Spareinlagen hat GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken in Schutz genommen und für eine differenzierte Betrachtung in der Zinsdebatte geworben.

„Faktisch geht es aktuell darum, gegenüber Neukunden ein Signal zu setzen, deren Einlagen Kosten verursachen würden“, sagte Gros. Ziel sei nicht, existierende Kunden zu bestrafen, sondern sie solange wie möglich davor zu schützen, Verwahrentgelte bezahlen zu müssen.

Wie Gros erläuterte, verzeichneten Volksbanken und Raiffeisenbanken in den vergangenen Jahren ein sehr großes Einlagenwachstum mit einem massiven Einlagenüberhang. „Wenn eine Bank dieses Geld nicht in Krediten wieder ausreichen kann, muss sie es anlegen. Die Anlagemöglichkeiten sind größtenteils negativ verzinst, ob es Staatsanleihen sind, Unternehmensanleihen oder Einlagen bei der Europäischen Zentralbank. Das macht es für die Banken unattraktiv, zusätzliches Geld anzunehmen.“

Vorhaben ist Stückwerk

Ablehnend steht der GVB auch dem Vorstoß von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zur europäischen Einlagensicherung gegenüber. „Das, was der Bundesfinanzminister über die Financial Times als Zielbild für eine Bankenunion vorschlägt, ist Stückwerk“, kommentierte Präsident Gros dessen Vorhaben. „Scholz will den letzten Schritt zur europäischen Einlagensicherung vollziehen, bevor überhaupt zum ersten angesetzt ist“, mahnte der GVB-Chef. Scholz' vorgeschlagene Maßnahmen zum Risikoabbau reichen nicht als Grundlage aus, um über weitere Schritte zur europäischen Einlagensicherung zu reden.

Bankbilanzen von Altlasten befreien

Vorher wäre es laut Gros notwendig, die Bankbilanzen in Europa von Altlasten zu befreien. In Ländern wie Italien, Griechenland, Portugal und Zypern

Für das Miteinander in unserer Gesellschaft:

Ehepaar errichtet neue Stiftung im Haus der Stifter

„Wir haben uns ein Ziel gesetzt: Wir möchten Menschen einander näherbringen. Wir, das sind Menschen, die an der Vermehrung sozialer Werte mitarbeiten wollen“, beschreibt ein Augsburger Ehepaar die neue Stiftung „Grenzenlos zusammenleben“ unter dem Dach der Haus der Stifter Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg, die es ins Leben gerufen hat. Die Palette der sozialen Themen, die durch die verschiedenen Förderstiftungen im Haus der Stifter dauerhaft unterstützt werden, ist somit um ein weiteres aktuelles Handlungsfeld bereichert.

Zweck der Stiftung „Grenzenlos zusammenleben“ ist die Förderung von Hilfs- und Integrationsangeboten für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge oder Vertriebene. Sie soll dazu beitragen, das Miteinander in unserer Gesellschaft zu stärken. „Uns ist ein toleranter, verantwortungsvoller und friedfertiger Umgang miteinander wichtig. Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, Religionen und gesellschaftlichen Gruppierungen sollen sich kreativ beteiligen und unsere Zukunft mitgestalten“, so die Stifter.

Bunt und vielfältig

Cornelia Kollmer, Kuratoriumsvorsitzende der Stiftergemeinschaft Haus der Stifter der Stadtparkasse Augsburg, ist stolz darauf, dass Organisationen, die sich bereits für das Miteinander in Augsburg einsetzen, mit der neuesten Stiftung nach-

halten unterstützt werden können. „Das Leben in unserer Stadt ist bunt und vielfältig. Augsburg mit seiner aktiven Gesellschaft hat schon viel geleistet, die daraus erwachsenen Aufgaben zu meistern“, finden sowohl Kollmer als auch die Stifter.

„Es wäre fatal, mit einer zentralisierten EU-Einlagensicherung die dortigen Geldhäuser mit gesunden Regionalbanken hierzulande in einen Topf zu werfen.“ Hinzu komme: Die Vorschläge des Finanzministers sehen vor, Staatsanleihenportfolios erst ab einer kritischen Größe mit Eigenkapital abzusichern. Dafür soll den Banken ein Übergangszeitraum von fünf bis sieben Jahren eingeräumt werden. „Wer sichere Bankbilanzen will, der muss auch dafür sein, Staatsanleihen bereits ab dem ersten Euro gemäß ihrem Risiko mit Eigenkapital zu hinterlegen“, betonte Gros.

Schritte zur Risikominimierung

Bevor über eine europäische Einlagensicherung geredet werden kann, seien substanzielle Schritte zur Risikominimierung zu vollziehen. „Scholz dreht die Vorgehensweise um. Er will erst eine europäische Einlagensicherung und dann darauf vertrauen, dass alle Beteiligten ihre Hausaufgaben beim Risikoabbau machen. Das ist naiv“, urteilte der Präsident.

Mit seinem Vorhaben stelle sich der Finanzminister gegen bisherige Positionen der Bundesregierung zur europäischen Einlagensicherung. „Das schwächt insbesondere die Regionalbanken in Deutschland“, mahnte Gros. Zwar sei es richtig sicherzustellen, „dass wir auf der internationalen Bühne nicht herumgeschubst werden“, wie Scholz sagt. Die deutschen Regionalbanken mit ihrer bewährten Institutssicherung für einen vermeintlichen Ansehensgewinn Deutschlands zu opfern, sei aber der falsche Weg. **DK**

Für das Miteinander in unserer Gesellschaft:

Ehepaar errichtet neue Stiftung im Haus der Stifter

„Wir haben uns ein Ziel gesetzt: Wir möchten Menschen einander näherbringen. Wir, das sind Menschen, die an der Vermehrung sozialer Werte mitarbeiten wollen“, beschreibt ein Augsburger Ehepaar die neue Stiftung „Grenzenlos zusammenleben“ unter dem Dach der Haus der Stifter Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg, die es ins Leben gerufen hat. Die Palette der sozialen Themen, die durch die verschiedenen Förderstiftungen im Haus der Stifter dauerhaft unterstützt werden, ist somit um ein weiteres aktuelles Handlungsfeld bereichert.

Zweck der Stiftung „Grenzenlos zusammenleben“ ist die Förderung von Hilfs- und Integrationsangeboten für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge oder Vertriebene. Sie soll dazu beitragen, das Miteinander in unserer Gesellschaft zu stärken. „Uns ist ein toleranter, verantwortungsvoller und friedfertiger Umgang miteinander wichtig. Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, Religionen und gesellschaftlichen Gruppierungen sollen sich kreativ beteiligen und unsere Zukunft mitgestalten“, so die Stifter.

Für eine lebenswerte Stadtgemeinschaft

Auf die Frage nach konkreten Projekten werden vor allem die Schaffung und der Erhalt von Begegnungsräumen, Sprach- und Lernangebote für Neubürger, Unterstützung bei der Arbeits- und Wohnungssuche, Patenschaften und ganz konkret der Verein Tür an Tür, das Projekt Grandhotel Cosmopolis und die Werkstatt Solidarische Welt genannt. Auch eigene Projekte sind in Zukunft denkbar. Projekte, die den Erhalt und die Weiterentwicklung einer offenen, toleranten und lebenswerten Stadtgemeinschaft fördern. **DK**

Hilfe für strukturschwache Kommunen

Staatsminister Füracker übergab Bescheide für Bedarfswweisungen und Stabilisierungshilfen

Tatkräftig unterstützt der Freistaat seine strukturschwachen Kommunen im ländlichen Raum. Von den Bedarfswweisungen und Stabilisierungshilfen profitieren sowohl Landkreise als auch Städte und Gemeinden, wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Übergabe der Bescheide an die Vertreter der Kommunen feststellte.

Seit diesem Jahr erfahren Städte und Gemeinden, die bereits dreimal Stabilisierungshilfen erhalten haben und den eingeschlagenen Weg der Konsolidierung weitergehen wollen, zusätzliche Unterstützung: Mit den sogenannten Investitionshilfen sollen Investitionen in die gemeindliche Grundausstattung erleichtert werden, da damit insbesondere Kreditaufnahmen reduziert werden können und ein erneuter Schuldenaufbau vermieden wird.

Unterfranken

Aus Unterfranken erhalten 32 Kommunen über 22,9 Millionen Euro an Bedarfswweisungen und Stabilisierungshilfen. Dazu zählen die Landkreise Bad Kissingen (300.000 Euro), Haßberge (700.000 Euro), Kitzingen (300.000 Euro), Main-Spessart (500.000 Euro), Rhön-Grabfeld (2.300.000 Euro) und Schweinfurt (100.000 Euro) sowie u.a. die Städte/Gemeinden Bad Kissingen (2.250.000 Euro), Bad Königshofen i. Grabfeld (1.500.000 Euro) und Münnerstadt (1.700.000 Euro).

Aus Mittelfranken bekommen sechs Kommunen fast 4,2 Millionen Euro an Bedarfswweisungen und Stabilisierungshilfen, darunter die Landkreise Ansbach (250.000 Euro) und Weißenburg-Gunzenhausen (300.000 Euro) sowie u.a. die Städte und Gemeinden Alfeld (100.000 Euro), Fürth (3.000.000 Euro) und Hersbruck (500.000 Euro).

Aus Oberfranken beziehen 58 Kommunen über 50,5 Millionen Euro an Bedarfswweisungen und Stabilisierungshilfen. Dazu gehören die Landkreise Neustadt a.d. Waldnaab (500.000 Euro), Schwandorf (200.000 Euro) und Tirschenreuth (4.004.280 Euro) sowie u.a. die Städte/Gemeinden Furth im Wald (2.200.000 Euro), Tirschenreuth (1.500.000 Euro) und Weiden i.d. Opf. (6.700.000 Euro). **DK**

und Wunsiedel/Fichtelgebirge (3.250.000 Euro) sowie unter anderem die Städte und Gemeinden Hof (6.500.000 Euro), Ludwigsstadt (2.400.000 Euro) und Marktredwitz (5.500.000 Euro).

Niederbayern

Aus Niederbayern empfangen 22 Kommunen über 14,1 Millionen Euro an Bedarfswweisungen und Stabilisierungshilfen, darunter die Landkreise Deggendorf (300.000 Euro), Freyung-Grafenau (1.110.500 Euro), Kelheim (100.000 Euro), Regen (500.000 Euro) und Rottal-Inn (500.000 Euro) sowie u.a. die Städte und Gemeinden Regen (1.850.000 Euro), Sankt Oswald-Riedlhütte (1.700.000 Euro) und Zwiesel (2.950.000 Euro).

Aus Oberbayern bekommen zwei Kommunen über 1,8 Millionen Euro an Bedarfswweisungen und Stabilisierungshilfen: der Landkreis Berchtesgaden (300.000 Euro) und Markt Schwaben (1.512.742 Euro).

Schwaben

Aus Schwaben beziehen vier Kommunen fast 2,3 Millionen Euro an Bedarfswweisungen und Stabilisierungshilfen, darunter die Landkreise Dillingen a.d. Donau (200.000 Euro), Lindau/Bodensee (200.000 Euro) und Oberallgäu (50.000 Euro) sowie die Stadt Laingen/Donau (1.800.000 Euro).

Aus der Oberpfalz erhalten 24 Kommunen fast 26,7 Millionen Euro an Bedarfswweisungen und Stabilisierungshilfen. Dazu gehören die Landkreise Neustadt a.d. Waldnaab (500.000 Euro), Schwandorf (200.000 Euro) und Tirschenreuth (4.004.280 Euro) sowie u.a. die Städte/Gemeinden Furth im Wald (2.200.000 Euro), Tirschenreuth (1.500.000 Euro) und Weiden i.d. Opf. (6.700.000 Euro). **DK**

Deutscher Sparkassen- und Giroverband:

Zwischen europäischer Einlagensicherung und European Green Deal

Die Weiterentwicklung des europäischen Finanzmarktes ist nach Ansicht des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Helmut Schleweis, eine Daueraufgabe. Daher sei es nachvollziehbar, Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen eines sich entwickelnden EU-Kapitalmarktes zu diskutieren. „Gerade in Zeiten, in denen Europa viele negative Signale an die Sparerinnen und Sparer sendet, ist es wichtig, die Menschen mitzunehmen und um Akzeptanz zu werben“, betont Schleweis.

Die Sicherheit der Sparguthaben sei keine Verhandlungsmasse. Schon deswegen müsse der Eindruck vermieden werden, dass gemeinsame Lösungen schnell erreichbar seien, erklärte Schleweis mit Blick auf die jüngsten Vorschläge eines europäischen Einlagensicherungsfonds von Bundesfinanzminister Olaf Scholz.

Entscheidend sei hierbei auch, die Menschen nicht weiter zu verunsichern. „Die Sparerinnen und Sparer sind in ganz Europa durch die seit Jahren andauernde Niedrigzinsphase stark belastet. Zusätzliche Diskussionen über die Schaffung eines europäischen Einlagensicherungsfonds müssen weiterhin mit Bedacht und unter Berücksichtigung der notwendigen Vorbedingungen geführt werden“, so der DSGV-Präsident. Zudem sei die mit den jüngsten Vorschlägen verbundene Machtfülle beim europäischen Abwicklungsgremium (SRB) in Brüssel mit Blick auf Less Significant Institutions (LSI) nicht gerechtfertigt. Die Gefahr bleibe, dass die Vorschläge nur ein Zwischenschritt zu einer Vollvergemeinschaftung der Sicherungsmittel sind.

Risiken abbauen

Der Abbau von Risiken in den Bankbilanzen sowie das Vorantreiben europaweit einheitlicher Mechanismen für die Insolvenzen und Abwicklung von Banken müsse Vorrang haben vor dem Aufbau einer weiteren Vertiefung der Bankenunion. Zu begrüßen sei der neue Blick darauf, dass im Steuerrecht ein wesentlicher Faktor für Wettbewerbsverzerrungen im Finanzsektor liegt. Ein bedeutsamer Schritt zur Harmonisierung könnte in Deutschland mit der steuerli-

chen Abzugsfähigkeit der Bankenabgabe gemacht werden.

Als „wichtigen Schritt in die Zukunft“ hat Präsident Schleweis den „European Green Deal“, den die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament vorgelegt hat, bezeichnet. Klimaschutz sei eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen dieser Zeit, und der Handlungsbedarf erstrecke sich über alle politischen Ebenen, von der EU über die Mitgliedstaaten bis hin zu den Kommunen.

Bankenregulierung nicht mit Klimaschutzziele überfrachten

„Wenn wir gute Fortschritte erzielen wollen, darf Klimaschutz nicht isoliert betrachtet werden. Nachhaltigkeit braucht eine gute Balance zwischen Ökologie, Ökonomie und sozialer Verantwortung“, stellte Schleweis fest und warnte in diesem Zusammenhang davor, die Bankenregulierung mit Klimaschutzziele zu überfrachten: „Das Ziel finanzregulatorischer Maßnahmen ist und bleibt die Funktionsfähigkeit und Stabilität des Finanzsystems.“

Erweiterte Offenlegungspflichten zu „grünen“ Finanzprodukten dürfen Schleweis zufolge nicht zu einem bürokratischen Monstrum für Kunden und Institute werden. Die Berichtspflichten zu nichtfinanziellen Informationen seien bereits sehr weitgehend. „Eine Kosten-Nutzenabwägung mit Augenmaß ist gerade in Bezug auf kleinere und mittlere Unternehmen notwendig. Hier sollten wir effektivere Wege in der Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft finden, um Nachhaltigkeit und Klimaschutz voranzubringen.“ DK

Jahrestagung Archäologie in Bayern:

Erfolgsgeschichten der Stadtarchäologie

Drei Tage lang ging es in Würzburg bei der Jahrestagung Archäologie in Bayern um neue Erkenntnisse zur Geschichte und Archäologie Bayerns, um aktuelle Grabungsprojekte, Entwicklungen und Forschungsergebnisse. Breit war das Spektrum spannender Themen, das die zahlreichen Besucher erwartete – von Friedhöfen der Urnenfelderzeit bei Regensburg und Linearbandkeramik in der Windsheimer Bucht in Mittelfranken über keltische Fürstentempel und bronzezeitliche Flussfunde bis zu barocken Brezen.

Veranstalter der gesamtbayrischen Archäologietagung war in diesem Jahr das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege gemeinsam mit der Gesellschaft für Archäologie in Bayern e.V., der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Lehrstuhl für vor- und frühgeschichtliche Archäologie, und dem Museum für Franken.

Während Denkmalpfleger Dr. Michael Hoppe in seinem Festvortrag den Zuhörern die vorgeschichtliche Besiedlung des keltischen Fürstentempels auf dem Würzburger Marienberg näherbrachte, nahmen weitere Referenten die kommunale Stadtarchäologie im Freistaat in den Blick.

Von Schlaglichtern aus zehn Jahren kommunaler Bodendenkmalpflege in Bamberg wurde ebenso berichtet wie über

Erfolgsgeschichten der Stadtarchäologie in Augsburg, Nürnberg, München, Regensburg und Würzburg, die als einzige größere Stadt Bayerns nicht über eine Kommunalarchäologie verfügt. Zudem informiert Prof. Dr. Frank Falkenstein, Prähistoriker und Professor an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, über seine Forschungen zu bronzezeitlichen Flussfunden in Süddeutschland.

Eine Exkursion zu Bodendenkmälern und Museen in der Region erwartete die Besucher am letzten Veranstaltungstag. Dazu zählten das frühromische Legionslager Marktbreit, die Kirchenburg Mönchsodheim, die mittelnolithische Kreisgrabenanlage Hopferstadt und das noch im Aufbau befindliche Museum für Franken. DK

Apple Pay-Start bei den Sparkassen:

Mehrwert für das Girokonto

Seit kurzem bieten die Sparkassen ihren Kunden Apple Pay an und ermöglichen damit einfache, sichere und vertrauliche Zahlungen. Mit Apple Pay können Kunden auf iPhone, Apple Watch, iPad und Mac in Geschäften, in Apps und auf Websites schnell und bequem bezahlen.

371 der 379 Sparkassen in Deutschland sind von Beginn an dabei. Um den Dienst nutzen zu können, benötigen die Kunden Zugang zum Online-Banking und die aktivierte push TAN-App. Auch der Einzelhandel ist bereits vorbereitet: Die Mehrheit der PoS-Terminals akzeptiert kontaktlose und mobile Zahlungen und damit von nun an auch Apple Pay-Zahlungen mit Sparkassen-Kreditkarten. girocard-Zahlungen bereiten die Sparkassen für 2020 vor.

Dynamischer Sicherheitscode

Bei der Verwendung einer Kredit- oder Debitkarte mit Apple Pay werden die tatsächlichen Kartennummern weder im Gerät, noch auf den Apple-Servern gespeichert. Stattdessen wird ihnen eine eindeutige Gerätekontonummer zugewiesen, die verschlüsselt und sicher im Secure Element des Geräts gespeichert wird. Jede Transaktion wird mit einem einmaligen dynamischen Sicherheitscode autorisiert. „Damit haben wir unser Ziel, allen Kunden mobiles Bezahlen zu ermöglichen, erreicht“, hob Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, hervor. DK

LBS Bayern:

90 Jahre Wegbereiter für Wohneigentum

Seit 1948 etwa zwei Millionen Wohnungen mitfinanziert

Die LBS Bayerische Landesbausparkasse blickt auf eine traditionsreiche und erfolgreiche Unternehmensgeschichte zurück. Am 8. Dezember 1929 begann sie als öffentliche Bausparkasse für Bayern, überstand den Weltkrieg, leistete Wiederaufbauhilfe, gestaltete Bau- und Wohnungspolitik mit. Auch heute ermöglicht sie Bauherren, Käufern und Modernisierern, Eigenkapital anzusparen und zinsichere, günstige Darlehen sowie staatliche Fördermittel in Anspruch zu nehmen.

Die Idee des Bausparens war bereits 1782 in Birmingham entstanden. Damals hatten Wertarbeiter einen Verein gegründet mit dem Zweck, gemeinsam in eine Kasse Geld einzuzahlen. Damit sollte dann für jedes Mitglied nacheinander ein Hausbau finanziert werden. Das System des kollektiven Bausparens war erfunden. In Deutschland gehen die Bausparanfänge in das Jahr 1885 zurück, als Friedrich von Bodolschwingh mit seinem „Deutschen Verein Arbeiter-Heim“ die Wohnungsnachfrage der Industriearbeiter zu lösen versuchte. Die ersten deutschen Bausparkassen wurden Mitte der zwanziger Jahre gegründet.

Die Geburtsstunde

Das genaue Geburtsdatum der Landesbausparkasse in Bayern ist der 8. Dezember 1929. An diesem Tag unterzeichnete der damalige Innenminister Dr. Karl Stützel jenes Dokument, das dem Bayerischen Sparkassen- und Giroverband die Erlaubnis erteilte, eine Bausparkasse zu gründen. Am 1. Januar 1930 nahm das zuerst „Öffentliche Bausparkasse für Bayern“ genannte Institut als Abteilung der Bayerischen Gemeindebank mit einer vierköpfigen Büromannschaft seine Tätigkeit auf.

Ein Erfolgsmodell

Seit der Währungsreform 1948 hat die LBS Bayern rund 5,6 Millionen Bausparverträge mit einer Gesamtsumme von 89 Milliarden Euro zugeführt. So wurden in ganz Bayern rund zwei Millionen Wohnungen, hauptsächlich in Ein- und Zweifamilienhäusern, mitfinanziert. Waren es im ersten Geschäftsjahr 1930 noch 889 neu abgeschlossene Bausparverträge über die Summe von 3,5 Millionen Reichsmark, so betreuen die LBS- und Sparkassenberater in Bayern heute rund 1,5 Millio-

nen LBS-Bausparer mit 1,8 Millionen Bausparverträgen und 65 Milliarden Euro Bausparsumme. Vermittelt wurden von der Währungsreform bis heute über zehn Millionen Bausparverträge mit einer Bausparsumme von etwa 230 Milliarden Euro.

Der Slogan ist Programm

Wohneigentum für breite Bevölkerungsschichten ist das zentrale Anliegen der LBS. Der Slogan „Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause“ ist Programm. Als in Bayern präsenter Partner rund um die Immobilie sorgt sie dafür, dass jeden Tag neue Grundsteine für eigene vier Wände gelegt werden. Wohneigentum steht als Sparziel auf der Wunschliste der Menschen ganz oben. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht hierin die beste Form der Altersvorsorge und Bausparen ist dafür der bewährte Wegbereiter und Wegbegleiter. □

BayernLB:

Neun-Monats-Ergebnis von 433 Mio. Euro vor Steuern

Weiterhin solide Kapitalausstattung

Der BayernLB-Konzern hat in den ersten neun Monaten 2019 ein Vorsteuerergebnis in Höhe von 433 Mio. Euro erzielt (Vj.: 716 Mio. Euro). Zinsüberschuss und Provisionsüberschuss blieben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stabil, sie lagen in Summe bei 1.497 Mio. Euro (Vj.: 1.474 Mio. Euro).

Die DKB und das Immobiliengeschäft der BayernLB haben einmal mehr ihre Rolle als starke Ertragssäulen des Konzerns unter Beweis gestellt. Das Ergebnis profitierte zudem von Einmalergträgen. Diese fielen jedoch deutlich geringer aus als im Vorjahr, in dem das Ergebnis durch Sondereffekte positiv überzeichnet war. Das Konzernergebnis (nach Steuern) belief sich auf 394 Mio. Euro (Vj.: 564 Mio. Euro).

Neuausrichtung des Geschäftsmodells

„Die BayernLB liegt trotz der massiven Herausforderungen für den Bankensektor nach den ersten neun Monaten 2019 im Rahmen der Erwartungen“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Stephan Winkelmeier. „Um auch weiterhin nachhaltig erfolgreich zu sein, arbeiten wir im Rahmen eines Strategieprojekts derzeit an der Neuausrichtung unseres Geschäftsmodells. Einige künftige Schwerpunkte zeichnen sich nach der inzwischen vollzogenen Zusammenlegung unseres Kapitalmarktgeschäfts mit den Firmenkundeneinheiten bereits ab. Auf der einen Seite werden wir uns im Kapitalmarktgeschäft stärker fokussieren. Auf der anderen Seite werden wir die Wachstumschancen nutzen, die sich bei unseren Ergebnistreibern, vor allem also bei der DKB und im gewerblichen Immobiliengeschäft, bieten“, so Winkelmeier weiter.

Die Kapitalausstattung der BayernLB ist weiterhin solide. Das CET 1-Kapital betrug 9,9 Mrd. Euro (31.12.2018: 10,0 Mrd. Euro). Die Eigenkapitalquote (CET 1-Quote) lag bei 14,5 Prozent (31.12.2018: 15,2 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) betrug 6,0 Prozent (Vj.: 10,5 Prozent).

Der Zinsüberschuss belief sich auf 1.292 Mio. Euro (Vj.: 1.282 Mio. Euro). Der Provisionsüberschuss lag bei 205 Mio. Euro (Vj.: 192 Mio. Euro).

Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft profitierte die BayernLB weiterhin von ihrer konservativen Risikopolitik und wies mit -8 Mio. Euro einen sehr niedrigen Wert aus (Vj.: 122 Mio. Euro). Der Vorjahreswert wurde durch hohe Auflösungen und Eingänge auf

abgeschriebene Forderungen begünstigt. Die NPL-Quote, die den Anteil notleidender Kredite am Gesamtkreditvolumen abbildet, lag weiterhin bei sehr niedrigen 0,7 Prozent.

Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung belief sich auf -29 Mio. Euro (Vj.: 166 Mio. Euro). Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr resultiert neben der ungünstigen Marktentwicklung unter anderem aus Bewertungsergebnissen aus Cross Currency-Swaps. Das Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting) betrug -11 Mio. Euro (Vj.: -51 Mio. Euro), das Ergebnis aus Finanzanlagen lag bei 67 Mio. Euro (Vj.: 37 Mio. Euro).

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich auf 1.078 Mio. Euro (Vj.: 982 Mio. Euro), wobei der Anstieg im Wesentlichen auf strategische Investitionen in den Vertrieb und konzernweite Initiativen zur Digitalisierung sowie auf gestiegene Aufwendungen zur Erfüllung regulatorischer Vorgaben zurückgeht.

Auch die Cost-Income-Ratio (CIR) lag mit 65,3 Prozent über dem Vorjahresniveau (Vj.: 58,7 Prozent), bewegte sich allerdings noch im Zielkorridor. Angesichts der aktuellen Ertrags- und Kostenrelation sowie des anhaltend herausfordernden Marktumfeldes zeichnet sich ab, dass die BayernLB im kommenden Jahr zusätzliche Maßnahmen zur Senkung der Kosten ergreifen wird. Im laufenden Strategieprojekt werden hierzu die Details erarbeitet werden.

Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung belastete das Ergebnis mit insgesamt 123 Mio. Euro (Vj.: 98 Mio. Euro). Davon machte die Bankenabgabe 55 Mio. Euro (Vj.: 51 Mio. Euro) aus, der Beitrag zum Einlagensicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe betrug 68 Mio. Euro (Vj.: 47 Mio. Euro).

Ausblick auf das Gesamtjahr

Die BayernLB bleibt, obwohl das anhaltend negative Zinsumfeld und die konjunkturelle Abschwächung das operative Geschäft belasten, bei ihrer bisherigen Jahresprognose und rechnet für das Gesamtjahr 2019 weiter mit einem positiven Vorsteuerergebnis im mittleren dreistelligen Millionenbereich. □

Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihren Kindergarten.



Bayern Grund
IHR STARKER PARTNER RUND UM DIE KOMMUNALE IMMOBILIENENTWICKLUNG



Finanzierung, Bauplanung, Städtebauliches Projektmanagement, Dienstleistung, Erschließungsträgerschaft

- ✓ Zeitnahe und wirtschaftliche Umsetzung Ihrer Projekte und Ideen
- ✓ Umfangreiche Entlastung der Verwaltung und Spielräume in ihrem Haushalt
- ✓ Wir sind Ihr "Bauamt auf Zeit" bei allen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten (inkl. Wohnungsbau)



Bayern Grund

www.bayerngrund.de

Aus dem Kabinett:

Bauen wird schneller, einfacher und nachhaltiger

Ministerrat bringt größte Reform der Bayerischen Bauordnung seit 2008 auf den Weg
Pilotprojekt für digitale Baugenehmigung startet

Der Ministerrat bringt die größte Reform der Bayerischen Bauordnung seit 2008 auf den Weg. Um das Angebot an bezahlbarem Wohnraum in Bayern weiter zu vergrößern, will die Bayerische Staatsregierung das Bauen deutlich entbürokratisieren. Ziel ist es, schneller, einfacher und nachhaltiger bauen zu können. Fünf Schwerpunkte der Reform sind:

1. Digitale Baugenehmigungen

Die digitale Baugenehmigung startet als Pilotprojekt in 15 Landratsämtern in ganz Bayern. Voraussichtlich im Jahresverlauf 2020 können Planer ihren Bauantrag dann in den Pilotlandkreisen komfortabel vom Computer aus über das Bayernportal digital einreichen. Nach Abschluss des Pilotprojekts sollen die Erfahrungen auf alle unteren Bauaufsichtsbehörden übertragen werden. Die 5 Pilotlandkreise sind: Aichach-Friedberg, Bad Tölz-Wolfratshausen, Cham, Deggendorf, Ebersberg, Hof, Kronach, Miltenberg, Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim, Neustadt a. d. Waldnaab, Nürnberger Land, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Rhön-Grabfeld, Straubing-Bogen und Traunstein.

2. Einführung einer Genehmigungsfiktion und Typenehmigungen

Die Einführung einer Genehmigungsfiktion beschleunigt die Genehmigungsverfahren im Baubereich. Baugenehmigungen für Wohngebäude sollen in Zukunft spätestens drei Monate nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen bei der unteren Bauaufsichtsbehörde automatisch als genehmigt gelten. Einfacher und schneller wird es außerdem für Bauherren, die sich entscheiden, seriell zu bauen. Dafür wird es in Zukunft eine Typenehmigung geben. Neben der be-

währten Genehmigungsfreistelung, die die Bayerische Bauordnung bereits vorsieht, schafft die Bayerische Staatsregierung damit eine weitere Möglichkeit, schnell Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig die Ver-

waltungen massiv zu entlasten.

3. Verfahrenserleichterungen bei Aufstockungen

Eigentümern von nicht ausgebauten Dachgeschossen wird das Ausbauen und Aufstocken erleichtert. So benötigen Bauherren, die neuen Wohnraum in einem bisher nicht ausgebauten Dachgeschoss schaffen wollen, künftig in vielen Fällen nach dem Willen der Gemeinden keine Genehmigung mehr. Bei Auf-

stockungen von Wohngebäuden soll nicht mehr in jedem Fall das Nachrüsten eines kostspieligen Aufzugs erforderlich sein. Das macht Bauen günstiger, und es können wertvolle Flächen gespart werden.

4. Holz als Klima-Baustoff

Bayern macht das Bauen nachhaltiger. So soll Holz als nachwachsender Rohstoff demnach künftig in allen Gebäudeklassen als Baustoff eingesetzt werden können – auch beim Geschosswohnungsbau bis zu sechs Stockwerken.

5. Flexibilisierung bei der Spielplatz-Pflicht

Die Spielplatzpflicht wird flexibilisiert. Dadurch können Kommunen künftig passgenauer Bedarf und Ausstattung von Spielplätzen zu Wohngebäuden mit mehr als drei Wohnungen steuern. Statt der Errichtung kleinerer Spielplätze durch einzelne Bauherren sollen Kommunen mit eigenen Satzungen auf öffentlichen Grundstücken größere Quartiers-Spielplätze ausweisen und errichten können. Für Anwohner und Familien entstehen dadurch größere Spielplätze bei gleichbleibender Qualität und gleichzeitiger Kostenersparnis im Wohnungsbau. □

Putzbrunn:

Neues Staatliches Gymnasium

Finanzminister Albert Füracker und Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo erteilen ihre Zustimmung für die Errichtung eines neuen Gymnasiums im Landkreis München

„Interessierten Schülerinnen und Schülern im Raum München eröffnen wir mit dem neuen Gymnasium die Möglichkeit zum Besuch einer weiteren wohnortnahen Schule. Bayern investiert kräftig in die Bildung: Rund ein Drittel des gesamten Haushaltsvolumens steht weiterhin für die Bildung zur Verfügung. Mit der Zustimmung zur Errichtung der neuen Schule tragen wir der Bedarfslage im Landkreis München Rechnung“, betonte Füracker.

„Mit dem neuen Gymnasium bieten wir den jungen Menschen im Landkreis München ein attraktives neues Bildungsangebot. Die Zahl der Gymnasien im Landkreis wird nach den Prognosen weiter ansteigen und die bestehenden umliegenden Gymnasien sind bereits gut ausgelastet. Mit der Entscheidung für Putzbrunn tragen wir der hohen Nachfrage in der Region Rechnung“, ergänzte Piazolo.

Förderung im Rahmen des Finanzausgleichs

In Putzbrunn soll ein neues staatliches Gymnasium errichtet werden. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat haben ihre Zustimmung zu einem entsprechenden Antrag des Schulaufwandsträgers Landkreis München erteilt. Bayern unterstützt seine Kommunen tatkräftig beim Aus- und Neubau von Schulen. „Der Neubau des Gymnasiums kann im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gefördert werden“, kündigt Füracker an. Die staatliche Investitionsförderung von öffentlichen Schulen und Kindertageseinrichtungen nimmt im kommunalen Finanzausgleich einen hohen Stellenwert ein und trägt wesentlich dazu bei, dass diese Gebäude im notwendigen Umfang bereitgestellt werden können.

Die Fördermittel für den kommunalen Hochbau sind Bestandteil des unverändert kommunalfreundlichen bayerischen Staatshaushalts. □

Bayern geht beim Flächensparen voran

Landesplanungsgesetz soll Richtwert von fünf Hektar pro Tag bis 2030 vorsehen / Kommunale Planungshoheit bleibt

Die Bayerische Staatsregierung setzt ihren Kurs zu sparsamer Flächennutzung bei Siedlungs- und Verkehrsvorhaben konsequent fort. Ziel ist eine optimierte Flächennutzung, die den Herausforderungen unserer Gesellschaft Rechnung trägt. Mit der Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes soll die Richtgröße von fünf Hektar pro Tag für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen eingeführt werden, die schrittweise bis 2030 angestrebt wird.

Mit ihrem Gesetzentwurf trägt die Staatsregierung der kommunalen Planungshoheit der Gemeinden Rechnung und lehnt starre, bürokratische Flächenkontingente in Quadratmeter je Gemeinde ab. Flächensparen darf kein Selbstzweck sein: Unter Siedlungs- und Verkehrsfläche fallen zum Beispiel auch Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Grünanlagen, Spiel- und Sportplätze oder Hausgärten. Nur rund die Hälfte der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist tatsächlich versiegelt. Zu beachten sind auch Herausfor-

derungen wie der wachsende Wohnraumbedarf einer wachsenden Bevölkerung, der Ausbau von erneuerbaren Energien, der Bedarf der Wirtschaft zur Sicherung der Arbeitsplätze und das Verfassungsziel zur gleichwertigen Lebens- und Arbeitsverhältnissen in allen Landesteilen. Angestrebt werden zudem die Sicherung von Naturräumen, von land- und forstwirtschaftlichen Flächen und kompakten Siedlungsstrukturen, die Vorteile für Kommunen, Wirtschaft und Bürger bringen.

Seit Beginn der Flächensparoffensive des Freistaats wurden bereits in allen Regierungsbezirken Flächensparmanager für einen sparsameren Umgang mit Flächen eingesetzt. Der tatsächliche Flächenbedarf bei Bauleitplanungen wird kritischer geprüft und das Anbindegebot im Landesentwicklungsprogramm evaluiert. Ferner wurden Regionalkonferenzen zur Information, Sensibilisierung und Vermittlung guter Beispiele aus der Praxis in unterschiedlichen Planungsregionen durchgeführt. Die Maßnahmen der Staatsregierung zum Flächensparen werden ressortübergreifend weiter verstärkt und fortgesetzt. □



Auf der „Bau 2019“ in München deckten die Mitglieder der Zimmerer-Nationalmannschaft die flach geneigte Dachfläche mit dem E 58 RS ein. Auf der Dach + Holz präsentiert ERLUS einen weiteren Spezialisten für flach geneigte Dächer. Bild: Erlus

Neuer Spezialist für flach geneigte Dächer

Auf der Dach + Holz im Januar 2020 in Stuttgart stellt ERLUS einen neuen Spezialisten für flach geneigte Dächer vor

Die sehr erfolgreichen Dachziegelmodelle Ergoldsbacher Karat® und Ergoldsbacher E 58 RS® bieten eine hohe Sicherheit bei flacher Dachneigung. Das Design des neuen Modells für besonders flache Dachneigungen ist angelehnt an einen bekannten Ergoldsbacher Tondachziegel und wurde technisch und optisch weiterentwickelt.

ERLUS setzt bei seinen Dachziegelmodellen auf Ästhetik und Funktionalität. Für flache Dachneigungen gibt es im ERLUS-Sortiment bereits besonders formschöne und regensichere Dachziegel.

Der Ergoldsbacher Karat® ist ein Klassiker und zweimal Design prämiert, sein 4-Ziegeleck und die dreifache Kopfverfaltung sorgen seit über 50 Jahren für regensichere Dächer ab 16 Grad RDN und 7 Grad MDN.

Das kürzlich auf dem Markt eingeführte Modell Ergoldsbacher E 58 RS® erreicht bei flach geneigten Dächern durch seine Dreifachverfaltung die Sicherheit eines Steildachs. „Ein Steildach ist ein Schutzdach und ein Nutzdach“, betont Guido Hörer, Gesamtleiter Vertrieb und Marketing bei ERLUS, „die-

ses neue Modell ist ein weiterer Spezialist für besonders flache Dachneigungen, wie sie oft von Kunden gewünscht werden.“ Name und Aussehen des neuen Spezialisten für flach geneigte Dächer werden auf der Dach + Holz erstmals der Öffentlichkeit präsentiert.

Neuer ALU-Raumlüfter

Im Bereich ALU-SYSTEM Zubehör gibt es ab sofort den ALU-Raumlüfter DN 150 von ERLUS. Er sieht aus wie der bisherige DN 125 und fügt sich durch seine optimale Formensprache harmonisch auf dem Dach ein.

Der neue Raumlüfter hat aber einen deutlich größeren strömungsoptimierten Durchgang und Deckel. Der Raumlüfter mit hohem Volumenstrom wird fertig montiert geliefert und ist für

Wohnraum-, Küchen- und Wra-senlüftungen geeignet.

Neue Designtür für Schornsteinsysteme

Eine weitere Produktneuheit präsentiert ERLUS im Bereich Schornstein. Auf dem Messestand der Dach + Holz wird eine neue Designtür für die ERLUS Schornsteinsysteme mit Edelkeramikrohren vorgestellt.

Für die ERLUS LAF-Premiumschornsteine gibt es ab sofort eine neue Designtür mit optisch hochwertiger Front für Wohnräume. Die Designtüren können in Farbe und Struktur der Wand im Wohnraum angepasst werden, bevor sie in den vorab montierten Rahmen am Schornsteinfuß eingepasst werden.

Dadurch wird die Putz Tür für den Schornsteinfeger nahezu unsichtbar integriert. Die neuen Designtüren sind für einzügelige LAF-Premiumschornsteine in den Durchmesser 16, 18 und 20 Zentimeter verfügbar. □



„Eine Hommage an die Bauindustrie“ inszenierte die berühmte Malerin Valeska mit ihren neuen Bildern im Haus der Bayerischen Bauindustrie. Verwendet hat sie für ihre Werke neben Ölfarbe vor allem Baumaterialien wie Beton, Bitumen, Dachpappe, Gips, Kies, Sand und Splitt. In einer bewegenden Laudatio würdigte Bundesministerin a.D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger die Künstlerin, deren schöpferische Vielfältigkeit integraler Bestandteil des Kunst- und Kulturstandorts München sei – und das in einer männlich dominierten Kunstszene. Unser Bild zeigt (v.l.): Bauindustrie-Hauptgeschäftsführer Thomas Schmid, Valeska und Laudatorin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Bild: Schwaiger

Richtfest in Rekordzeit

Nur knapp elf Monate nach dem Beschluss des Bezirkstags von Oberfranken ein neues Verwaltungsgebäude zu errichten und nicht einmal fünf Monate nach dem Spatenstich wurde bereits Richtfest gefeiert. Der Neubau soll dem Aufgabenzuwachs durch das Bundesteilhabegesetz und der Bündelung der ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege auf der Ebene des Bezirks Rechnung tragen. Mit den zusätzlichen Aufgaben ist auch eine Aufstockung des Personals verbunden.

Um den gestiegenen Raumbedarf zu decken baut der Bezirk Oberfranken entlang der Cottenbacher Straße in Bayreuth ein neues Verwaltungsgebäude. Jetzt ist Richtfest an dem Fünf-Millionen-Euro-Projekt. Rund 20 neue Stellen seien mit

Holzmüller + Detsch erstellt. „Die beteiligten Baufirmen und Planer haben eine tolle Arbeit geleistet! Jetzt schauen wir, dass wir so schnell wie möglich das Dach drauf bekommen“, lobte Bezirkstagspräsident Henry Schramm die ausführenden Firmen für die termingerechte Bauausführung. Die Hauptaufgabe der dritten kommunalen Ebene sei es, Menschen zu helfen, denen es nicht so gut gehe. Dafür wendet der Bezirk im laufenden Jahr rund 417 Millionen Euro auf. In den Bereichen Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe kümmern sich die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Bezirksverwaltung um rund 17.000 Menschen in Oberfranken.

Im Zuge der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und der Übertragung der ambulanten Hilfe zur Pflege auf die Bezirke war es zu einer Aufgabenerweiterung gekommen. Das Stichwort dazu laute „Hilfen aus einer Hand“, wie der Bezirkstagspräsident betonte. Der Neubau sei aber zugleich auch ein Zeichen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks, verdeutlichte Henry Schramm und ergänzte: „Wir investieren in unsere Fachkräfte und in unsere Auszubildenden.“



Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe mit Bezirkstagspräsident Henry Schramm beim Richtfest. Bild: Bezirk Oberfranken

dem Aufgabenzuwachs beim Bezirk Oberfranken verbunden, rechnete Bezirkstagspräsident Henry Schramm in seiner Rede vor dem stattlichen Gebäude vor. Ein Teil der Bezirksräte war, neben der Bayreuther Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe, sowie den beteiligten Planern und Baufirmen gekommen, um den Stand der Arbeiten in Augenschein zu nehmen.

„Der Bezirkstag hat im Januar einstimmig grünes Licht für diese notwendige Erweiterung gegeben und heute schon stehen wir neben dem Rohbau und feiern mit dem Richtfest einen weiteren Meilenstein“, skizzierte Schramm die schnelle Umsetzung des Neubaus.

Raum für wachsende Aufgaben

Auf 580 Quadratmetern Grundfläche wird ab Ende des kommenden Jahres Platz für 58 Arbeitsplätze sein. Das dreigeschossige Gebäude soll mittels einer Fußgängerbrücke an das bestehende Verwaltungsgebäude angedockt und so barrierefrei erschlossen werden. Die Planungen dazu hatte Bernd Detsch vom Bayreuther Architekturbüro

Symbol für Heimatwurzeln

Im Anschluss an das Richtfest pflanzte der Bezirkstagspräsident als Baumpate zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der oberfränkischen Landjugend im Rahmen der Aktion Heimatwurzeln einen Obstbaum neben dem Neubau. „Wir möchten zusammen mit unseren Baumpaten in ganz Oberfranken 70 Bäume pflanzen und gleichzeitig auf das 70-jährige Bestehen unseres Grundgesetzes aufmerksam machen“, erklärten die Vertreter der Landjugend, Bildungsreferentin Alexandra Krause, Kathrin Ott und Christian Lappe. Dazu wird an jedem Baum ein Artikel des Grundgesetzes veröffentlicht.

Mit Blick auf den Aufgabenbereich des Bezirks steht auf der Tafel neben dem neuen Verwaltungsgebäude: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ □

Bayerisches Kabinett:

Kommunale Planungshoheit bleibt bestehen

Flächensparen im Einklang mit Wohnungsbau und wirtschaftlicher Entwicklung

Die Bayerische Staatsregierung setzt ihren Kurs zu sparsamer Flächennutzung bei Siedlungs- und Verkehrsvorhaben konsequent fort. Mit der Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes soll die Richtgröße von fünf Hektar pro Tag für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen eingeführt werden, die schrittweise bis 2030 angestrebt wird.

Mit ihrem Gesetzentwurf trägt die Staatsregierung der kommunalen Planungshoheit der Gemeinden Rechnung und lehnt starre, bürokratische Flächenkontingente in Quadratmeter je Gemeinde ab. Flächensparen darf kein Selbstzweck sein: Unter Siedlungs- und Verkehrsfläche fallen zum Beispiel auch Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Grünanlagen, Spiel- und Sportplätze oder Hausgärten. Nur rund die Hälfte der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist tatsächlich versiegelt.

Zu beachten sind auch Herausforderungen wie der wachsende Wohnraumbedarf einer wachsenden Bevölkerung, der Ausbau von erneuerbaren Energien, der Bedarf der Wirtschaft zur Sicherung der Arbeitsplätze und das Verfassungsziel von gleichwertigen Lebens- und Arbeitsverhältnissen in allen Landesteilen. Angestrebt werden zudem die Sicherung von Naturräumen, von land- und forstwirtschaftlichen Flächen und kompakten Siedlungsstrukturen, die Vorteile für Kommunen, Wirtschaft und Bürger bringen.

Seit Beginn der Flächensparoffensive des Freistaats wurden bereits in allen Regierungsbezirken Flächensparmanager für einen sparsameren Umgang mit Flächen eingesetzt. Der tatsächliche Flächenbedarf bei Bauleitplanungen wird kritischer geprüft und das Anbindegebot im Landesentwick-

lungsprogramm evaluiert. Ferner wurden Regionalkonferenzen zur Information, Sensibilisierung und Vermittlung guter Beispiele aus der Praxis in unterschiedlichen Planungsregionen durchgeführt. Die Maßnahmen der Staatsregierung zum Flächensparen werden ressortübergreifend weiter verstärkt und fortgesetzt.

Bayerns Staatsminister für Wirtschaft und Landesentwicklung, Hubert Aiwanger, begrüßte den Entschluss: „Auf einen sparsamen Umgang mit Grund und Boden wird in Bayern künftig noch stärker geachtet. Staat, Kommunen und Wirtschaft sind dabei gleichermaßen gefordert. Flächensparen darf aber nicht wirtschaftliche Entwicklung verhindern oder knappen Wohnraum weiter verteuern.“

Städte gegen verbindliche Obergrenze

„Die Städte stehen in Bayern nicht erst seit der Diskussion um eine Obergrenze für eine nachhaltige und zukunftsfähige Flächenpolitik ein. Eine verbindliche Obergrenze lehnen wir strikt ab. Daher begrüßen wir, dass eine Obergrenze nicht festgelegt wird“, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl. In der Siedlungsplanung seien die Städte seit jeher verpflichtet, sparsam und ef-

fizient mit Fläche umzugehen, um allen Bürgerinnen und Bürgern bezahlbare Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Arbeitsplätze und Erholungsflächen anbieten zu können.

Gribl zufolge zieht die erfolgreiche Wachstumsgeschichte Bayerns einen hohen Flächenbedarf nach sich. Dies bedeutet eine Nutzungskonkurrenz um Flächen gegenüber von Natur und Landschaftsbild. Diese Konkurrenz um die Fläche darf nicht dadurch verringert werden, dass wichtige Entwicklungen abgeschnitten werden, sondern muss konstruktiv gelöst werden, indem die vielfältigen Interessen und Belange der Menschen, der Natur und der

Weiterer Ausbau der Krankenhausversorgung

Die Bayerische Staatsregierung baut die stationäre medizinische Versorgung in Bayern weiter aus. Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Gesundheitsministerin Melanie Huml nahmen an den Feierlichkeiten zum Abschluss der Gesamtanierung des Klinikums Weiden teil.

Huml begrüßte die Gesamtanierung als großen Schritt für die Region der nördlichen Oberpfalz: „Das Klinikum Weiden als größtes Krankenhaus in der Region ist nun baulich und medizinisch auf Top-Niveau. Das neue Krankenhausgebäude mit Infektionsstation und Palliativstation sowie einem Hubschrauberlandeplatz ist ein eindrucksvoller Beleg für moderne Versorgungssicherheit im ländlichen Raum. Der Freistaat hat sich dabei einmal mehr als starker Partner erwiesen. Allein für die letzten beiden Bauabschnitte haben wir knapp 36 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.“

Für gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Ministerin unterstrich: „Die nun fertiggestellten Bauabschnitte stellen gemeinsam den Abschluss der fast 35 Jahre währenden Gesamtanierung des Klinikums Weiden dar. Insgesamt hat der Freistaat Bayern hierfür Fördermittel in Höhe von rund 152 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Daran wird deutlich: Wir setzen uns intensiv für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern ein. Denn wir brauchen auch auf dem Land erstklassige Krankenhäuser.“

In Weiden wurde auf dem sogenannten Augustiner-Gelände im Norden des bisherigen Krankenhausgebäudes ein Neubau mit Infektionsstation (25 Betten), zusätzlicher Alltagsambulanz (47 Betten), Palliativstation (10 Betten), Zentrallager, EDV-Abteilung und Hubschrauberlandeplatz errichtet. Fer-

ab. Gesunder, humusreicher Boden bedeutet auch gesunde Pflanzen und Lebensmittel und schließlich auch gesunde Menschen. Schon deshalb sehen wir als Verein IG Boden es als große und wichtige Aufgabe, mit dem Projekt Bodenentdeckungspfad die Öffentlichkeit zu informieren und sensibilisieren, um wesentliche Kreisläufe in unserem Boden zu erkennen und ihn – im doppelten Sinne des Wortes – zu „begreifen“, erläuterte Vorsitzender Rösl.

Der Bodenentdeckungspfad entsteht im Außenbereich der Friedrich-Zeche in Regensburg und wird im Frühjahr 2020 der Öffentlichkeit vorgestellt. Weitere Informationen: www.ig-gesunder-boden.de

Wirtschaft in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden.

Auch der Bayerische Gemeindetag begrüßt die Entscheidung des Ministerrats, beim Thema Flächensparen auf eine arithmetische Berechnung der von den Kommunen zu überplanenden Fläche zu verzichten und damit den Gemeinden und Städten die notwendige Flexibilität bei der Bauleitplanung zu belassen.

Laut Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl achtet die Bayerische Staatsregierung die kommunale Planungshoheit als Teil des verfassungsrechtlich verbürgten kommunalen Selbstverwaltungsrechts. „Das begrüßen wir sehr. Wir haben stets betont, dass eine detaillierte Berechnung von Flächen, die von den Kommunen überplant werden dürfen, praxisuntauglich und realitätsfremd wäre. Außerdem wäre sie ein unzulässiger Eingriff in die kommunale Planungshoheit. Das nun vorgelegte neue Konzept ist jedenfalls akzeptabel.“

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München:

Eine IBA für die Region München?

Auf der Verbandsversammlung des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) in Erding drehte es sich im Fachteil um den Nutzen einer Internationalen Bauausstellung (IBA) für die Region München. Eine Podiumsdiskussion erörterte die Chancen und Risiken.

Einig waren sich die Experten, dass für das Gelingen einer IBA Politik und Bürger gefordert seien. Zudem haben die PV-Mitglieder den Beitritt der Gemeinde Oberpfaffenhofen einstimmig beschlossen. „Eine IBA stellt ein Reallabor für neue Lösungen dar, muss mehr sein als Bauprojekte und soll international wahrgenommen werden“, erläuterte Arne Lorz, Hauptabteilungsleiter Stadtentwicklung der Landeshauptstadt München, im Eingangreferat.

Schlüsselrolle für das Thema Mobilität

Lorz präsentierte einen Überblick über die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie zur IBA Region München, den Stand der Dinge sowie die nächsten Schritte. Laut Studie kann eine IBA Impulse für die Entwicklung von Stadt und Region München setzen, vorausgesetzt sie hat ein dringliches Thema, eine starke Trägerschaft mit politischer Rückendeckung und exzellente Projekte. Dem Thema Mobilität kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. „Das bietet uns die Chance, Mobilität und Räume um Mobilität neu zu denken“, betonte Lorz.

Aktuell erarbeiten die IBA-Verantwortlichen Vorschläge zum weiteren Vorgehen, etwa zur Organisationsstruktur, Finanzierung und Trägerschaft sowie zu möglichen Projekten. Die Landkreise Dachau und Freising sowie die Bayerische Ingenieurkammer-Bau sind erste regionale Partner.

Auf einem Podium diskutierten der Verkehrsexperte Prof. Klaus Bogenberger von der Universität der Bundeswehr München, der Erdinger Oberbürgermeister Max Gotz sowie der ehemalige Geschäftsführer der IBA Hamburg GmbH, Uli Hellweg, und Arne Lorz. „Durch eine IBA können wir Kräfte in der Region bündeln und Chancen ergreifen“, begeisterte sich OB Gotz für die Idee. „Die Region braucht Leuchtturmprojekte“, so Gotz weiter und forderte einen mutigen Blick nach vorne.

Entscheidende Kriterien für den Erfolg

Über seine Erfahrungen mit der IBA Hamburg berichtete Ex-Geschäftsführer Hellweg: „Für den Erfolg einer IBA sind drei Kriterien entscheidend: starker politischer Wille, Durchhaltevermögen über zehn Jahre hinweg und eine starke operative Agentur.“ Wichtig sei es, ein „Memorandum of Understanding“ mit den beteiligten Trägern aufzusetzen. „Dieses legt fest, was die Partner wollen, welche Vorteile die Region hat, definiert Schwerpunkte und bringt die Diskussion in Gang“, so Hellweg. Für eine IBA der Region München, empfahl er, das Thema zu schärfen.

Prof. Bogenberger plädierte dafür, eine „IBA einfach zu machen und geschickte Projekte umzusetzen“. Da es sich um einen Prozess von zehn Jahren handle, hätten die Beteiligten genügend Zeit, Entscheidungen zu justieren und zu korrigieren.

Start für bundesweit einzigartiges Naturprojekt

Erste Pflanzaktion am Bodenentdeckungspfad der IG Boden

Mit einer Pflanzaktion von 20 Obstbäumen startete jüngst ein weiteres wichtiges und bisher einzigartiges Natur-Projekt der Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. (IG Boden). Mit dem Titel „Mensch trifft Boden“ fand die „Grundsteinlegung“ des Bodenentdeckungspfades im Beisein der Klasse 8a der Regensburger Mädchenrealschule Niedermünster und des Vorsitzenden der IG Boden Franz Rösl statt.

Dieser neuartige Lehrpfad, der wesentlich die Autorenhandschrift des Geographie-Pädagogen und früheren Ministerialbeauftragten der Oberpfälzer Realschulen, Ludwig Meier aus Regensburg, trägt, wird im Frühjahr 2020 mit seinen 17 Schau- und Lerntafeln sowie Praxisstationen fertig sein.

Die Besucher finden zahlreiche Informationen und Anregungen über den Wert fruchtbarer und lebendiger Böden, erleben, was sich im Boden, auf den Äckern, in den Wiesen und Wäldern abspielt.

Aktivstationen laden die Besucher ein, bei Versuchen selbst tätig zu sein und machen auf positive und negative Umwelteinflüsse bei „unserer Mutter Erde“ aufmerksam. „Dieser neu konzipierte Lehrpfad ist der erste seiner Art in Deutschland. Er lädt die Besucher, ob jung oder alt, auf eine Entdeckungsreise mit allen ihren Sinnen ein, sich mit dem Boden zu beschäftigen und macht gleichzeitig auch deutlich, dass der Boden, der uns trägt und ernährt, die Grundlage allen Lebens ist“, betont Rösl zu Beginn der Pflanzaktion.

Auch die Leiterin Mädchenrealschule Niedermünster, Schwester Rita Zirngibl, die gemeinsam mit Ihren Schülerinnen auf dem Gelände des Bodenentdeckungspfades die ersten Obstbäume pflanzte, begrüßte dieses pädagogisch und inhaltlich

sehr anspruchsvolle Projekt und betonte: „Mit großer Selbstverständlichkeit bewegen wir uns, haben Boden unter den Füßen, ohne ihn bewusst wahrzunehmen. Noch weniger wissen wir von der Zusammensetzung des Erdreichs, vom Leben, das sich darin abspielt. Mehr darüber erfahren zu können, wird für alle, die diesen Lehrpfad besuchen werden, eine Bereicherung und ein wichtiger Beitrag für den verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung sein. Und deshalb schätze ich das Engagement der IG Boden, die mit diesem Bodenentdeckungspfad ein ganzheitliches Bildungsprojekt initiiert und finanziert.“

Der Boden: einst verehrt, heute verbraucht

Alte Bezeichnungen wie „Mutter Erde“ oder „Mutter-Boden“ machen deutlich, wie der Boden in früherer Zeit als Grundlage allen Lebens geschätzt und verehrt wurde. Zunehmend wurde dagegen der Boden immer mehr zur Sache, die wir ausbeuten, gebrauchen und verbrauchen. Heute scheinen wir wieder allmählich zu begreifen, dass der Boden ein knappes, hoch sensibles und zerstörungsanfälliges Gut ist, das für uns und die nachfolgenden Generationen geschützt werden muss. „95 Prozent unserer Lebensmittel hängen direkt vom Boden

TV BAYERN LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

„Unfaire Lastenverteilung auf Kosten der Region Landshut“

Kommunalpolitiker kritisieren bei SüdOstLink Vorgehen von Hubert Aiwanger

CSU-Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Florian Oßner hat sich gemeinsam mit Mitgliedern des Kreisvorstands der CSU im Landkreis Landshut sowie mit Kommunalpolitikern aus der Region mit dem Stromnetzbetreiber Tennet über die Planung der überregionalen Erdkabelgleichstromleitung SüdOstLink ausgetauscht. Bei dem Gespräch mit Tennet-Vertreter Dr. Andreas Schieder im Landshuter Bürgerbüro betonten die Politiker, dass sie mit der Belastung für den Raum Landshut durch die geplante Verdoppelung der Leitungskapazität von zwei auf vier Gigawatt ohne Kompensation nicht einverstanden sind. Infrastrukturpolitiker Oßner wird nun auch auf die Bundesnetzagentur zugehen, um die Möglichkeiten auszututieren.

„Es geht uns nicht darum, das Gelingen der Energiewende gebraucht werden, um die Notwendigkeit der Stromleitung grundsätzlich in Frage zu stellen“, sagte Oßner. „Im Gegensatz zu manchen politischen Mitbewerbern ist uns klar, dass zusätzliche, überregionale Gleichstromleitungen für

das Gelingen der Energiewende gebraucht werden, um die langfristige Versorgungssicherheit Bayerns nach Abschaltung von Kernkraftwerken sicherzustellen. Auch wenn man damit nicht alle Herzen gewinnt, gehört dies jedoch zur ehrlichen

Politik.“ Dabei werde regenerativer Strom vom Süden in den Norden und andersherum transportiert. Aber die Region Landshut habe mit den Kernkraftwerken Isar (KKI) und dem Atomzwischenlager BELLA in den vergangenen Jahrzehnten bereits viel Verantwortung für die stabile Stromversorgung Bayerns übernommen. Der Netzknotenpunkt am KKI sei bereits jetzt ein international bedeutender Stromumschlagsplatz. „Darum wehren wir uns gegen eine unfaire Lastenverteilung beim SüdOst-Link auf Kosten unserer Region.“

Pflugverfahren weltweit anerkannt

Knackpunkt ist die von Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ausgehandelte Verdoppelung der SüdOstLink-Kapazität von zwei auf vier Gigawatt, damit ein anderes, ebenfalls umstrittenes Leitungsprojekt in Franken wegfallen kann. „Das bedeutet, dass der notwendige Konverter, der Gleichstrom in Wechselstrom umwandelt, noch größer gebaut werden muss, was wiederum zusätzliche Leitungen vom Konverterstandort bis zum Netzknotenpunkt bedeutet“, stellte Essenbachs Bürgermeister Dieter Neubauer verärgert fest. „Das schränkt die Entwicklungsmöglichkeiten der betroffenen Gemeinden und Grundstückseigentümer extrem ein.“

Kooperationspartner fungiert hier auch das Jugendamt des Landkreises Amberg-Weizsach. Das Projekt wird mit 1.000 Euro unterstützt.

Ebenfalls vom Landschaftspflegeverband Amberg-Weizsach und der Ökomodellregion Amberg-Weizsach/Amberg stammt die Veranstaltungsreihe „Die Kuh ist kein Klimakiller“. Hier soll aufgeklärt werden, dass die Kuh nicht klimaschädlich ist. Geplant sind Vorträge mit der Tierärztin und Buchautorin Anita Idel sowie ein Gespräch mit Landwirtschaftsberater Uli Mück. Als Förderung wurden 1.000 Euro genehmigt.

„Ich höre Dir zu!“

Das letzte Leuchtturmprojekt, das finanziell gefördert wird, trägt den Titel „Ich höre dir zu!“. Dafür verantwortlich zeichnet die Bildungsbeauftragte des Landkreises Amberg-Weizsach, Ulrike Zimmermann. Hinter dem Projekttitle verbergen sich Podcasts für alle, vor allem zum Thema Migration.

Landrat Richard Reisinger lobte das Engagement aller Initiativen. Sie alle tragen zur Umsetzung des Leitbildes bei. Gleichzeitig appellierte er, das „Schwungrad weiterzudrehen“. Regionalmanagerin Maria Regensburger rief deshalb auf, sich zu bewerben. Die Projekte müssen lediglich den Zielen des Leitbildes entsprechen. Die Bewerbungsfristen sind immer der 31. März und der 31. August. Auf der Homepage www.deinezukunft-as.de sind die Bewerbungslagen abrufbar.

„Umweltschulen in Europa“

Bildung und Erziehung zu einem nachhaltigen Umgang mit der Umwelt wird an Münchner Schulen groß geschrieben. Schülerinnen und Schüler sorgen als Umweltbeauftragte für umweltschonendes Verhalten an ihrer Schule wie zum Beispiel richtige Mülltrennung oder Energiesparen. Sie nehmen an Aktionstagen teil oder richten im Schulgarten ein Insektenhotel ein. Gleich 22 Münchner Schulen sind jetzt im Rahmen eines Festakts im Städtischen Willi-Graf-Gymnasium als „Umweltschulen in Europa/Internationale Nachhaltigkeitsschule 2018/2019“ ausgezeichnet worden – acht der Schulen sind in städtischer Trägerschaft. Das Prädikat wird vom Eco-School-Netzwerk der Foundation for Environmental Education verliehen.

Stadtschulrätin Beatrix Zurek: „Die jungen Menschen an unseren Schulen werden die Zukunft unserer Gesellschaft gestalten. Deshalb ist es so wichtig, dass sie in der Schule bereits einen achtsamen Umgang mit der Umwelt erlernen und einüben. Besonders freue ich mich darüber, dass von den 22 ausgezeichneten Münchner Schulen acht in städtischer Trägerschaft sind.“

Landkreis Amberg-Weizsach:

Nachhaltige und jetzt auch ausgezeichnete Ideen

Das Thema Nachhaltigkeit spielt für den Landkreis Amberg-Weizsach eine große Rolle. Jährlich stellt der Kreistag zur Umsetzung des Leitbildes 50.000 Euro in den Haushalt ein. Mit einem Teil dieses Geldes werden regelmäßig neue nachhaltige Ideen finanziell unterstützt. So geschehen jetzt im Rahmen der Nachhaltigkeitskonferenz im Landratsamt Amberg-Weizsach. Landrat Richard Reisinger zeichnete hier sechs vorbildliche Projekte aus, die das Leitbild des Landkreises nach außen tragen.

Eines dieser Projekte ist „Enkeltauglich leben!“ von der vhs Amberg-Weizsach. In Kleingruppen setzen sich die Teilnehmer unter Anleitung praktische nachhaltige Ziele und gehen anschließend in den „Selbstversuch“. In weiteren Treffen werden dann Erfahrungen ausgetauscht. Das Projekt wird mit 900 Euro gefördert.

Für das neue Planetarium in Ursensollen kauft der Förderverein einen Film, der zur Ausbildung genutzt wird. Für dieses Projekt wurde der Förderhöchstbetrag von 1.000 Euro ausgeschöpft. Ebenfalls in der Gemeinde Ursensollen wird das Projekt „Allee der grünen Stars“ umgesetzt, ein Baumlehrpfad von Oberleinsiedel über Hohenkennath und den Artenschutz nach Oberhof. Geplant sind Vorträge mit der Tierärztin und Buchautorin Anita Idel sowie ein Gespräch mit Landwirtschaftsberater Uli Mück. Als Förderung wurden 1.000 Euro genehmigt.

Der Nachhaltigkeitsrat hatte zudem den „Elternkochkurs Bio – köstlich, gesund und preiswert für alle“ als förderwürdig eingestuft, eine Idee des Landschaftspflegeverbandes Amberg-Weizsach und der Ökomodellregion Amberg-Weizsach/Amberg. In dem Kurs soll vermittelt werden, dass auch Familien mit geringem Budget mit regionalen und hochwertigen Produkten kochen können. Mithilfe des Kurses soll Eltern ein Leitfadens an die Hand gegeben werden, wie sie an diese Lebensmittel kommen und wie sie eingesetzt werden können. Als

Tennet-Vertreter Schieder, der für die Abstimmung des Stromnetzbetreibers mit der Politik zuständig ist, erklärte, dass sein Unternehmen das umsetze, was gesetzlich festgelegt werde. Tennet müsse sich an die Beschlüsse von Bund, Ländern und der Bundesnetzagentur halten. Bundesenergienminister Peter Altmaier habe gemeinsam mit den betroffenen Bundesländern betont, dass die endgültige Entscheidung über Trassenverlauf und Kapazität im gängigen behördlichen Verfahren fallen solle. Er rechne bis Anfang 2022 mit einem Planfeststellungsbeschluss und Baurecht für das Projekt, in dieser Phase sind Änderungen möglich.

Individuelle Lösungen

Der Infrastrukturpolitiker Oßner wird nun im nächsten Schritt auf die Bundesnetzagentur zugehen und die Belastung der Region Landshut betonen sowie Optimierungen, wie Teile der Bürgermeistertrasse, nochmals vorschlagen. Außerdem drängte er gegenüber Tennet darauf, auch die Stromleitungen zwischen Konverter und Netzknotenpunkt beim KKI als Erdkabel zu verlegen – und dafür das richtige Verfahren zu verwenden. „Die Kompetenz für das Pflugverfahren haben wir mit dem weltweit führenden Verlegespezialisten Walter Föckersperger (FOECK) aus Pauluszell direkt im Landkreis“, so der CSU-Kreisvorsitzende und Kreisrat. Zudem werde auf Einladung von Oßner Anfang 2020 Bundesminister Peter Altmaier in dieser Problematik die Gemeinden Essenbach und Niederaichbach besuchen.



Im Landratsamt trafen sich unterschiedliche Bildungsakteure, um über aktuelle Herausforderungen im Bereich Bildung zu diskutieren. Geleitet wurde die Veranstaltung von Richard Häusler (Moderator stratum GmbH), Klemens Heining (Leiter der Stabstelle Kreisentwicklung), Landrat Stefan Rößle und Regionalmanagerin Jennifer Werner. Bild: Barbara Wunder (LRA)

Bildungsforum des Landkreises Donau-Ries

Beim diesjährigen Bildungsforum erarbeiteten unterschiedlichste Bildungsakteure aus dem Landkreis Donau-Ries Lösungsansätze zu ihren aktuellen, brennenden Problemstellungen in Kleingruppen unter anderem zu den Themen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Migration.

„Lassen Sie uns gemeinsam über Lösungen nachdenken!“, lautete das Motto des diesjährigen Bildungsforums des Landkreises Donau-Ries. Das Bildungsforum wurde auch dieses Jahr wieder für alle Bildungsakteure aus dem gesamten Landkreis geöffnet. Die Akteure konnten sich zu Beginn bei einem „Marktplatz der Bildungsprojekte“ informieren, welche teilweise deutschlandweit einmaligen Maßnahmen es im Landkreis Donau-Ries gibt. Anschließend lud Landrat Stefan Rößle alle Teilnehmer ein, sich im Rahmen der Konferenzmethode BarCamp mit eigenen Themenvorschlägen in die Diskussionsrunde einzubringen.

Lösungsansätze

Insgesamt gab es elf Themenvorschläge aus den unterschied-

lichsten Bereichen, die anschließend in Kleingruppen diskutiert wurden. Die Bandbreite reichte von Problemstellungen in KiTas und Schulen bis hin zu weiterführenden Bildungseinrichtungen. Insgesamt tauschte man sich über aktuelle Herausforderungen aus und ermittelte Lösungsansätze.

Die diskutierten Themen befassten sich unter anderem mit Nachhaltigkeit, Migration, Digitalisierung, Kinderbetreuung und Imageaufwertung im Handwerk. Der Sitzungssaal des Landratsamtes bot mit seinen Nischen die optimale Kulisse für die Arbeit in Kleingruppen, so dass bei Bedarf auch während der Runden ein Wechsel Einzelner zwischen den Themen möglich war.

Regionalmanagerin Jennifer Werner, die das Thema Bildung künftig federführend betreut,

Innovative Wirtschaftsförderung:

Auszeichnung für Murnau

Im Rahmen des Forums deutscher Wirtschaftsförderer in Berlin wurden erstmals 13 Wirtschaftsfördereinrichtungen für ihre innovativen Projekte ausgezeichnet. Einziger bayerischer Sieger ist die Marktgemeinde Murnau, die in der Kategorie Städte/Gemeinden bis 100.000 Einwohner für ihr Innovationsquartier mit einem Digitalwirtschaft- und Co-Working-Zentrum geehrt wurde.

Der Award wurde von den Organisatoren des Forums, DStGB, Deutschem Städtetag, Deutschem Landkreistag, dem Deutschen Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften e.V., dem Deutschen Institut für Urbanistik und der Hochschule Harz ausgeschrieben. Insgesamt hatten sich 86 Wirtschaftsfördereinrichtungen beworben.

Standort weiterentwickeln

Das Innovationsquartier Murnau (IQ) wurde Ende 2015 vom Gemeinderat als gewerbliche Zwischennutzung für die Kultur- und Kreativwirtschaft in einem ehemaligen Gemeindekrankenhaus beschlossen und 2017 eröffnet. Ziel ist es, vor dem Hintergrund der monostrukturellen Ausrichtung der Wirtschaft auf den Tourismus und das Gesundheitswesen den Wirtschaftsstandort Murnau weiterzuentwickeln.

Gefördert werden Startups, Gründer und innovative Firmen. Das IQ unterstützt den Weg in die Selbstständigkeit durch günstige Raummieten, flexible Mietverträge und bietet umfangreiche Beratungsleistungen vom Businessplan über Marketing bis hin zum Vertrieb.

Co-Working

Das IQ steht allen Unternehmen, Gründern und Selbständigen aus der gesamten Region als Anlaufstelle zur Verfügung. Das Innovationsquartier Murnau versteht sich aber auch als Anlaufstelle für Angestellte und Selbstständige, die von zu Hause arbeiten. Deshalb verfügt es über einen Co-Working-Arbeitsbereich mit drei Dutzend Arbeitsplätzen und Einzelbüros, die tages-, wochen- oder monatsweise gebucht werden können. Außerdem bietet das IQ u.a. Raum für eine Kita und Betreuungangebote für Senioren. Zusätzlich wurde das MakerLab installiert.

Das MakerLab zählt aktuell ca. 100 Mitglieder und kooperiert mit fünf Firmen und den lokalen Schulen. Es bietet eine offene Hightech-Werkstatt inklusive einer Elektronikwerkstatt, einem Laser-Cutter, 3D-Druck, einer Mechanik-, Holz-, Sieb-

erklärte: „Es war wunderbar zu sehen, wie engagiert und motiviert die Bildungsakteure miteinander den Kern des Problems erkannten und verschiedene Lösungswege aufzeigten.“ Am Ende der Veranstaltung wurden die gesammelten Ergebnisse der Diskussionsgruppe kurz vorgestellt.

Nachhaltigkeit und Kinderbetreuung

Landrat Rößle zeigte sich positiv überrascht von der Vielfalt und dem Umfang der erarbeiteten Themen und Lösungsansätze. Genauer ging er auf die Bereiche Nachhaltigkeit und Kinderbetreuung ein und nannte Schnittpunkte mit dem Landratsamt. Landrat Rößle betonte: „In den erarbeiteten Vorschlägen steckt einiges drin, was das Landratsamt aufgreifen wird. Man wird versuchen alles einer möglichst guten Lösung zuzuführen.“

druck- und Medienwerkstatt sowie einer Nähproduktion. Gestaffelte Mitgliederbeiträge (Jugendliche, Erwachsene, Firmen) finanzieren den Betrieb, die Gemeinde trägt die Mietkosten.

Leuchtturmprojekt

Dieses erfolgreiche Leuchtturmprojekt ist deswegen besonders interessant, weil es zahlreiche Konzepte, die im urbanen Raum gelebt werden, auf den ländlichen Raum überträgt. Auch dort gibt es offensichtlich einen Bedarf für innovative, flexible Angebote.

Wesentlich für das Gelingen ist die Vision der Marktgemeinde und der lokalen Wirtschaft, die gemeinsam mit zahlreichen (ehrenamtlich) Engagierten umgesetzt wird. Murnau ist inzwischen ein wichtiger Ankerpunkt für Unternehmen und Gründer im Landkreis Garmisch-Partenkirchen geworden. Auch darin wird der Erfolg des Innovationsquartiers sichtbar. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Landrat Stefan Rößle
Herausgeber:
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer, Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Erfreuliche Bilanz

Mitgliederversammlung der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern

Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern in Kulmbach resümierte Präsidentin Dr. Birgit Seelbinder die Schwerpunkte des vergangenen Jahres, u.a. das aktuelle Interreg-Programm Bayern-Tschechien, und gab einen Ausblick auf die künftige EU-Förderpolitik ab 2021, die Zusammenarbeit der Euregio Egrensis mit der politischen Ebene, Maßnahmen im Rahmen der Sprachoffensive und die neue Förderperiode des Beratungsbüros Oberfranken.

In ihrem Bilanzbericht 2018/19 wies Seelbinder darauf hin, dass im Gesamtprogramm Interreg Bayern-Tschechien derzeit noch rund 10 Prozent, d.h. etwa 10,5 Mio. Euro vom ursprünglichen Mittelvolumen zur Verfügung stehen. Den Dispositionsfonds für Kleinprojekte setzte die Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern im Auftrag des bayerischen Wirtschaftsministeriums zusammen mit der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Böhmen eigenverantwortlich um. Auf bayerischer Seite standen dafür für den gesamten Förderzeitraum insgesamt 2 Mio. Euro Fördermittel aus dem Interreg-Topf zur Verfügung, d. h. jährlich rund 300.000 Euro für bayerische Antragsteller aus ihrem Euregio-Gebiet.

Im Berichtszeitraum wurden seit dem Start des Dispositionsfonds 101 bayerische und 114 tschechische Projekte bewilligt. Auf bayerischer Seite sind damit insgesamt rund 1,1 Mio. Euro EU-Fördermittel gebunden. Besonders nachgefragt sind in dieser Förderperiode Kinder- und Jugendprojekte, weil diese aus dem jetzigen Programm vielfältig unterstützt werden können.

EU-Förderpolitik ab 2021

In ihrem Ausblick auf die künftige EU-Förderpolitik ab 2021 informierte Seelbinder darüber, dass der Freistaat Bayern und die Tschechische Republik mit einem Festakt in Prag den Startschuss für die Vorbereitung der neuen Förderperiode 2021-2027 gegeben und ihren Willen bekundet haben, die Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien fortzusetzen. Sofern die EU-Kommission in Brüssel entsprechende Gelder bereitstellt, sollen in der kommenden Förderperiode erneut für etwa 100 Millionen Euro Vorha-

ben unterstützt werden, die die Zusammenarbeit in der Region weiter intensivieren und die wirtschaftliche Entwicklung stärken.

Über allem schwebt Seelbinder zufolge freilich immer noch die offene Frage des Brexit und dessen Auswirkungen auf den künftigen Haushalt der Europäischen Union. „All das hat letztlich auch Folgen für unser Interreg-Programm, weil bislang offen ist, wann die Programme genehmigt werden können und mit welchem Mittelvolumen konkret zu rechnen ist“, so die Präsidentin.

Auf jeden Fall gebe es seit Frühjahr 2018 einen Entwurf für die zukünftige Interreg-Verordnung, die dann allen europäischen Interreg-Programmen zugrunde liegen wird. Ausdrücklich positiv sei hervorzuheben, dass auch weiterhin die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen angrenzenden Regionen, transnationale und interregionale Zusammenarbeit durch die EU gefördert werden.

Aufwertung der Kleinprojekte

Eine deutliche Aufwertung erfahren im Verordnungsentwurf die Kleinprojekte. Seelbinder: „Es zeigt, dass sich unsere Arbeit lohnt und von der EU anerkannt wird. Bemühungen der Euregios und der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen, die Wichtigkeit der Kleinprojekte gegenüber der EU-Kommission immer wieder zu betonen, haben sich insoweit offensichtlich gelohnt.“

In konkrete Einzelheiten dieser Verordnung haben auch wir uns bereits mehrfach mit Argumenten aus unserem Grenzraum eingebracht. Ganz aktuell erarbeiten wir eine gemeinsame Stellungnahme der drei Euregio-Arbeitsgemeinschaften zu wichtigen Details. Wir setzen uns dafür ein, dass wir als Euregio den Dispositionsfonds auch weiterhin verwalten

dürfen und dass die Modalitäten für die Antragsteller so günstig wie möglich sind.

„Mit unserer Sprachoffensive bemühen wir uns seit 2005 um einen Abbau der Sprachbarriere zwischen Bayern und Tschechien“, fuhr die Präsidentin fort. In den vergangenen Monaten sei damit begonnen worden, das neue Praxiswörterbuch für den Rettungsdienst im Rahmen von Einführungssprachkursen in ausgewählten BRK-Kreisverbänden und mit Integrierten Leitstellen vorzustellen und die Anwendung einzulernen. Die ersten Erfahrungen z. B. in Tirschenreuth oder in Neustadt a. d. Waldnaab mit diesen Tschechisch-Kursen für Rettungsdienstleistende seien sehr gut gewesen, weshalb weitere Maßnahmen – auch in Oberfranken – geplant sind.

Erfreulicherweise habe die Bayerische Staatskanzlei einige Mittel für „Sprachanimationen“ an Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt. Dabei handle es sich um Aktionstage zum spielerischen Kennenlernen der Nachbarsprache. Diese Sprachanimationen wurden in den vergangenen Monaten an insgesamt sieben Kindergärten im Euregio-Gebiet durchgeführt, vor allem an solchen, die sich mit dieser Thematik bislang noch nicht befasst hatten. „Die Resonanz war sehr gut und deshalb werden wir uns um eine Fortsetzung bemühen“, betonte Seelbinder.

Jugendaustausch

Zusammen mit dem „Koordinierungszentrum deutsch-tschechischer Jugendaustausch Tandem“ wurde in Marktredwitz erst kürzlich ein Info- und Austauschtag für deutsche und tschechische Kindergärten und deren Sachaufwandsträger zum Thema frühkindliche Sprachförderung durchgeführt, der ebenfalls gut angenommen wurde.

Eine weitere gute Nachricht: „Die Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern kann das ‚Beratungsbüro Oberfranken‘ bis 2023 fortsetzen und damit die Fördermittelberatung sowie das grenzüberschreitende Netzwerkmanagement weiter ausbauen.“ Das Beratungsbüro mit zwei Personalstellen besteht seit 2016 und ist ein Projekt im Rahmen des bayerisch-tschechischen Entwicklungsgutachtens. Zu den Aufgaben gehören u. a. die Beratung über europäische Fördermittel in ganz Oberfranken und in der nördlichen Oberpfalz, der Ausbau der Sprachkompetenz im Grenzraum und die Intensivierung des bayerisch-tschechischen Netzwerks.

Gute Nachrichten

Sehr erfreulich sei, dass das „Porzellanikon – Staatliches Museum für Porzellan“ in Selb und Hohenberg/Eger im Mai ein Interreg-B-Projekt beginnen konnte, das aus dem Mitteleuropa-Programm gefördert wird. Bis Ende 2021 sollen Museen, Regionen, Designer, Künstler und Wirtschaftsexperten der Keramikbranche aus Tschechien, Österreich, Italien, Polen und Slowenien zusammenarbeiten und dabei regionale Traditionen und aktuelles Wissen aus diesem Industriesektor zusammenführen.

Dank der Fördermittelberatung nimmt das in Kulmbach angesiedelte Kompetenzzentrum Ernährung an dem Interreg-Europa-Projekt „FRIDGE“ teil, erklärte Präsidentin Seelbinder. Darin soll die Premiumstrategie des Freistaats Bayern für die Herstellung und Vermarktung hochwertiger Lebensmittel in einem Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Regionen weiterentwickelt werden. **DK**

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Was ist der Kern der Weihnacht und wie können wir Weihnachten sinnvoll auch in einer Zeit begehen, da vielen in unserer Gesellschaft die dahinter stehende christliche Heilsgeschichte nichts bedeutet, entweder weil sie einen anderen Glauben haben oder sich gänzlich von der Religion entfernten?“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat zur adventlichen Einstimmung wieder einmal die Weihnachtsgeschichte von Charles Dickens gelesen. Dabei geht es – sehr kurz zusammengefasst – darum, dass im England des 19. Jahrhunderts die Gesellschaft, aber auch einzelne Menschen, in geradezu himmelschreiender Abkehr von den Geboten christlicher Nächstenliebe leben, aber einer dieser Menschen, ein besonders hartherziges Exemplar eines Manches-

Innenstadt jetzt einen Winter statt eines Weihnachtsmarktes etabliert habe, bei dem kein einziges traditionelles Symbol mehr zu sehen ist, zum Beispiel keine Sterne. Und die Stadtkrippe musste vom Markt in eine Kirche umziehen. Eigentlich ja nur eine konsequente Fortsetzung der immer stärkeren Entgrenzung der Weihnachtszeit. Also leuchtende Weihnachtsdeko auch vor Totensonntag in den Einkaufsstraßen, Märkte, die vor 1. Advent beginnen und nach Heilig Abend weiterlaufen, rotnasige Rentiere und fette, zipfelbemützte Weihnachtsmänner auf den Dächern der Marktbuden.

Die Geschichte in Iserlohn hatte übrigens insoweit ein interessantes Happy End, als die Leute jetzt auf der Suche nach der traditionellen Weihnachtsmarktkrippe reihenweise in die Kirche kommen, um sie zu betrachten. Konjunktur für den stationären Handel und die sinnstiftende Institution Kirche also zeitgleich!

Mein Chef, der Bürgermeister, ist Traditionalist. Solange er in der Stadt etwas zu sagen hat, wird es am Weihnachtsmarkt den Gleichklang Baum, Krippe und Stern geben. Basta. Aber auch ihm gefällt der Gedanke, dass Weihnachten, richtig verstanden, nicht nur Christen etwas zu sagen vermag, sondern sich an alle Menschen richten kann. Die christlichen Symbole sind dann kein sinnentleerter Schmuck oder gar Stein des Anstoßes, sondern das Zeichen für eine Zeit universeller Menschlichkeit. Zu schön. Deshalb schicke ich ihm auch noch einen Gedanken der Pastorin Hannelore Frank als Brücke ins neue Jahr: „Vielleicht ist Weihnachten nicht so sehr das Fest der Liebe, als das Fest der Hoffnung.“

Verehrte Leserin, geehrter Leser! Klimanotstand, Brexit, Trump – das Jahr 2019 hatte reichlich Stoff für Pessimisten zu bieten. Meine Bitte: Lassen Sie sich nicht die Freude an den Festtagen und die Vorfreude auf das Neue Jahr verderben. Ich bin überzeugt, wenn wir Optimismus, Tatkraft und Vertrauen in die Fähigkeiten des Menschen haben, Gutes zu tun, wird uns das neue Jahrzehnt positiv überraschen!

Frohe Feiertage und ein erfolgreiches 2020 wünscht Ihnen

Ihre
Sabrina

Weihnachten: Fest der Hoffnung

ter-Kapitalisten, durch den versöhnenden Geist der Weihnacht zur Umkehr bewegt wird. Wirklich ein schönes Stück Literatur.

Vor allem, weil sie deutlich macht, dass alles das, was wir mit Weihnachten verbinden, zwar im Kern in der christlichen Heilslehre fußt, eigentlich aber universell zum Menschsein gehört. Die Barmherzigkeit, die wir Christen mit Weihnachten verknüpfen kann genauso als gelebte mitmenschliche Solidarität verstanden werden, als dem Menschen eigene, durch Vererbung oder Erziehung geformte Hilfsbereitschaft.

Die Innigkeit, die Geselligkeit, das Bedürfnis, an ein paar Tagen im Jahr geliebte Menschen zu sehen, zu besuchen, vielleicht das ein oder andere Kriegsbeil zwischen Heiligabend und Dreikönig in die Ecke zu legen, können das nicht alle Menschen empfinden, unabhängig davon, ob sie es als Fest der Geburt des Herrn sehen oder eben als eine Reihe arbeitsfreier Tage im Jahresverlauf?

Wenn das so ist, so stellt sich die Frage, ob Weihnachten auch ohne christliche Traditionen bestehen könnte. Oder vielleicht noch provokanter: Wenn der Gedanke von Weihnachten universal ist, warum sollten dann christliche Symbole stören?

Auslöser dieser Gedanken war ein Zeitungsartikel vor ein paar Tagen, in dem berichtet wurde, dass die Stadt Iserlohn im Kampf gegen den Onlinehandel und für eine attraktive

Ratssitzung der Metropolregion Nürnberg:

Award für verdiente Metropoliten

Im Rahmen der 35. Ratssitzung in Hallstadt wurden erstmals Personen geehrt, die durch ihr langjähriges Engagement und besondere Leistungen zum Erfolg der Metropolregion Nürnberg beigetragen haben. Mit dem neu ins Leben gerufenen „Metropolregion-Award“ zeichneten Andreas Starke, Ratsvorsitzender und Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, und Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst, Wirtschaftsvorsitzender, insgesamt sechs Persönlichkeiten aus.

Dr. Ulrich Maly wurde für sein Engagement als Ratsvorsitzender der Metropolregion von 2005 bis 2011 geehrt. Er gilt als wesentlicher Wegbereiter und Gestalter der Allianz und hat die Stadt-Land-Partnerschaft als Charakteristikum der Metropolregion geprägt.

Ideen und Visionen

Ausgezeichnet wurde auch der stellvertretende Ratsvorsitzende von 2005 bis 2014, Dr. Günther Denzler. Als einer der Gründerväter der Metropolregion hat er die Verstärkung der Strukturen der Metropolregion vorangetrieben und begleitet. Geehrt wurden zudem die langjährigen Leuchtturm-Partner und Förderer, Günther Oschmann und Hans-Peter Schmidt. Die erfolgreichen Unternehmer haben die regionale Kooperation von Anfang an mitgetragen und ihre Ideen und Visionen eingebracht.

Dirk von Vopelius, Präsident der IHK Nürnberg für Mittelfranken und „kreativer Kopf“



Die geehrten Persönlichkeiten mit ihren Laudatoren. **□**

87.600 Euro für Oberammergau

Heimatministerium unterstützt Umbau- und Erneuerungsarbeiten im Passionstheater

Bayern ist stolz auf seine regionale Kultur und seine vielfältigen Traditionen. „Ob bayerisches Gemeinschaftsgefühl, Naturschauspiele, Traditionen, Familie oder Freunde – Heimat hat viele Gesichter. Das kulturelle Erbe Bayerns zu bewahren und in bewusster Auseinandersetzung mit der Tradition immer wieder neu zu gestalten, ist wesentlicher Bestandteil unserer Heimatpolitik“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Fürecker mit.

Fürecker zufolge haben die weltberühmten Oberammergauer Passionsspiele eine fast 400-jährige Geschichte. Im kommenden Jahr finden die 42. Passionsspiele statt. Dieses kulturelle Erbe gehört zur Heimat. Es verbindet Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. „Ich freue mich daher sehr, der Gemeinde Oberammergau für Umbau- und Erneuerungsarbeiten im Passionstheater eine Zuwendung von insgesamt 87.600 Euro aus Mitteln der Heimatpflege gewähren zu können“, so der Minister. Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat fördert unter bestimmten Voraussetzungen Projekte im Bereich Regionalkultur in allen Landesteilen mit Einmalzuschüssen.

Verbesserte Energieeffizienz

Die Gemeinde Oberammergau führt anlässlich der Festspiele vom 16. Mai bis 4. Oktober

2020 Umbau- bzw. Erneuerungsmaßnahmen im Passionstheater durch. Neben Umbauarbeiten an der Freilichtbühne werden Jahrzehnte alte Halogen-Scheinwerfer durch moderne LED-Scheinwerfer ersetzt. Dadurch werden die Ausleuchtung und die Energieeffizienz wesentlich verbessert. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz, hob Fürecker hervor.

Am Beginn der Tradition der weltberühmten Oberammergauer Passionsspiele steht ein Gelübde aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Im Jahr 1633 gelobten die Gemeindevorsteher, „die Passions-Tragödie alle zehn Jahre zu halten“, wenn das Dorf von der Pest befreit würde. Bereits ein Jahr später führten die Oberammergauer erstmals das „Spiel vom Leiden, Sterben und Auferstehen unseres Herrn Jesus Christus“ auf einer Bühne auf, die auf dem Pestfriedhof, über den Gräbern errichtet worden war. **□**

Beispiele guter Praxis im besten Sinne

Bayerischer Präventionspreis 2019 für Augsburg, Cham, Landshut und Nürnberg

Vier innovative und zukunftsweisende Projekte aus Augsburg, Cham, Landshut und Nürnberg sind in München von Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml mit dem Bayerischen Präventionspreis 2019 ausgezeichnet worden. Der mit jeweils 2.500 Euro dotierte Preis wird in vier Kategorien vergeben, die gleichzeitig die vier Haupthandlungsfelder des Bayerischen Präventionsplans abbilden.

Den Bayerischen Präventionspreis in der Kategorie „Prävention in Familie, Kindertagesstätte und Schule“ erhielt das Projekt „GeschwisterCLUB - Präventionsangebote für Geschwister von Kindern mit Behinderung, chronischer oder schwerer Erkrankung“ des Instituts für Sozialmedizin in der Pädiatrie in Augsburg e.V. Wie Ministerin Huml in ihrer Laudatio hervorhob, „leistet der GeschwisterClub des Instituts für Sozialmedizin in der Pädiatrie in Augsburg, der sich um die Brüder und Schwestern von behinderten oder schwer kranken Kindern kümmert, einen wichtigen Beitrag zum gesunden Aufwachsen dieser Kinder: Sie werden stark gemacht im Umgang mit den Belastungen, die sich aus ihrer schwierigen Familiensituation ergeben.“

Besonders erfreulich sei, dass

sich dieses Angebot von Augsburg aus nun bundesweit etablieren kann: Die Teilnahme an den Geschwister-Präventionskursen GeschwisterTREFF und SuSi („Supporting Siblings“), die mittlerweile von der Zentralen Prüfstelle Prävention zertifiziert wurden, kann von der gesetzlichen Krankenversicherung bezuschusst werden.

BGM in der Altenpflege

In der Kategorie „Prävention in Ausbildungstätte und Betrieb“ wurde das Projekt „PeM - Wir pflegen euch Mitarbeiter - Betriebliches Gesundheitsmanagement in der Altenpflege des BRK Kreisverbandes Cham“ geehrt. Huml zufolge wurden Maßnahmen zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) und zur Gesundheitsförderung der Mitarbeiter in der Alten-

pflege vom Bayerischen Roten Kreuz Kreisverband Cham mit dem Projekt „Wir pflegen euch Mitarbeiter“ für seine 500 Mitarbeiter in vorbildlicher Weise strukturell verankert. Ziel war es, angesichts der hohen Belastungen und des Fachkräftemangels in der Altenpflege die Wünsche und Bedürfnisse der Mitarbeiter bei der Gestaltung des BGM stärker zu berücksichtigen, um insbesondere psychische Belastungen zu verringern.

In Kooperation mit der Hochschule Deggendorf fanden diverse Workshops und Einzelcoachings statt, darüber hinaus wurde ein Lenkungsausschuss gegründet und ein Mitarbeiter aus den eigenen Reihen zum „Systemischen Prozessberater für Betriebliches Gesundheitsmanagement“ ausgebildet.

TANDEM-Projekt

Ausgezeichnet wurde zudem in der Kategorie „Prävention im Alter“ das Projekt „TANDEM - Trainings- und Erholungsstage für Tandems aus pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen im ländlichen Raum“ der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) mit Sitz in Landshut.

Gerade in der Landwirtschaft wird laut Huml viel zu Hause gepflegt. Mit dem TANDEM-Projekt habe die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau ein wirklich innovati-

ves Angebot ins Leben gerufen.

Die Trainings- und Erholungswoche für Tandems aus pflegebedürftigen Menschen und ihren pflegenden Angehörigen sei eine großartige Möglichkeit zur Stärkung einer besonders belasteten Personengruppe. Dass eine Finanzierung innerhalb der Regelversorgung möglich ist, mache die Sache perfekt. „Ich hoffe, dass sich andere Sozialversicherungsträger daran ein Beispiel nehmen!“, betonte die Ministerin.

Gesunde Südstadt

Den Bayerischen Präventionspreis in der Kategorie „Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit“ erhielt das Projekt des Bildungszentrums der Stadt Nürnberg „Gesunde Südstadt - Soziallagenbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil“.

Nach Humls Worten füllt dieses Projekt der Nürnberger Volkshochschule mit Leben, was das Präventionsgesetz unter „Gesundheitsförderung in Lebenswelten“ meint. Es sei gelungen, Strukturen und Netzwerke in einem Stadtteil mit einem hohen Anteil von Menschen in sozial schwierigen Situationen im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung aufzubauen und mit passenden Angeboten immer mehr Menschen zu gewinnen, die hier leben.

Die Ministerin zeigte sich erfreut, dass dies durch eine beispielhafte Kooperation erreicht wird. Denn dabei sind die Stadt Nürnberg mit dem Bildungszentrum, die AOK Bayern, das Gesundheitsamt der Stadt und auch die Gesundheitsregionplus Nürnberg, die mit dem „Gesundheitsterminal“ im Südpunkt ein wichtiges lokales Informationsangebot geschaffen hat. **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt die Dokumentation des 7. Bayerischen BreitbandForums der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Inklusionspreis des Bezirks Oberpfalz

„Inklusion findet statt, wenn es im Alltag keine Rolle mehr spielt, ob ein Mensch behindert ist oder nicht“, unterstrich Bezirkstagspräsident Franz Löffler bei der Verleihung des Inklusionspreises des Bezirks Oberpfalz 2019. Seit 2013 zeichnet der Bezirk jährlich Projekte aus, die Inklusion vorbildlich in die Mitte der Gesellschaft tragen. Heuer wurde der Preis drei Projekten und ihren Trägern zuteil.

Die ausgezeichnete „Gruppe Miteinander“ des „MehrGenerationenhauses Maxhütte Haidhof“ verwirklicht untereinander einen lebendigen Austausch von Menschen mit und ohne Behinderung. Seit 2010 treffen sich die rund 45 Mitglieder mit und ohne Behinderung zum Wandern, Kegeln, Line-Dance oder zum Schießen mit dem Lichtgewehr. Franz Brunner, aktives Mitglied der Gruppe und 2. Bürgermeister der Stadt Maxhütte-Haidhof, brachte auf den Punkt, was die Menschen erreichen wollen: „Berührungsängste zwischen Menschen mit und ohne Behinderung abbauen und bei gemeinsamen Aktionen auch Spaß haben“.

Blinde und sehbehinderte Menschen fahren Ski Alpin: Die speziell ausgebildeten Skibegleiter des TSV Kareth-Lappersdorf machen alpinen Skilauf für Menschen mit Behinderung zum besonderen Erlebnis. Entscheidend ist das Vertrauensverhältnis zwischen Skifahrer und Begleiter. Bei Menschen mit Sehbehinderung werden Funk-Headsets zur Verständigung eingesetzt. 127 Menschen hat der Verein als einzige Organisation in

außerdem beteiligt sich ein kleines Leistungsteam an den bayerischen und deutschen Meisterschaften. Mit den 3.000 Euro des Inklusionspreises werden weitere Hilfsmittel wie Headsets und Warnwesten angekauft.

Rund 130 Schülerinnen und Schüler an der Johann-Brunner-Mittelschule machen Musical mit Energie und überschäumenden Spaß am Theaterspielen zum vibrierenden Gemeinschaftserlebnis. Mittendrin ist die Inklusionsklasse der Bildungsstätte St. Gunter an der Mittelschule. Seit 2014 wird das Projekt „Schulmusical“ von Konrektor Helmut Maier betreut, mit dem aktuellen Stück „Olli Trist“ kamen bisher drei von ihm bearbeitete Stücke zur Aufführung. Für „Olli Trist“ investierten er und weitere Lehrkräfte rund 900 Stunden Vorbereitung bis zur Erstaufführung.

„Besser geht es nicht“, brachte Bezirkstagspräsident Löffler die ehrenamtliche Leistung aller Inklusionsmacher auf den Punkt. „Inklusion ist in der Oberpfalz angekommen und die ausgezeichneten Projekte bereichern unsere Gesellschaft“, hob Löffler hervor. **DK**

Vorschau auf GZ 1/2

In unserer Ausgabe Nr. 1/2, die am 16. Januar 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Kommunaler Umweltschutz
- Abfallwirtschaft · Recycling
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge · Garten- und Landschaftsbau

LIEFERANTEN NACHWEIS



Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643
Hugo Knödler GmbH
www.absperrpfosten.com

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau



ERLUS
Qualität aus Deutschland

GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen über kommunalpolitische Themen:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung



erdgas-schwaben.de

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641
Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23



Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Infrastrukturanbieter



Am Gschwend 10 • 82467 Garmisch-Partenkirchen • www.langmatz.de
Telefon +49 8821 920-0 • Fax +49 8821 920-159 • info@langmatz.de

Kommunale IT



Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

Kommunaler Datenschutz



Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit. Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert. Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
- Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
- Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
- KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung



Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Recyclingbaustoffe



Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschnur · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de



Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



7. Bayerisches BreitbandForum in Gunzenhausen

Chancen für mehr Lebensqualität

Beim 7. Bayerischen BreitbandForum der Bayerischen GemeindeZeitung in der Stadthalle Gunzenhausen wurde nicht nur das Thema „Breitbandausbau“ intensiv beleuchtet, sondern auch der Digitalisierung breiter Raum gegeben. Denn nur wenn ausreichend Bandbreite, also Übertragungsgeschwindigkeit, vorhanden ist, kann über neue digitale Dienstleitungen einer Kommune nachgedacht werden. Insgesamt folgten annähernd 400 Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und von branchenrelevanten Unternehmen der GZ-Einladung, darunter knapp 50 Aussteller und Partner.

Kooperationspartner waren erneut Bayerischer Gemeindegtag, Bayerischer Städtetag und Bayerischer Landkreistag, als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live. Als neuer Partner konnte die GZ das ZD.B – Zentrum Digitalisierung Bayern mit seinem Themenraum „Smart Regions Bayern“ gewinnen.

„Eigentlich könnte man meinen, dass die Kommunen bei Planung und Ausbau ihrer Breitband-Infrastruktur inzwischen wohl informiert sind. Es hat sich ja vieles getan im Freistaat“, betonte GZ-Verlegerin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung. Tatsächlich aber sei der Informationsbedarf keineswegs gedeckt, da die technische Entwicklung nicht stehen bleibe, sich organisatorische und juristische Rahmenbedingungen änderten, das Thema Finanzierung allgegenwärtig sei und ständig neue Themen wie eben „Smart Regions“ auf der Agenda stünden. „Wenn wir alle die Chancen, die diese hochinnovativen Technologien bieten, kreativ nutzen, werden wir ein Mehr an Lebensqualität ermöglichen“, zeigte sich von Hassel überzeugt.

Wie der Gastgeber, Bürgermeister Karl-Heinz Fitz, in seinem Grußwort darlegte, beteilige sich die Stadt Gunzenhausen seit 2006 an allen Breitbandförderprogrammen. Im Sommer erst habe man einen weiteren Kooperationsvertrag zum Ausbau im Rahmen des Höfebonus abschließen können. Derzeit stehe die Stadt gemeinsam mit dem Landkreis vor der Realisierung eines Glasfasernetzes für die Schulen und öffentlichen Einrichtungen. Zudem sei beschlossen worden, ein Digitalisierungskonzept für die Stadtverwaltung Gunzenhausen und ihre Einrichtungen zu erstellen. Es umfasst die Bereiche E-Government, innere Verwaltung und Prozesse, digitale Bürgerangebote und Wirtschaft. ■

DOKUMENTATION IM INTERNET

Dieser Sonderdruck und die Vorträge – soweit sie freigegeben wurden – sowie die Links zu den Ausstellern stehen im GZ-Netzwerk www.anmelden.gemeindezeitung.bayern.in in der Gruppe „Breitband“ zum Download bereit.



*Digitale Verwaltung
statt Behördengang*



Judith Gerlach, MdL
Bayerische Staatsministerin für Digitales

Bild: © Joerg Koch

Grüßwort von Judith Gerlach, MdL | Bayerische Staatsministerin für Digitales

Auf dem Weg zu „Smart Bavaria“

Mein Ziel ist eine digitale Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern und auch den Unternehmen das Leben leichter macht. Einfach und schnell wie Online-Shopping und darüber hinaus transparent und barrierefrei. Für die Menschen in unserem Land heißt das, dass sie künftig keine Nummern mehr ziehen oder in Warteschlangen ausharren müssen. Stattdessen erledigen sie den „Behördengang“ bequem zu Hause am Computer – und das 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Das ist unser Ziel mit „Smart Bavaria“.

Auf dem Weg zur digitalen Verwaltung sind zwei Punkte entscheidend: Die Bürger und Unternehmen benötigen an erster Stelle schnelles Internet, damit sie Online-Leistungen auch nutzen können. Der Freistaat Bayern hat dazu ein in Deutschland einzigartiges Förderprogramm ins Leben gerufen. Das Bayerische Breitbandforum ist dafür eine ideale Ergänzung: Eine Plattform, um aktuelle Entwicklungen aufzuzeigen und kommunale Entscheider, Dienstleister, Finanzpartner und Netzbetreiber zu vernetzen.

Aber eine schnelle Anbindung hilft nur, wenn auch entsprechende Verwaltungsleistungen online bereitstehen. Das „Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen“, kurz OZG, ist einer der entscheidenden Schwerpunkte für mich im Digitalministerium. Das OZG fordert, alle Verwaltungsleistungen bis 2022 elektronisch anzubieten. In Bayern sind wir ehrgeiziger. Wir wollen die wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits Ende 2020 über das BayernPortal (www.freistaat.bayern) anbieten. Vernetzung brauchen wir unbedingt auch bei der Umsetzung des OZG – alle Beteiligten müssen an einem Strang ziehen und ihren Beitrag leisten, damit die schnelle Umsetzung des OZG gelingt und die digitale Verwaltung auch in der Fläche ihren Nutzen entfaltet.

Die Kommunen sind das Gesicht der Verwaltung hin zu den Bürgerinnen und Bürgern – sowohl in der analogen als auch digitalen Welt. Bayern ist beim eGovernment deswegen im Bundesvergleich mit an der Spitze, weil unsere Kommunen so vorbildlich und tatkräftig an der digitalen Transformation

arbeiten. Mir ist durchaus bewusst, dass dies eine große Herausforderung für viele Rathäuser darstellt. Daher möchte ich den Kommunen meinen ausdrücklichen Dank für ihr Engagement aussprechen und möchte versichern, dass wir auch künftig die Kommunen auf dem Weg zur digitalen Verwaltung unterstützen.

Lassen Sie uns dabei größer denken: Es hilft niemandem, einen Papierantrag einfach in ein Webformular zu überführen. Wir müssen klare, einfache und leicht verständliche Prozesse entwickeln, Dienste nutzerfreundlich gestalten und Bürokratie abbauen. Für mich ist besonders wichtig, den Menschen bei der Digitalisierung in den Mittelpunkt zu stellen. Daher starten wir die Innovationslabore, bei denen Verwaltung, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger gemeinsam die digitalen Angebote gestalten. Wir wollen einen BayernStandard, mit dem wir hohe Anwenderfreundlichkeit über alle Angebote hinweg erreichen.

Lassen Sie uns den Weg zu „Smart Bavaria“ gemeinsam beschreiten, indem wir den Breitbandausbau und die OZG-Umsetzung tatkräftig anpacken. Nur gemeinsam können wir die ehrgeizigen Ziele umsetzen und zu einer bayerischen Erfolgsgeschichte machen! ■

Judith Gerlach, MdL
Bayerische Staatsministerin für Digitales

Bernd Geisler | Regierungsdirektor Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Breitbandförderung in Bayern – Stand und Ausblick

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Bayern läuft auf Hochtouren, wie Regierungsdirektor Bernd Geisler vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat betonte. 2018 bayerische Kommunen (98 Prozent) seien bereits in das bayerische Förderverfahren eingestiegen, 1.797 Gemeinden, also über 87 Prozent aller bayerischen Kommunen, haben einen Förderbescheid erhalten. Ihnen wurden bereits Fördermittel in Höhe von 1,07 Mrd. Euro zugesagt.



Bernd Geisler

94 Prozent der bayerischen Haushalte haben inzwischen Zugang zu schnellem Internet (mindestens 30 Mbit/s). Nach Abschluss der laufenden Baumaßnahmen werden mindestens 99 Prozent der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet versorgt sein.

Ziel der aktuellen Förderprojekte ist es Geisler zufolge, die Glasfaser noch weiter ins Land zu bringen, möglichst bis in die Gebäude (FTTB - Fiber to the building). Wie bereits seit 1. Juli 2017 mit dem „Höfebonus“ wird auch im Bundesförderverfahren ein weiterer Anreiz geschaffen, in Glasfaserinfrastruktur bis in die Häuser zu investieren.

Aktuell werden im Bundesförderprogramm zum Breitbandausbau 95 Projekte mit 140 Kommunen mit Bundesmitteln in Höhe von ca. 153 Mio. Euro realisiert. Aus der bayerischen Kofinanzierung wurden bislang 52 Mio. Euro zugesichert. Wichtig: Der Fördersatz des Bundes wird auf den bayerischen Fördersatz angehoben. Gefördert wurden rund 47.000 Hausanschlüsse, davon 35.000 mit FTTB. Bundesweit wurden über 2.400 Bewilligungen gewährt, davon in Bayern 1.300.

Mit Blick auf Richtlinienänderungen wies Geisler zunächst darauf hin, dass die bayerische Breitbandrichtlinie bis 31.12.2020 verlängert wird. Mit der Verlängerung der Kofinanzierung zum Bundesverfahren befasse sich aktuell der ORH. Darüber hinaus sorgt der Freistaat seit 01.08.2019 für eine verbesserte bayerische Kofinanzierung zum Bundesprogramm. Danach bemisst sich der Förderhöchstbetrag für die Kofinanzierung je Gemeinde nach dem Dreifachen und im Härtefall nach dem Vierfachen des im Rahmen der bayerischen Breitbandförderung maßgeblichen Förderhöchstbetrages.

Ein Härtefall liegt vor, wenn unter Berücksichtigung des Dreifachen im Rahmen der Breitbandförderung maßgeblichen Förderhöchstbetrages der kommunale Eigenanteil 30 % der durchschnittlichen Finanzkraft der vergangenen fünf Jahre übersteigen würde. In diesem Fall wird die Differenz

zwischen dem fiktiven Eigenanteil und dem Betrag, der 30 % der durchschnittlichen Finanzkraft der vergangenen fünf Jahre entspricht, zusätzlich zu 90 % gefördert.

Neben Glasfaseranschlüssen öffentlicher Schulen und Plankrankenhäusern werden seit September 2019 auch direkte Glasfaseranschlüsse für Rathäuser mit bis zu 20.000 Euro gefördert. Erfolgt der Anschluss an das Bayerische Behördennetz oder liegt eine verbindliche Erklärung vor, dass ein Anschluss innerhalb von drei Jahren erfolgt, stehen bis zu 50.000 Euro bereit.

Weitere Behördenstandorte können dann gefördert werden, wenn das Rathaus bereits erschlossen ist. Insgesamt haben 3.000 Einrichtungen ihr Interesse an der neuen Glasfaser/WLAN-Richtlinie (GWLNR) angemeldet und 1.071 Einrichtungen ihren Förderbescheid erhalten. Die Fördermittel belaufen sich auf bislang 30 Mio. Euro.

Ende Oktober erhielt Geisler zufolge die Stadt Berching den europaweit ersten Bescheid für geförderten Gigabit-Ausbau in bereits mit schnellem Internet versorgten Gebieten. Die Europäische Kommission hatte den Antrag Bayerns auf einen staatlich geförderten Gigabit-Ausbau in „grauen NGA Flecken“ für sechs Pilotkommunen im Dezember 2018 genehmigt. Diese Entscheidung war nicht nur ein großer Erfolg für die bayerische Breitbandförderung, sondern hat auch Vorbildcharakter für ganz Deutschland und alle EU-Mitgliedsstaaten.

Seit Juni 2019 liegt der Europäischen Kommission der Entwurf einer „Gigabitrichtlinie“ vor, eine neue Fördermöglichkeit für die Kommunen, mit deren Hilfe das Hochleistungsinternet in ganz Bayern ankommen soll.

Eine Förderung darf u.a. nur unter folgenden Voraussetzungen gewährt werden:

- Das im Rahmen der Förderung auszubauende Gebiet (Erschließungsgebiet) ist ein grauer oder weißer NGA-Fleck
- Im Erschließungsgebiet ist noch kein Netz vorhanden, das zuverlässig 100 Mbit/s im Download für Privatan schlüsse und 200 Mbit/s symmetrisch für gewerbliche Anschlüsse übertragen kann („Aufgreifschwelle“)
- Erweiterung um Betreibermodell
- Förderkonditionen werden gesondert veröffentlicht.

Im Juli 2019 fand laut Geisler eine öffentliche Konsultation statt, zuletzt wurden Rückfragen der Europäischen Kommission beantwortet. Eine Genehmigung bis Ende 2019 sei somit „absehbar“. ■

Stefan Graf | Telekommunikationsreferent des Bayerischen Gemeindetags

Klappt mit dem bewährten Fördermodell der flächendeckende Glasfaserausbau?

Beim Glasfaserausbau in Bayern zeichnen sich einschneidende Änderungen ab. Das Erfolgsmodell, mit dem es das ländlich geprägte Bayern geschafft hat, seit 2014 sage und schreibe 2,2 Millionen neue Breitbandanschlüsse zu realisieren, scheint auszulaufen: Es ist eine Kombination aus eigenwirtschaftlichem Ausbau und Wirtschaftlichkeitslückenförderung. Über 3.500 Mal sind die bayerischen Gemeinden alleine in das Verfahren nach der bayerischen Breitbandrichtlinie eingestiegen. Über 765.000 geförderte Anschlüsse (davon 130.000 Glasfaseranschlüsse) wurden auf diese Weise gebaut. Wenn alles, was sich derzeit noch „in der Pipeline“ befindet, umgesetzt ist, verbleiben in ganz Bayern noch ca. 40.000 Anschlüsse ohne schnelles Internet. Eine starke Leistung bei etwa 6,6 Mio. Anschlüssen! Die Vorgehensweise war denkbar simpel: Die Gemeinden definieren nicht versorgte Erschließungsgebiete und fragen zunächst den Markt, ob er bereit ist, dieses Gebiet mit den gewünschten Zielbandbreiten zu versorgen – übrigens ist die Behauptung schlichtweg falsch, dass sich die Gemeinden mit Kupferlösungen abspesen lassen mussten. Wer es sich leisten wollte, konnte schon immer die Zielbandbreite so hoch schrauben, dass nur eine FTTB/FTTH (also Glasfaser zumindest bis zum Gebäude) in Frage kam.



Stefan Graf

Aber weiter im Verfahren: Hatte kein Netzbetreiber Interesse am eigenwirtschaftlichen Ausbau, wurde ein Bewerbungsverfahren gestartet, bei dem in aller Regel der Netzbetreiber den Zuschlag bekam, der mit dem geringsten Zuzahlungsbeitrag sich verpflichtete, das definierte Gebiet mit mindestens 30 Mbit/s im Download (ggf. auch mehr) zu erschließen und für mindestens sieben Jahre das Netz zu betreiben.

Ginge es nach dem Freistaat (und auch den Städten und Gemeinden) könnte dieses Modell lediglich mit einem Update weiterlaufen: Die „weißen Flecken“ sind grau geworden – die Aufgriffsschwelle muss daher dringend gesenkt werden: Nach der Ende November von der EU beihilferechtlich genehmigten bayerischen Gigabitförderung kann nun schon da gefördert werden, wo Haushalte noch keine 100 Mbit/s im Download und Gewerbebetriebe keine 200 Mbit/s im Down- und Upload haben. Der Freistaat schätzt, dass damit 500.000 Anschlüsse förderfähig werden und stellt dafür weitere zwei Milliarden Euro bereit. Noch im Januar soll die neue Förderung beantragt werden können.

Nun mäkeln manche Visionäre daran herum, dass damit weiterhin ein Großteil der Anschlüsse in Bayern koaxial- oder kupferbasiert bleibt, da mit DOCSIS 3.0 bzw. Supervectoring die 100 Mbit/s-Grenze locker überschritten wird. Stimmt – aber nicht mal Bayern kann es sich leisten, in wenigen Jahren alle Anschlüsse gefördert auszubauen! Und das eigentliche Problem ignoriert diese Kritik: Die öffentliche Hand macht die Rechnung zunehmend ohne den Wirt.

Die Vorzeichen häufen sich seit etwa einem Jahr: 2019 bleiben zunächst fast die Hälfte aller Förderverfahren ohne Erschließungsangebot. Noch deutlich schlechter schaut die Bilanz aus, wenn man nur auf die Angebotsquote des rosa Riesen blickt. Vervollständigt wird das Bild, wenn die Erfahrungen der Gemeinden bei der Erschließung von kleineren Neubaugebieten hinzugenommen werden: Obwohl sich hier die Tiefbaukosten zwischen den Sparten aufteilen, war immer häufiger kein Netzbetreiber bereit, Leerrohre mit Glasfaser einzulegen.

Sicher ist eine wesentliche Ursache des Desinteresses die Überhitzung des Ausbaumarkts. Der Bund hat nach großen Mühen (weil er nicht von Bayern lernen wollte) mit Zeitverlust sein Förderprogramm endlich flott gebracht. Ganz Deutschland legt Glasfaser, hinzu kommen die überfälligen Bemühungen beim Funklochschluss im Mobilbereich. Doch erstens ist noch lange kein Ende des Booms erkennbar. Zweitens: In den vergangenen Jahren konnten durch die Erschließung der Kabelverzweiger mit Glasfaser mit vergleichsweise geringem Aufwand größere Anschlusszahlen erreicht werden. Jetzt aber muss die Glasfaser zu den Gebäuden gegraben werden. Leerrohrnetze wurden zwar teilweise von den Gemeinden aufgebaut, aber längst nicht flächendeckend. Besonders der rosa Riese signalisiert seinen Unwillen, nun die Sisyphusaufgabe Gebäudeerschließung flächendeckend zu übernehmen – auch wenn ihm die Wirtschaftlichkeitslücke für Bau und siebenjährigen Betrieb ausgeglichen wird.

Nun kann man in dieser Situation – und der Gemeindetag hat das kürzlich getan – nach dem Gesetzgeber rufen. „Universaldienstverpflichtung“ ist die überzeugend klingende Lösung: Der Telekommunikationsnetzbetreiber, der die meisten Anschlüsse in einem Gemeindegebiet hat, wird per Gesetz verpflichtet, sämtliche Anschlüsse mit Glasfaser auszubauen – gegen Kostenausgleich. Doch diese Forderung ist so alt, wie die damals treffende Übersetzung unseres Verbandes für DSL: „Dörfer surfen langsam“. Und wie damals haben Netzbetreiber und Politik vehement eine solches Gesetz abgelehnt. Zu schwierig erscheinen offenbar in einer freien Marktwirtschaft die Verhandlungen über angemessene Ausbaubedingungen.

Was dann? Ja, der rosa Riese hat zwischenzeitlich nachgegeben und für die Altfälle sowie für Erschließungsvolumina von über 50 Anschlüssen wieder seine Bereitschaft zum Ausbau signalisiert. Und beim Glasfaserausbau zu den Häusern werfen nun Gott sei Dank auch die kommunalen IT-Netzbetreiber ihren Hut in den Ring. Doch das Signal kann nicht ignoriert werden: Jedenfalls bei unter 50 Anschlüssen kann sich keine Gemeinde eines Angebots mehr sicher sein. [weiter auf S.26](#) →



Wir bauen Bayerns digitale Zukunft

**Mit zukunftssicherer Kabel-Glasfasertechnologie
bringen wir das Gigabit in Ihre Region.**

Bis Jahresende schließt Vodafone 5 Millionen Menschen in Bayern über das Kabel-Glasfasernetz ans Gigabit an – in Städten, Gemeinden, Unternehmen, Schulen und öffentlichen Verwaltungen.

Im Rahmen von geförderten Betreibermodellen realisieren wir gemeinsam mit Kommunen den Glasfaserausbau im ländlichen Raum. Zusätzlich treiben wir den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau in Gewerbegebieten voran.

Wir beraten Sie gerne:
gigabitoffensive@vodafone.com

The future is exciting.
Ready?

 **vodafone**

Peter Reisinger | Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH

Privatwirtschaftlicher Glasfaserausbau in der Region – Beispiel Allianz WEstSPessart

Die Kommunale Allianz Westspessart (kurz: WESPE) im Landkreis Aschaffenburg, bestehend aus den Gemeinden Bessenbach, Haibach, Laufach, Sailauf und Waldaschaff, ergreift die Initiative, um ihre Heimatregion für die digitale Zukunft abzusichern. Dabei setzt sie auf das zukunftssichere FTTH-Glasfasernetz und auf eine Kooperation mit DeutscheGlasfaser, die laut Peter Reisinger diese Netze – vorwiegend privatwirtschaftlich – bundesweit in ländlichen Regionen ausrollt.



Peter Reisinger

„Wir als kommunaler Verbund wollen gemeinsam mit Deutscher Glasfaser den Netzausbau in unseren Gemeinden angehen – nicht irgendwann, sondern jetzt. Dabei sind wir insbesondere auf die Unterstützung unserer Bürger angewiesen“, betonte Michael Dumig, Bürgermeister der Gemeinde Sailauf und Sprecher der Kommunalen Allianz Westspessart. Erst wenn in den Gemeinden 40 % der Haushalte einen Vertrag beim Unternehmen unterschreiben, könne das Netz kostenlos für die Kunden und die Kommunen ausgebaut werden. „So rüsten wir unsere Heimatregion als Wohn- und Arbeitsstandort für die Zukunft und vervollständigen die im Rahmen der bayerischen Förderprogramme erfolgten Netzausbauten.“

Nur reine Glasfaser bis ins Privathaus bzw. Unternehmen bietet Reisinger zufolge heute schon die Leistungsfähigkeit für alle zukünftigen Ansprüche der Digitalisierung. Deutsche Glasfaser ist die Nr. 1 der FTTH-Branche. „Mit bereits über 350.000 angeschlossenen Haushalten und Unternehmen und einer Investitionssumme von 1,5 Mrd. Euro sind wir erfahren und finanzstark.“

Mit einem markterprobten Geschäftsmodell und dank innovativer Verlegemethoden baut Deutsche Glasfaser bundes-

weit insgesamt bis zu 20.000 Glasfaseranschlüsse pro Monat. Im ländlichen Bayern ist der Mittelständler aus Borken (NRW) seit drei Jahren aktiv und hat bis dato in etwa 70 Gemeinden in 12 Kreisen knapp 60.000 Glasfaseranschlüsse in Bau oder Vorbereitung – 20.000 zusätzliche sind darüber hinaus bereits anvisiert.

„Wir sind der Überzeugung, dass die Digitalisierung des Landes eine Gemeinschaftsleistung ist. Nur wenn Politik, die engagierten Menschen vor Ort und die Privatwirtschaft sich zusammentun, ist ein schneller Breitbandausbau mit zukunftssicheren Glasfasernetzen möglich“, unterstrich Reisinger.

Durch den privatwirtschaftlichen Ausbau vermieden die Kommunen langwierige Förderverfahren, Risiken und finanzielle Eigenanteile. „Denn die Deutsche Glasfaser kümmert sich komplett um alle Details – von der Projektierung über die Information der Bürger bis zum Anschluss. Durch langjährig optimierte Planungs- und Bauverfahren realisieren wir den Netzausbau besonders schnell und effizient. Wir forcieren eine enge Abstimmung mit den Kommunen und eine flexible Unterstützung von Initiativen und Förderverfahren“, machte Reisinger deutlich. ■



Dr. Annette Schumacher

Dr. Annette Schumacher, atene KOM GmbH, referierte über Aktuelles aus der Bundesförderung Breitband. „Turbo-Internet für alle!“ lautet das Ziel des Bundesprogramms für superschnelles Breitband. Dafür wurde das Breitbandförderprogramm ge-relauncht.

Die Richtlinie zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland wird über den 31.12.2019 hinaus verlängert. Die Anträge zur Förderung des Breitbandausbaus können wie bisher auf www.breitbandausschreibungen.de eingereicht werden.

Am 01.08.2018 wurde der 6. Förderaufruf Infrastruktur veröffentlicht. Im Internet sind über <https://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandfoerderung/breitbandfoerderung.html> und <https://atenekom.eu/kompetenzen/foerdermittelberatung/projekttraeger-breitband/> die wichtigsten Informationen hierzu veröffentlicht. ■



LEW
TelNet

Breitband für Kommunen

Ihr leistungsfähiges Glasfasernetz

LEW TelNet ist einer der führenden Anbieter für Datenkommunikation in Bayerisch-Schwaben. Unser leistungsfähiges Glasfasernetz bringt den ländlichen Raum mit Höchstgeschwindigkeit ins Internet. Profitieren Sie jetzt von Standortvorteilen für Ihre Kommune! www.lewtelnet.de



v. l. Markus Sand, Lothar Heubeck



Udo Harbers

Udo Harbers | Telekom Deutschland

Gigabit per Glasfaser und 5G – Ausbausritte

Die Telekom hat sich zum Ziel gesetzt, möglichst alle Menschen mit schnellen Internetanschlüssen zu versorgen – nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. „Wir sind beim Breitbandausbau flächendeckend unterwegs“, machte Udo Harbers, zuständig für die politische Kommunikation in Bayern und Sachsen, deutlich. Der Ausbau basiere auf einem Mix von intelligenter Netztechnik, orientiert am Bedarf und den Wünschen der Kunden. Ziel sei es, das Netz schrittweise für die Gigabit-Gesellschaft weiter zu entwickeln.

Bislang wurden in Bayern 17.200 Multifunktionsgehäuse mit FTTC (Super Vectoring) ausgerüstet. Damit sind Datenraten von bis zu 250 Mbit/s im Download möglich. Erreicht werden knapp 4,3 Mio. Haushalte und Unternehmen. Weitere ca. 1,65 Mio. Haushalte/Unternehmen werden 2018/2019 in geförderten Gebieten, in den Nahbereichen (rund um Vermittlungsstellen) und im Vectoring-Ausbau mit 30 bis 100 Mbit/s versorgt. Aktuell erreicht allein die Telekom 83 % der Haushalte mit mindestens 30 Mbit/s.

Insgesamt 1,12 Mio. Haushalte/Unternehmen hat die Telekom mit wenigstens 30 Mbit/s im Förderprogramm des Freistaats ausgestattet. Dafür wurden seit 2014 rund 2.500 Kooperationsverträge unterschrieben. 300.000 Haushalte/Unternehmen in Bayern sind inzwischen mit FTTH versorgt, 104.000 davon durch das bayerische Förderprogramm.

Das bundesweit ausgezeichnete FTTC-Netz wird nun durch den FTTH-Rollout weiter ausgebaut, erläuterte Harbers. Doch er warnte zugleich vor dem erheblich größeren Aufwand, der dafür betrieben werden müsse, um die Glasfaser in jeder Straße, auf jeder Straßenseite, durch Privatgrundstücke und bis in die Gebäude hinein zu verlegen. Eigentumsrechte, unterschiedlichste Oberflächen und Bauweisen sowie Hindernisse im öffentlichen

Raum wie große Bäume, Werbeflächen, Haltestellen etc. erschweren den Tiefbau. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, arbeitet die Telekom an weitgehend automatisierten Erkundungsfahrzeugen, die ein Ausbaugbiet systematisch abfahren und mittels Künstlicher Intelligenz schon eine erste Trassenplanung erstellen können. Anders sei ein massenhafter FTTH-Ausbau kaum möglich.

Verhaltene Nachfrage nach maximaler Bandbreite

Lähmend für den Glasfaserausbau sei außerdem die noch verhaltene Nachfrage nach Gigabit-Produkten. Lediglich 34% der deutschen Haushalte, die einen FTTH/B-Anschluss besitzen, würden ihn mit der maximalen Bandbreite nutzen. Zudem erschwere der Preisverfall bei den Zugangsprodukten neue Investitionen. Ungünstige Rahmenbedingungen, wie strenge Bauvorschriften, ein niedriger Verrohungsgrad, eine geringe Urbanisierung sowie eine geringe bauliche Dichte zeichneten für hohe FTTH-Ausbaukosten verantwortlich.

Alternativen zum herkömmlichen Tiefbau seien daher notwendig, Trenching solle verstärkt zum Einsatz kommen. Bei diesem Verfahren zum Verlegen von Rohren für Glasfaserleitungen werden schmale Schlitzte in Böden und Asphalt geätzt. Bislang benötigte man für 300 Meter →

Kabel etwa einen Tag. Mithilfe der Technik, welche die Telekom beispielsweise mit der österreichischen Firma Layjet Micro-Rohr erprobt habe, könne man auf bis zu drei Kilometer am Tag kommen. Die Layjet-Technik wurde gemeinsam mit der Technischen Universität Wien entwickelt und soll auch die Kosten je nach Bodenbeschaffenheit um 30 bis 50 % senken.

Die Maschine fräst zehn Zentimeter neben dem Asphalt einen Schlitzgraben mit einer Tiefe von 35 bis 70 Zentimetern. Im gleichen Arbeitsgang verlegt sie die Rohre und verschließt den Graben wieder mit dem entnommenen und aufbereiteten Material. Zum Schluss wird das Bankett nach dem Verlegevorgang wieder tragfähig gemacht. Im Vergleich zum traditionellen Tiefbau ist man damit rund zehnmal schneller. Im Lauterachtal hat die Telekom das Verfahren beim Ausbau von FTTH für 400 Haushalte in den Hirschwald-Gemeinden bereits erfolgreich getestet.

Laut Harbers mangelt es nicht an guten alternativen Verlegemethoden. Die Telekom werbe bei den Kommunen um die Möglichkeit, diese und weitere Verfahren zu erproben und einsetzen zu können.

Weiter vorangetrieben wird zudem der Ausbau des Telekom-Mobilfunknetzes. Dies ist auch mit Blick auf den künftigen 5G-Standard wichtig. Noch in diesem Jahr werden 98 Prozent der deutschen Bevölkerung mit dem 4G-Netz

versorgt sein, bis Ende 2020 soll die LTE-Abdeckung bei 99 Prozent aller Haushalte liegen.

Um das Netz weiter zu verdichten, realisiert die Telekom im Rahmen des Regelausbaus bis 2020 in Bayern rund 1.000 zusätzliche Mobilfunkstandorte. Zudem sind 1.200 Erweiterungen an bestehenden Maststandorten geplant.

Damit die Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden können, müssen Harbers zufolge mögliche Grundstücke oder Immobilien bereitgestellt werden. Bei der Akquise geeigneter Standorte sei die Unterstützung der Gemeinde gefragt. Um Mobilfunkstandorte errichten zu können, seien schnelle und unbürokratische Genehmigungen nötig. Außerdem gelte es, eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber Mobilfunk zu unterstützen.

5G: 120 Antennen im Live-Betrieb

Einem erfolgreichen 5G-Rollout stehe dann nichts mehr im Wege: In Berlin, Bonn, Darmstadt, Köln und München wurden die ersten 5G-Standorte mit einer Bandbreite von 1 Gbit/s schon in Betrieb genommen. Mehr als 120 Antennen funken bislang im Live-Betrieb, weitere sollen noch 2019 in Hamburg und Leipzig folgen. „In 2020 sind wir schon in über 20 Städten mit 5G unterwegs“, zeigte sich Harbers optimistisch. ■





Ganz Bayern in 60 Minuten.

**Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.**

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Rolf-Peter Scharfe | Vodafone GmbH

GigaSpeed für Bayern – im Festnetz und mobil

Das Vodafone Netz mit Multilayer-Technologie ist die Infrastruktur für die Gigabit-Zukunft, erklärte Rolf-Peter Scharfe. Kabel-Glasfaser-, Narrowband-IoT-, LTE- und 5G-Netz setzen neue Maßstäbe für die Konnektivität. Die unterste Schicht der Multilayer-Architektur bildet das Kabel-Glasfaser-Netz. Über diesen „Home Layer“ bringt Vodafone dank seines neuen Docsis 3.1 Standard zukunftssicheres Highspeed-Internet mit bis zu 1 Gbit/s in die vier Wände. Das Kabel-Glasfasernetz ermöglicht es, GigaTV sowie eine breite Palette an digitalen Services zu nutzen.



In den 16 Kabelbundesländern von Vodafone können heute 11,3 Millionen Haushalte über das Kabel-Glasfasernetz mit Gigabit-Geschwindigkeit surfen, in Bayern 2,8 Millionen. 2020 wird der Ausbau konsequent weitergehen. Bis Ende 2020 sollen in Bayern 3,4 Millionen Haushalte vom Gigabit über das Kabel-Glasfasernetz profitieren. Bis 2022 will Vodafone sogar rund 50 Millionen Menschen mit 25 Millionen Gigabit-Anschlüssen versorgen.

Mit seinem Glasfaser-Ausbauprogramm bringt der Düsseldorf-Kommunikationskonzern insbesondere den deutschen Mittelstand in zahlreichen Gewerbegebieten auf die digitale Überholspur. Scharfe zufolge profitieren inzwischen mehr als 15.000 Unternehmen in erschlossenen Gewerbegebieten vom Glasfasernetz. Bis 2021 sollen es 100.000 sein. Zudem sind über 40 FTTB/H-Projekte im Rahmen des geförderten Breitbandausbaus im Bau oder bereits im Betrieb.

Um den Ausbau gigabit-fähiger Kommunikationsnetze rasch und flächendeckend zu ermöglichen, ist der Einsatz effizienter Verlege-Methoden unumgänglich. Bisherige Maßnahmen in offener Bauweise dauern allerdings entschieden zu lange, beeinträchtigen den Verkehr und die Anwohner. Mit dem Einsatz der Trenching-Technologie setzt Vodafone auf ein modernes Verlege-Verfahren.

Schicht 2 besteht aus dem Maschinen-Netz Narrowband-IoT (NB-IoT), das die Kommunikation der Geräte untereinander ermöglicht und somit Prozesse vereinfacht: sei es im Smart Home, in der Smart City oder einer Smart Factory. Das Narrowband IoT-Netzwerk überträgt auf einer langen Wellenlänge, um einen weiten Bereich und somit auch schwer zugängliche Orte zu erreichen. Ein einziger Mobilfunkmast des Netzwerks kann zehntausende Dinge mit 250 Kbit/s verbinden. So wird das Internet of Things im großen Stil möglich. Bereits jetzt verzeichnet Vodafone weltweit über 81 Mio. vernetzte Devices.

Über dem Maschinennetz liegt der Mobile-Layer, das 4G LTE Netzwerk von Vodafone. Dieses Netz sichert die mobile Datenverbindung. Alle drei Stunden geht hierfür in Deutschland ein neuer LTE-Sendemast von Vodafone in Betrieb. Um eine LTE-Netzabdeckung von 98 % zu erreichen, wird Vodafone 2.800 neue LTE-Stationen einrichten. Mit Produkten wie dem CallYa Digital kann das 4G-Erlebnis noch flexibler genutzt werden.

Bis Ende September 2019 hat Vodafone in Bayern 930 LTE-Projekte abgeschlossen und erreicht mit LTE aktuell 95,4 % aller bayerischen Haushalte. 31 Projekte wurden im Rahmen des Mobilfunk-Förderprogramms durchgeführt.

Die oberste Schicht bildet der Future-Layer 5G. Als erster Mobilfunkanbieter hat Vodafone 5G kommerziell angeboten. Das mobile Echtzeitnetz für Anwendungen der Zukunft macht nicht nur enorm schnelle Datenübertragungen möglich, sondern sorgt auch für völlig neue Anwendungen für Business, Verwaltung und Privatkunden. Ermöglicht werden autonomes Fahren und Latenzzeiten von unter 10 ms.

Das Vodafone 5G-Netz wächst zunehmend, um künftige Anwendungsbereiche zu realisieren. Bis 2021 werden 10 Millionen Menschen in Deutschland Zugang zum 5G-Mobilnetz haben.

Betreibermodell stellt Versorgung sicher

Da die Vorbereitung auf die digitale Zukunft besonders in ländlichen Regionen wichtig ist, setzen lokale Entscheider dort, wo der Netzausbau noch nicht so weit fortgeschritten ist, auf sogenannte Betreibermodelle, um die technische Versorgung der Region sicher zu stellen und fit für die Gigabit-Gesellschaft zu sein.

Ein gutes Beispiel ist hier die Gemeinde Icking in Bayern. Um ihren Einwohnern das Surfen im Highspeed-Netz zu ermöglichen, hat sich die Gemeinde für ein Gemeinschaftsprojekt mit dem Freistaat und Vodafone entschieden. Hierbei verlegt Vodafone eine zwölf Kilometer lange Glasfaserzuleitung von Starnberg nach Icking und bindet drei Mobilfunk-Stationen an die Glasfaser an. Dabei bleibt das Netz im Eigentum der Gemeinde und wird an Vodafone verpachtet, so dass die Investition in den Ausbau refinanziert werden kann.

Betreibermodelle wie in Icking oder aber auch ganz aktuell in der Verwaltungsgemeinschaft Altfraunhofen sind in der Planung komplexer, geben aber den Gemeinden die Möglichkeit, selbst als Infrastrukturanbieter aufzutreten und sich zukunftssicher aufzustellen. ■

Adrian Richter | MRK media AG

Aktuelle Methoden der Netzplanung



Mit zunehmender Größe von Breitbandprojekten bei gleichzeitig, bedingt durch Förderverfahren, immer weiter verkürzten Projektzeitplänen, stoßen auch Planungsbüros an ihre Grenzen.

Glasfaserbasierte Übertragungsraten ermöglichen innovative Lösungsansätze, wodurch Breitbandprojekte zukünftig schneller und effektiver umgesetzt werden können. „MRK unterstützt Sie in allen Planungs- und Bauphasen Ihres Projektes

mit eigens entwickelten Software-Solutions wie PlaNet, FotoBau und agilen WebGIS“, informierte Adrian Richter.

Grob-, Genehmigungs- und Ausführungsplanung

„Unsere Planungssoftware PlaNet generiert optimale Ergebnisse in den Bereichen Grob-, Genehmigungs- und Ausführungsplanung. Gleichzeitig bie-

tet sie ein hohes Maß an Flexibilität, wodurch projektspezifische Lösungen generiert und die Wünsche des Auftraggebers zu jeder Zeit in vollem Umfang erfüllt werden.“ Bauüberwachung und Dokumentation der durchgeführten Projekte werden durch die MRK FotoBau-App und agile WebGIS noch effektiver, smarter und manipulations-sicher. Die Datenerhebung erfolgt mittels mobiler Endgeräte und wird in Echtzeit auf der Cloud synchronisiert. Über ein agiles WebGIS kann der externe Auftraggeber jederzeit alle erhobenen Daten, inklusive der hinterlegten Metadaten, sichten.

„Mit unserer jahrzehntelangen Erfahrung in den Bereichen Planung, Bauüberwachung und Dokumentation unterstützt Sie MRK gerne und bietet Ihnen optimale Lösungen, um ihr persönliches Projekt gemeinsam erfolgreich zu realisieren.“ ■

Jetzt
informieren

Bayernweit – Gemeinsam für mehr Geschwindigkeit

breitbandausbau@m-net.de

M-net Telekommunikations GmbH – Expansions- und Kooperationsmanagement
Frankfurter Ring 158, 80807 München

Marcus Arlt | Thüga SmartService GmbH

Die Kommunen als Wegbereiter der digitalen Transformation

„Wir sollten nicht glauben den tatsächlichen Bedarf an Bandbreite der nächsten Jahre einschätzen zu können. Denn er wird größer“, so erläuterte der Referent eingangs. Man könne nicht einmal absehen, was für Geräte in fünf Jahren am Markt sind und damit kann man auch nicht sagen, welche technischen Voraussetzungen wir brauchen. Klar ist, dass der Bedarf an Datenvolumina permanent wächst. Gleichzeitig besteht der Anspruch, dass diese Daten in kürzester Zeit in bester Qualität zur Verfügung stehen.

Am Beispiel der mobilen Geräte, die die Besucher mit sich führen, verwies Arlt auf die individuelle Multifunktionalität von deren Nutzung. Telefonieren mit diesen Geräten hingegen ist inzwischen völlig sekundär. Die Datenmenge, die im Vortragsraum permanent und gleichzeitig transportiert wird, ist immens.

Ob man in einer komplexen IT-Umgebung arbeitet, spielt oder Filme streamt, benötigt wird eine Datenverfügbarkeit auch im Haushalt, die ohne Weiteres bei 100 Mbit/s liegen kann.

Künftige Bandbreitennutzung bedeutet jedoch, dass im gleichen Gebäude an unterschiedlichsten Stellen, ob von Personen oder smarten Geräten, Datenvolumina genutzt werden. In allen Wohnungen, Kellern, Speichern oder Garagen synchronisieren sich permanent unglaublich viele Geräte wie Kühlschrank, Saugroboter, Feuchtesensor, Fensterschutzsensor, Türkontaktschalter, Raumtemperatursteuerung oder Heizung. Sensoren werden unser Leben und auch die Datenmenge, die wir in jedem Haus bewegen, unglaublich verändern.

„Wir müssen Digitalisierung für alle denken und wir müssen die Leistungsfähigkeit dahin bringen, dass es möglich ist, alles im Haus auszulagern“, prognostizierte Arlt. Alles könne in der Cloud ausgelagert werden, jeder Service. Zu Hause brauche man kein Buch, keinen Film, nichts mehr, vorhalten, weil alles mobil ansteuerbar ist. „Wer kauft sich heute physisch Musik?“, fragte der Referent.

Nun gehe es für die politisch Verantwortlichen darum, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger – egal ob sie räumlich konzentriert leben und arbeiten oder ihren Lebensmittelpunkt in abgelegenen Regionen haben – mit ausreichendem Datenvolumen zu bedienen.

Für zahlreiche zukünftige Anwendungen wird extrem geringe Latenz benötigt.

Beispielsweise wird es möglich sein, mit Hilfe von Operationsrobotern chirurgische Eingriffe durchzuführen, wobei der Operateur physisch an einem ganz anderen Ort sein kann. Beim taktilen Internet reagieren Cloud- und Web-Anwendungen nahezu in Echtzeit und es muss störungsfrei, also stabil, schnell gehen.

„Stabil ist einfach Glasfaser“, so Arlt. Dazu gebe es keine Alternative, die spätere Anforderungen sicher bedienen könne. Wie leistungsstark Infrastrukturen sein können, erläuterte er am TAT-14 (Transatlantisches Telefonkabel 14) das jede Sekunde 1,28 Tbit (= 1.280 Gbit/s) transportiere.



Marcus Arlt

Die künftige Herausforderung bestehe darin, kleinteilig zu denken und anzufangen und sich trotzdem ins Große zu vernetzen. Dass Glasfasernetze künftig unabdingbar sind, stehe fest. Die Frage sei, wer sie baut und betreibt. Wichtig sei, beispielsweise für Kommunen und EVUs, mittelfristig eine Netzauslastung zu erreichen, die bei 80 % liegt, um die Finanzierung sicherzustellen. Ergänzend, nicht ersetzend, stelle sich die Frage nach „Open Access“.

Er selbst, so Arlt, beschäftige sich derzeit mit „Layer-2“. Aus seiner Sicht muss das, was bei Stromnetzen schon lange üblich ist, auch in der Telekommunikation funktionieren. Letztlich müsse öffentliches Geld der Gesellschaft zur Verfügung stehen. Der Gesetzgeber verpflichte zu Recht Netzbetreiber, die Nutzung in Netzen, die mit öffentlichen Geldern finanziert sind, der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Alles hänge an der Finanzierung. Weil Bauen ohnehin teuer ist, solle nicht zwei oder drei Mal gebaut werden. Volkswirtschaftlich betrachtet mache es deshalb vielmehr Sinn, wenn sich einzelne Carrier wechselseitig in die Glasfasernetze der anderen einkaufen. Dazu bedürfe es allerdings standardisierter Schnittstellen.

Optimal wäre die Schaffung einer Basisinfrastruktur, an die alle anderen Anschlusssituationen, Services und Infrastrukturen angedockt werden könnten. Die Nutzungsmöglichkeiten steigen exponentiell.

Das Fazit von Marcus Arlt:

„Es geht nicht darum, heute schon zu wissen, was alles wann kommt. Es wird unglaublich viel und sehr differenziert sein und es wird alles gleichzeitig passieren.“ Deswegen sollte man bei der Digitalisierung Kommunen und kommunale Unternehmen einbeziehen. Sie seien letztlich diejenigen, die die wichtigste Basis vor Ort schaffen. Dass Bandbreite Glasfaser braucht, steht für Arlt außer Zweifel. ■

Simon Lorenzin | Raycap GmbH

Smart Ideas for Smart Cities

Raycap präsentierte ein Produktportfolio für die Telekommunikationsinfrastruktur im Bereich FTTH- und Mobilfunknetze; hierbei stand besonders die Sichtweise der Kommunen und Gemeinden im Vordergrund. Vorgestellt wurden die wichtigsten Infrastrukturelemente. Dabei wurde auf die Bedeutung für die Stadtnetze hingewiesen.

Kundenspezifisch ausgeführte Metallgehäuse für den Einsatz in VDSL- oder FTTH-Netzen erfordern eine hohe Beständigkeit gegen Umwelteinflüsse und Vandalismus in Verbindung mit sehr guten Entwärmungs- und Kondensationseigenschaften. Dies ist für den Einsatz in städtischen und ländlichen Bereichen besonders wichtig, um einen zuverlässigen Betrieb und einen minimalen Wartungsaufwand für das Telekommunikationsnetz zu garantieren. Hinzu kommt auch noch ein ästhetischer Aspekt: Besonders in Innenstädten ist der Einsatz von Metallgehäusen zu favorisieren, da Kunststoffgehäuse schlechter zu reinigen sind und mit der Zeit durch Schmutz und Regen zu einem unansehnlichen Objekt in einer modernen Cityumgebung werden.

Man spricht bei diesen Produkten in diesem Zusammenhang auch gerne von sogenannten Stadtmöbeln. Hierunter versteht man sämtliche Einrichtungsgegenstände für den Außenbereich, die dort einen gewissen Zweck erfüllen, nicht aber für einen funktionierenden Straßenverkehr nötig sind. So sind z.B.

Straßenlaternen besonders gut für die Mobilfunkinfrastruktur geeignet, da sie bereits Stromanschluss haben und eine gewisse Bauhöhe aufweisen, um zum Beispiel eine Antenne für eine SmallCell aufzunehmen.

Aber auch andere Gehäuseformen sind in der Lage, aktive Mobilfunktechnologie zu beherbergen. Für die Innenstädte spielen dabei Designaspekte eine große Rolle. Die Funktechnologie wird nicht nur „verpackt“ und ist somit „unsichtbar“, die Verkleidungslösung muss auch zum Beispiel den streng geregelten ästhetischen Ansprüchen historischer Kulissen entsprechen. So wurden Lösungen in Form von Blumenkübeln, Abfallbehältern, Gebäudeanbauten und auch Straßenlampen für die unsichtbare Unterbringung von Mobilfunktechnik vorgestellt.

Ermöglicht wird dies unter anderem durch ein neues Verkleidungsmaterial mit dem Namen InvisiWave. Mit dem Material ist es erstmals möglich, Antennen im 5G-Wellenbereich ohne Verlust bei Sende-/Empfangsleistung zu verkleiden. Führende US-Mobilfunkanbieter haben das Material bereits für den Einsatz in ihren 5G-Netzen zugelassen. InvisiWave kann somit dazu beitragen, bestimmte Antennenstandorte überhaupt erst genehmigungsfähig oder erschließbar zu machen. Die Akzeptanz der Technologie wird erhöht, einfach weil die Infrastruktur aus dem Blickfeld des Betrachters verschwindet. ■

SEID SCHNELLER #DABEI MIT BIS ZU 100 MBIT/S

Jetzt superschnelles Internet und Highspeed-WLAN in jedem Winkel Ihres Zuhauses!
In allen Telekom Shops und unter www.telekom.de/schneller

6 MONATE NUR
19,95 €*
DANACH 44,95 € MTL.



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

* Angebot gilt bis 29.03.2020 für Kunden, die in den letzten 3 Monaten keinen Breitbandanschluss bei der Telekom hatten. MagentaZuhause L kostet in den ersten 6 Monaten 19,95 €/Monat, danach 44,95 €/Monat. Bei Buchung von MagentaZuhause L erfolgt eine Router-Gutschrift i. H. v. 100 € bei Miete eines Routers (Endgeräte-Service-Paket ab 4,95 €/Monat). Hardware zzgl. Versandkosten in Höhe von 6,95 €. Einmaliger Bereitstellungspreis für neuen Telefonanschluss 69,95 €. Mindestvertragslaufzeit für MagentaZuhause L 24 Monate, für den Router 12 Monate. MagentaZuhause L ist in vielen Anschlussbereichen verfügbar. Individuelle Bandbreite abhängig von der Verfügbarkeit. Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.

Peer Welling | Rödl & Partner und Jürgen Schuster | Corwese

Eigenwirtschaftlicher Ausbau als Ausweg aus dem infrastrukturellen Flickenteppich

Bis 2025 sollen - laut Koalitionsvertrag - alle Haushalte gigabitfähig gemacht werden, das gelingt nur mit einem flächendeckenden Netzinfrastrukturwechsel zur Glasfaser.

Die Ausgangssituation ist in vielen Kommunen sehr heterogen:

Gebiete im Innenstadtbereich verfügen oft über mehrere leistungsfähige Netze, Gewerbegebiete sind teilweise mit FTTB/H erschlossen, demgegenüber steht ein Außenbereich mit „weißen Flecken“. Um aus diesem „Flickenteppich“ eine flächendeckende Glasfaserlandschaft zu generieren, müsste das gesamte Netz aufgerüstet werden – was aus privatwirtschaftlicher Sicht in vielen Gebieten schlichtweg unmöglich, weil unrentabel, ist.

Der auf den ersten Blick einfachste Ansatz scheint daher ein Glasfaserausbau durch die Kommune zu sein. Doch wenn ein bereits bestehendes Netz davon betroffen ist, kollidiert dieser Ausbau häufig mit dem Beihilferecht, da mit steuerlichen Mitteln privates Eigentum entwertet würde.

Eine Möglichkeit für einen beihilferechtskonformen Glasfaserausbau ist die Durchführung eines sogenannten Private-Investor-Test (PIT):

Dabei muss die Kommune nachweisen, dass ein privater Investor in derselben Situation Kapital zur Verfügung stellen würde, da eine kapitalmarktangemessene Rendite zu erwarten ist. Ist die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen, handelt es sich um eine unternehmerische Entscheidung, die nicht dem Beihilferecht unterliegt.

Die Kunst besteht nun darin, für die einzelnen Teile des Flickenteppichs jeweils die passende Lösung zu finden:

In bereits durch Förderprogramme mit FTTB erschlossenen Gebieten besteht kein Handlungsbedarf. Gewerbegebiete mit teilweiser Ausstattung FTTB/H können durch das Bundesprogramm bzw. die Gigabitrichtlinie Bayern gefördert werden. In Innenstadtbereichen, die mit FTTC/Vectoring und Koax-Netz erschlossen sind, ist der PIT sinnvoll. Der unterversorgte Außenbereich kann im Rahmen des Gesamtprojektes miterschlossen werden.

In der Projektrealisierung ist der erste Schritt, die Zuführung und Errichtung eines PoP (Point of Presence), in dem die aktive Technik untergebracht ist. Damit diese Investition schnell rentabel wird, gilt es, erste Kunden ans Netz zu bekommen. Dafür bieten sich natürlich zunächst alle kommunalen Liegenschaften an.

Der nächste Schritt in Richtung Wirtschaftlichkeit könnte eine Anbindung lukrativer Gewerbetunden durch Erschließung von Gewerbegebieten (ggf. unter Nutzung der Bundesförderrichtlinie „homes passed“) sein.



v.l. Jürgen Schuster, Roland Werb, Michael Schneider, Michael Rübiger, Peer Welling, Karl Baumann

In der wirtschaftlichen Betrachtung ist es sinnvoll, sich Synergien zunutze zu machen – z.B. die Möglichkeiten einer Mitverlegung bei Maßnahmen in Wasser-, Abwasser-, Strom-, Gas- oder Wärmenetz – um eine langfristig kostengünstige Anbindung weiterer potenzieller Kunden (Mehrfamilienhäuser, Gewerbebetriebe) zu gewährleisten.

Ein kritischer Punkt im Projektverlauf ist die Erschließung des lukrativen Innenstadtbereichs, der meist durchaus schon gut angebunden ist. Hier gilt es gegen den aktuell tätigen Carrier zu bestehen; Faktoren wie das Geschäftsmodell und die Kostenstruktur sind dabei ausschlaggebend. Sobald eine solide Infrastruktur erreicht ist, kann eine Netzverdichtung erfolgen, die die Prognose der Wirtschaftlichkeit erhöht.

Ein kommunales Unternehmen macht auch die Erschließung letzter unwirtschaftlicher Gebäude im Außenbereich möglich, deren Anbindung durch private Anbieter nach aktuellem Stand auch langfristig unwahrscheinlich wäre – ein weiterer Schritt in Richtung Flächendeckung.

Im letzten Schritt können dann Netzkopplungen zu einem bestehenden FTTB/H-Netz vorgenommen und über Open-Access eine Versorgung mit schnellem Internet angeboten werden, um durch die Öffnung des Netzes für andere Anbieter die Wirtschaftlichkeit nochmals zu steigern.

All diese denkbaren Maßnahmen werden im Private-Investor-Test bereits vor Beginn des Projektes durchgespielt – Planungszeitraum sind ca. 40 Jahre – so dass durch die Festlegung von sachgerechten Planungsprämissen eine fundierte Businessplanung möglich wird und die erwartete Kapitalmarktrendite ermittelt werden kann. ■

Andreas Weber | REHAU

Lösungsansätze für den bayerischen 5G-Graben

Die Bundesregierung hat sich mit ihrem Breitbandförderprogramm im 6. Förderaufruf Infrastruktur das Ziel gesetzt, gemeinsam mit Telekommunikationsunternehmen flächendeckend Gigabit-Netze zu schaffen. Für Gebiete, in denen kein marktgetriebener Ausbau stattfindet, wurde das Programm neu aufgelegt. In diesem Förderprogramm ist ein neues Materialkonzept enthalten, das sowohl im Bereich Weitverkehrsebene / Backbone, als auch in der Verteilebene zusätzliche Kabelreserven für den weiteren Ausbau beinhaltet, um die Infrastruktur von morgen mit aufzubauen. Themen, von denen wir wissen, dass sie kommen - wie 5G -, werden also bereits mit bedacht.

Deshalb müssen beim Ausbau vorab zusätzlich Leerrohre eingebaut werden. Auf der Verteilebene soll bei einer Grabenlänge von weniger als einem Kilometer ein Reserve-Rohrverbund mit mindestens 12x10x2,0 zusätzliche Kapazitäten schaffen. Ist die Baustelle länger als ein Kilometer, wird ein zweiter Rohrverbund mit verlegt.

Mitnutzungspotenziale erkennen

Die Veröffentlichung des BMVI über „Mitnutzungspotenziale kommunaler Trägerinfrastrukturen für den Ausbau der nächsten Mobilfunkgeneration 5G“ dient als Orientierung darüber, welche Trägerinfrastrukturen (Ampel- und Sendeanlagen) für 5G überhaupt schon vorhanden sind, ob eine Aufrüstung ggf. ausreichend sein könnte oder neue Standorte errichtet werden sollten. Aber auch diese Träger sind mit Glasfaser zu versorgen und das ist der Hintergrund für die Schaffung von Reserven mittels Reserverohren.

Die Kosten spielen hier eine untergeordnete Rolle, denn wenn teurer Tiefbau sowieso gemacht wird, darf diese Chance auf zukünftig benötigte Infrastruktur nicht ungenutzt verstreichen. Natürlich ist es notwendig beim Material auf Qualität zu achten. Als Informationsquelle kann hier die „Handreichung zur Qualitätssicherung im Rahmen der Mitverlegung nach § 77i Abs. 7 TKG“ hinzugezogen werden. In Anlage 2 „Technische Muster-Spezifikation für Mikrorohre und Mikrorohrverbundsysteme“ werden die zu berücksichtigenden Standards definiert. Aktuell existiert noch keine DIN-Norm für die Verlegung von Mikrokabeln; so lehnt man sich an DIN 16874, die für Kabelschutzrohre größer als 32 mm Außendurchmesser gilt, an.

Bei RehaU wird jedes einzelne Röhrchen auf Druck- und Durchgangssicherheit geprüft und RehaU erfüllt die Anforderungen, die in der Handreichung aufgeführt werden. Auch für die Überprüfung des ordnungsgemäßen Einbaus und Qualitätssicherung auf Baustellen steht die Firma zu Verfügung. ■

Ihr 100%-Full-Service-Dienstleister für das Breitbandgeschäft.

Thüga SmartService unterstützt Sie beim Aufbau neuer Geschäftsmodelle.

- White-Label-Angebot
- Beratungsleistungen in jedem Entwicklungsschritt des Netzaufbaus
- Marktanalyse und Planung
- Netzbetrieb für FTTB/H, FTTC und Koax-Netze
- WLAN, IPTV, VoIP
- 24/7-Support für Endkunden und Servicetechniker
- Zertifizierte Abrechnung nach TKG
- Vertragsmanagement

Mehr Infos finden Sie unter www.smartservice.de

Mit Glasfaser ein neues Geschäftsfeld erschließen?

Wir haben für Sie die passende Lösung.

Thüga SmartService GmbH
Zum Kugelfang 2
95119 Naila

Telefon 09282 9999-0
info@smartservice.de
www.smartservice.de

 **smartservice**
Das große Plus für digitale Lösungen

Dr. Henrik Bremer | Wirtschaftsrat Recht Bremer Weitag

Daseinsvorsorge: Netzinfrastruktur in öffentlicher Hand

„Bisher beschränkt sich das Bundesförderprogramm auf die Bezuschussung von Ausbaumaßnahmen in unterversorgten Gebieten mit Bandbreiten von weniger als 30Mbit/s downstream („weiße Flecken“). Profiteur der bisherigen Fördermaßnahmen ist bisher fast ausschließlich der ländliche Raum“, unterstrich Dr. Henrik Bremer. Wo in weißen Flecken mithilfe der Fördermittel FTTC-Netze errichtet wurden und werden, werde der ländliche Raum dadurch inzwischen deutlich über das städtische Niveau aufgewertet.

In dichter besiedelten Räumen bestehe dagegen bislang überwiegend nur eine Ausstattung mit FTTC- oder Kabelanschlüssen („graue Flecken“). Gleichzeitig dürfte gerade im städtischen Bereich der Bedarf an gigabitfähigen Anschlüssen zumindest bei Gewerbekunden schnell wachsen. Beispiel: Ein Architekturbüro, das Pläne in der Cloud speichert. Ein eigenwirtschaftlicher Ausbau ist laut Bremer aber auch hier fraglich, weil die meisten (Privat-)Kunden noch keine Gigabitverbindung nachfragen.



Dr. Henrik Bremer

schaftlichkeitslückenmodell und im Betreibermodell. Ersteres stelle zwar die aufwandsärmere Gestaltungsvariante dar, jedoch habe die öffentliche Hand hier kaum Einfluss auf die Erschließung grauer Flecken. Die einzige verbleibende Option sei somit der künftige Ausbau grauer Flecken ebenfalls im Wirtschaftlichkeitslückenmodell, „wahrscheinlich aber mit nur einem Bieter, da es niemand anderes ohne Ausgangsbasis vor Ort unter Berechnung einer kompetitiven Wirtschaftslücke wagt, das vorhandene FTTC-Netz in grauen Flecken zu überbauen“.

Der derzeitige und erst recht der angedachte künftige Förderrahmen für TK-Netze schafft aus seiner Sicht eine einzigartige Chance, die nötige „Hardware“ für eine digitalisierte Lebens- und Arbeitswelt einzurichten. Kommunen und Landkreisen komme hierbei künftig erst recht eine Schlüsselrolle zu. Neu geplante Förderprogramme zielten darauf, auch für TK-Projekte jenseits weißer Flecken Zuwendungen zu gewähren, d.h. in dichter besiedelten, wirtschaftlich relevanteren Bereichen.

Wie Bremer erläuterte, bildet die derzeit förderfähige Infrastruktur bei vorausschauender Gestaltung ein Sprungbrett für künftige TK-Projekte. „Eine effiziente Nutzung der staatlichen Förderung verspricht eine Daseinsvorsorge 2.0.“ Durch Anbindung von Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen (Sonderförderung unter der Bundesförderrichtlinie) könne die Wertschöpfung des Netzes gesteigert werden. Sinnvoll sei zudem eine Prüfung von Schnittstellen der Glasfaserinfrastruktur zu anderen Kommunikationstechnologien wie z.B. Sendemasten und Antennen für 5G-Netze.

Bei unvorhergesehenen Schwierigkeiten riet Bremer zu einer Prüfung des Antrags auf Verlängerung des Bewilligungszeitraums sowie einer Anhebung der Fördersätze. Ziff. 6.5a der novellierten Bundesförderrichtlinie ermögliche die Erhöhung der Fördersumme bei höherem Förderbedarf trotz Bezuschlagung des wirtschaftlichsten Angebots. Ziff. 6.5c gewähre wiederum die Erhöhung der Fördersumme bei „unvorhergesehene(n) und unabweisbare(n) technische(n) Planänderungen“ wie z.B. bei wider Erwarten schwierigen Bodenverhältnissen.

Im bestehenden Fördersystem und vermutlich auch im Rahmen der Förderung des Ausbaus in grauen Flecken bestehe für Kommunen die Wahl zwischen einer Realisierung im Wirt-

Anders beim Betreibermodell: Hier erlangt die öffentliche Hand als Eigentümer der passiven Netzinfrastruktur die Möglichkeit, bereits jetzt vorausschauend die Netzerweiterung zu steuern. Darüber hinaus besteht die Chance, Investitionskosten durch einen Netzverkauf zurückzuführen. Vorgesehen ist dies gemäß gegenwärtiger Bundesförderrichtlinie am Ende der Pachtlaufzeit; diese kann jedoch kürzer als 20/25 Jahre gesetzt werden. Hinzu kommt, dass der Zuwendungsempfänger bei maximaler Förderung durch Bundes- und Landesmittel nur einen 10 %-Eigenanteil leisten muss. Und: Über die Vereinbarung einer Vorauszahlung auf die Pacht und über einen späteren Verkauf des Netzes lässt sich die Liquidität so strukturieren, dass sogar noch weniger Fremdkapital hinzugezogen werden muss.

Soweit noch weiße Flecken in einer Kommune unerschlossen sind oder soweit sie bereits im Betreibermodell angebunden wurden, empfiehlt sich laut Bremer folgende „Best Practice“:

Schritt 1:

Geförderter Ausbau der weißen Flecken im Betreibermodell

Schritt 2:

Ausbau grauer Flecken unter neuem Förderprogramm, z.B. durch den Betreiber des kommunalen Netzes in den weißen Flecken im Wirtschaftlichkeitslückenmodell

Schritt 3 (perspektivisch):

Eigenwirtschaftliche Erweiterung des Netzes durch den Netzbetreiber

Schritt 4 (perspektivisch):

Veräußerung kommunalen Netzeigentums an den Betreiber; Konsolidierung des Netzes; dauerhafte Einflussnahme der Kommune auf die Daseinsvorsorge durch Kooperationsvertrag oder ähnliches. ■

Christoph Pfänder | AND Solution GmbH

AND CommunityBB: Erleichterte Breitband-Netzplanung für Kommunen mittels Software Anwendung

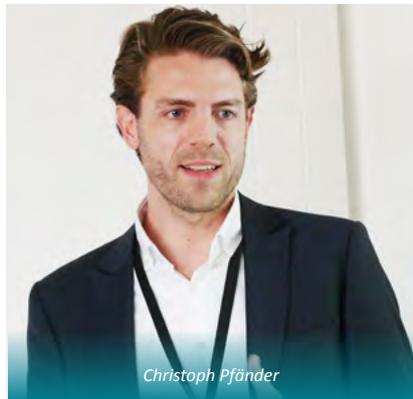
AND Solution ist ein in München ansässiges, mittlerweile weltweit operierendes Unternehmen. Kleinen Planungsbüros, Gemeinden und Stadtwerken, die einen schnellen Breitbandausbau selbst in die Hand nehmen, bietet die Firma mit AND CommunityBB (Breitbandausbau für Gemeinden) eine maßgeschneiderte Softwarelösung für Planung, Dokumentation und Betriebsunterstützung von Breitbandnetzen.

Ihren Ursprung hat AND Solution im Inhouse-Bereich in der Planung und dem Betrieb von Antennenanlagen. Nach der Öffnung des Marktes wurde es auch privaten Unternehmen ermöglicht, Kabelnetze zu bauen und komplexe Netze darzustellen. Heute gehören Vodafone und Unity Media genauso zu den Kunden, wie Stadtwerke und kleine Gemeinden.

Die Software AND CommunityBB kann alle Arten von Netzen abbilden, beispielsweise FTTH, FTTB, FTTT (Glasfaseranschluss eines Mobilfunkmasts) und verschiedene Campus-Netze, wie Gemeindegewerbenetze, und – wo es notwendig ist – Coax, für die letzte Meile. Alles was für ein ganzheitliches Netz benötigt wird, kann schematisch und detailliert in einem einzigen Client abgebildet werden. Mit einbezogen werden auch Hardware, Backbone, PoP und verschiedene Übergabepunkte.

Kompletter Workflow in einer Anwendung

Die Software funktioniert als HTML5-Anwendung und läuft auf allen gängigen Geräten. Ziel ist das Zusammenspiel von Gemeinde und Planungsbüro zu stärken und den ganzen Workflow in einer einzigen Anwendung sichtbar zu machen. Zukünftige Bauvorhaben, die in noch keinem Plan vermerkt sind, können so beim Glasfaseranschluss berücksichtigt werden. Ein direkter Austausch von zwei oder mehreren Teilnehmern ist ohne Zeitaufwand möglich. Während das Planungsbüro plant, verfolgt die Gemeinde den Fortschritt und ist immer auf dem neuesten Stand.



Christoph Pfänder

Das Ganze funktioniert mit Oracle™-Datenbanken im Hintergrund und einer Multi-Server-Architektur, bestehend aus Clients, Applikations- und Lizenzserver, Backups, Sicherheitsaspekten und regelmäßiger Wartung. Die Verwaltung dieses Konstrukts und

die Pflege übernimmt AND Solution, Kosten für eigene IT-Aufwendungen entfallen. Voraussetzung sind eine gute Internetverbindung und mobile Geräte für den Außendienst.

Vereinfachung der Vorplanung

Für die Bundesförderung Breitband ist eine Funktion vorgesehen, über die Informationen für das Förderprogramm exportiert werden.

Eine Vereinfachung der besonders zeitaufwendigen Vorplanung von Breitbandprojekten ist über ein Werkzeug der Partnerfirma Athesio möglich. Solange aber entsprechende personelle Ressourcen vorhanden sind, funktioniert das auch mit AND CommunityBB. ■

Breitbandnetze | Netzbetrieb | Netzservice

mieco 

Eine starke Verbindung

Breitbandnetze aus einer Hand

WIR BAUEN ZUKUNFT

SCHNELL

SICHER

REGIONAL



Jetzt direkt mit dem Smartphone informieren.



www.miecom.de

Andreas Spiegel | Micus Strategieberatung GmbH

Erfolgsfaktoren beim Glasfaserausbau in den Kommunen

„Die Erfolgsfaktoren für den flächendeckenden Glasfaserausbau sind sehr stark vom Einzelfall abhängig. In der Regel ist ein Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren notwendig, etwa die Inanspruchnahme von Fördermitteln als Basis für den weitergehenden eigenwirtschaftlichen Ausbau“, unterstrich Andreas Spiegel. Durch eine Koordinierung geeigneter Maßnahmen könnten Kommunen den Ausbau beschleunigen. Insbesondere Stadtwerke seien in der Lage, eine wesentliche Rolle zu spielen.

Wie Spiegel darlegte, wüssten Netzbetreiber oftmals nicht um das Potenzial von Ausbaugebieten. In zahlreichen Kommunen sei im Breitbandatlas eine Versorgungslage eingetragen, die so in der Realität nicht vorliegt. In einem Interessenbekundungsverfahren könnten Netzbetreiber überregional auf die schlechte Versorgungslage aufmerksam gemacht werden. In diesem Verfahren werde die unzureichende Versorgung beschrieben und das mögliche Kundenpotenzial dargestellt. Zusätzlich zur Veröffentlichung auf Online-Plattformen sollten potenzielle Netzbetreiber auch direkt angesprochen werden.

„Durch proaktives Vorgehen der Kommunen lassen sich eigenwirtschaftliche Ausbauprojekte oftmals realisieren“, betonte Spiegel. In Vorbereitung auf die Gespräche sollte die Kommune so viele Informationen wie möglich zusammentragen:

- Tatsächliche Versorgungssituation
- Verfügbarkeit von Backbone-Leitungen
- Tiefbaukosten und Zulässigkeit alternativer Verlegungsmethoden
- Mitverlegungsmöglichkeiten im Zuge von Straßenbaumaßnahmen
- Mitnutzungsmöglichkeiten vorhandener Infrastruktur

Die Kommune sollte zudem Bereitschaft signalisieren, eigenwirtschaftliche Ausbauprojekte so weit wie möglich zu unterstützen.

Aufgrund formaler Anforderungen gestalte sich der Ausbau im Rahmen von Förderprogrammen oftmals sehr langwierig, so Spiegel. Die Verfahrensschritte Markterkundung, Ermittlung der weißen Flecken bzw. des Fördergebietes, Antragstellung, Vergabeverfahren und Mittelabruf böten zahlreiche Hürden, wie u.a. unklare Versorgungsdaten, eine nachträgliche Änderung des Gebietszuschnitts, die Einhaltung von GIS-Nebenbestimmungen, eine losweise Vergabe und die Dokumentation.

Spiegel zufolge stellt die Inanspruchnahme von Fördermitteln immer noch einen erheblichen Aufwand für die Kommunen dar. Aufgrund der Komplexität des Themas ist aus seiner Sicht eine Zuweisung zu einer bestehenden Stelle in der Regel nicht sinnvoll. Gleichzeitig weist das Thema sehr viele Schnittstellen zu anderen Ressorts auf, u.a. Rechts-, Tiefbau-, Umweltamt

oder der Wirtschaftsförderung. Die Voraussetzungen für Förderung und deren Ziele verändern sich stetig, so dass fortwährend eine Neubewertung der Fördermöglichkeiten erfolgen müsse. Klar sei: „Ohne eine koordinierende Beratung lassen sich Förderprojekte in der Regel nicht umsetzen.“

Noch nicht überall angekommen ist laut Spiegel die notwendige Glasfasererschließung von Schulen. Noch gar nicht im Fokus seien Krankenhäuser. Die Glasfasererschließung von Schulen werde durch zahlreiche Förderprogramme unterstützt. Die Erschließung allein genüge jedoch nicht. Die Schulen benötigten zusätzlich ein Konzept für die Inhouse-Verkabelung, die WLAN-Ausleuchtung und die Vertragsgestaltung, insbesondere die monatlichen Kosten. Auch dazu könnten teilweise Fördermittel in Anspruch genommen werden.

Völlig neue Optionen eröffnet Glasfaser den Stadtwerken als klassischem Infrastrukturanbieter, betonte Spiegel. Hierzu zählten der Einstieg in ein neues Glasfasergeschäftsmodell, das Auslesen von intelligenten Messzählern nach dem Messstellenbetriebsgesetz und der Aufbau eines WLAN-Konzeptes für das Gebiet. Die Vorteile für Stadtwerke beständen in der Extra Leistung für bestehende Kunden, im Gewinn neuer Kunden, in der Nutzung bestehender Expertise und im kostengünstigen Netzaufbau durch vorhandene Infrastrukturen/Mitverlegung.

Für eine umfangreiche Nutzung der Wertschöpfungskette seien Kooperationen mit Dienstleistern wichtig, fuhr Spiegel fort. Die Stadtwerke müssten ihre Positionierung in der Wertschöpfungskette bestimmen. Mit Glasfaser könnten die bestehenden Geschäftsmodelle der Stadtwerke sinnvoll erweitert werden. Während sich das Modell „Stadtwerke in der Rolle des Infrastruktureigentümers“ insbesondere bei kleineren Erschließungsgebieten (weniger als 1.000 Haushalte) oder einzelnen LWL-Strecken (Backbonenetz) eigne, sei das Modell „Stadtwerke in der Rolle des Infrastruktureigentümers und als Anbieter von Diensten“ für große Erschließungsgebiete mit mehr als 1.000 Haushalten von Vorteil.

„Während die Kernkompetenzen der Stadtwerke zunehmend unter Margen- und Wettbewerbsdruck geraten, ist Glasfaser ein neues Geschäftsmodell mit ansprechenden Margen“, fuhr Spiegel fort. Örtliche Präsenz, Kundenstamm, vorhandene Infrastrukturen, tatsächliche Mitverlegungsmöglichkeit bei eigenen Baumaßnahmen, Erfahrung im Infrastrukturbereich und lange Refinanzierungshorizonte seien relevante Vorteile von Stadtwerken gegenüber etablierten Netzbetreibern, die unter der Vielzahl der Projekte an ihre Kapazitätsgrenze geraten.

„Die Chance für den Markteinstieg war nie größer, das Risiko nie kleiner“, zeigte sich Spiegel überzeugt. „Glasfaser bis zum Endkunden wird auch in 30 Jahren noch Stand der Technik sein. Auch wenn das Erstinvest hoch erscheint, werden auf lange Sicht 100 % der Kunden Glasfaser nachfragen.“ ■

Mark Bingham | BKtel networks GmbH

RF Overlay mit Kopfstellenaufbereitung als Lösung gegen Bandbreitenengpaß

Die Nutzung der digitalen Medien in privaten Haushalten ist bekanntlich in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Herkömmliche Infrastrukturen und Netzwerk Topologien kommen an ihre Grenzen. Die von den Netzbetreibern zur Verfügung gestellten Bandbreiten sind ein kostbares Gut. Es gilt, diese Bandbreiten optimal mit Zukunftsdiensten zu belegen und Engpässe möglichst zu vermeiden.

Mittels RF-Overlay Technologie kann in Fibre-to-the-Home Netzen wertvolle lineare TV-Bandbreite auf der gleichen Faser wie das Internet Datensignal in optischen Multiplexverfahren übertragen werden. Somit kann eine signifikante Entlastung der Bandbreite für Internetdienste erzielt werden und getätigte Netzwerk-Investitionen bleiben länger zukunftssicher.

TV-Dienste werden von den privaten Haushalten gerne zusammen mit ihrem Internetzugang bezogen. Dass man hierbei je nach Videoformat eine sehr große Bandbreite in Anspruch nehmen kann, zeigt folgende Tabelle:

Videoformat	Lineare TV Datenrate mit H.264, H.265	Streaming dienste Amazon/ Apple TV
HD	16 Mbit/s	3,5 - 6 Mbit/s
4K	30 Mbit/s	15 - 25 Mbit/s
8K	80 Mbit/s	

Die Verbreitung von 8K steckt zwar noch in den Kinderschuhen, aber die ersten TV-Geräte sind bereits auf dem Markt. In Japan werden beispielsweise die Olympischen Spiele 2020 in 8K übertragen. Somit muss sich die digitale Infrastruktur auf diesen Bandbreitenbedarf vorbereiten. Bei Mehrfachnutzung von Streaming-Diensten werden schnell aber auch mit 4K-Qualität Engpässe nicht nur bei herkömmlichen DSL-Anschlüssen, sondern auch bei GPON-Netze auftreten.

Es summiert sich der künftige Bandbreitenbedarf für OTT- und TV-Dienste somit schnell auf über 100 Mbit/s und mehr.

Bei Mehrfachstreaming können selbst Glasfasernetze mit GPON oder gar Punkt-zu-Punkt-Topologie an ihre Grenzen kommen, wobei das „normale“ surfen im Internet noch gar nicht betrachtet worden ist.

Eine Lösung für FTTH-Topologien ist eine RF-Overlay Technologie, die überall dort zum Einsatz kommen kann, wo eine „barrierefreie“ Radio/TV Grundversorgung gewährleistet werden muss (z.B. in der Wohnungswirtschaft). Diese Technologie ist kompatibel und letztlich unabhängig von verbauter Netzstruktur (E-PtP, 10G, GPON, 10GEPON, XGSPON) und weiteren zukünftigen Technologien.

Statt über IP-Backbone werden die gewünschten TV- und Radio-Dienste direkt über Satellit oder terrestrisch empfangen, entsprechend aufbereitet, optisch umgewandelt und bis hin zum POP übertragen. Durch Nutzung einer eigenen Wellenlänge (1550 nm) werden mittels Multiplexverfahren die linearen TV-Dienste auf eine gemeinsame Faser mit den IP-Daten (1310/ 1490 nm) zusammengelegt. Durch Nutzung der zweiten Wellenlänge wird auf der Faser eine signifikante Entlastung der Bandbreite herbeigeführt.

Neben dem Vorteil der Bandbreitenentlastung gibt es die Möglichkeit, selbst als Dienstleister und „Programmchef“ für TV-Dienste zu agieren. Eine professionelle TV-Aufbereitungsanlage ermöglicht ungeahnte Managementdienste bei der Versorgungslandschaft mit linearem TV. Sie können nicht nur eine gesonderte Programmauswahl, sondern auch zusätzliche Informationsdienste aus Ihrer Gemeinde über Middleware anbieten.

Es gilt also, den TV-Sektor als „Bandbreitenfresser“ nicht zu unterschätzen und entsprechende Vorkehrungen in Ihrer Netzwerkinfrastruktur für die Zukunft zu treffen. Besser gesagt, um mögliche Engpässe vorzubeugen, können Sie mit einem RF-Overlay für lineare TV- und Radio Dienste nicht nur eine höhere Kundenzufriedenheit erreichen, sondern Ihre Investition zukunftsfähig gestalten. ■

Schnelles Internet für die Region

NetCom BW, Ihr regionaler Partner für Breitbanderschließungen in Baden-Württemberg und angrenzenden Bayern.

NetCom BW GmbH
 Unterer Brühl 2 · 73479 Ellwangen
 Telefon 0800 3629 266
 kontakt@netcom-bw.de
 www.netcom-bw.de

Ein Unternehmen der EnBW

 **NetCom BW**



Mehr Informationen unter:
www.netcom-bw.de



Hans-Juergen Merz

Hans-Juergen Merz | M-net Telekommunikations GmbH

Kooperationen auf Augenhöhe als Schlüssel zur Breitbandversorgung der Zukunft

Durch die Förderprogramme und den damit verbundenen FTTC-Ausbau ist in Bayern eine gute Grundversorgung erreicht. Die weitere Erschließung mit Glasfaser bis in die Wohnung wird im ländlichen Raum durch einzelne Anbieter in vielen Fällen jedoch nicht wirtschaftlich zu stemmen sein. Neben einer gezielten Förderung durch die öffentliche Hand und einer möglichst effizienten Verlegung der Infrastruktur wird dafür auch die Steigerung der Netzauslastung durch Kooperationen mehrerer Netzbetreiber entscheidend sein. Für die Kommunen sind dabei regionale Partner auf Augenhöhe gefragt.

Die Infrastruktur der Zukunft heißt FTTH – also Glasfaser bis in die Wohnung oder das Büro. Darin sind sich alle Experten einig – von der Politik über die Wissenschaft bis hin zu den meisten Anbietern und Netzbetreibern. Keine andere Übertragungstechnologie wird in der Lage sein, den Bandbreitenbedarf der Nutzer langfristig zukunftssicher abzudecken. Die Herausforderung für die ausbauenden Betriebe, aber auch für unsere Gesellschaft als Ganzes besteht darin, den Ausbau gerade in dünner besiedelten Regionen und in Zeiten der dramatischen Baukostenentwicklung wirtschaftlich darstellbar zu gestalten.

Passiver Glasfaserausbau durch die Kommune

Für die Wirtschaftlichkeit eines Ausbauprojekts sind drei wesentliche Faktoren ausschlaggebend: Der erzielte Umsatz pro Kunde, die Baukosten und die Netzauslastung – also die Marktdurchdringung im Bestand der angeschlossenen Haushalte mit aktiven Kunden.

Kaum Spielraum für eine wesentliche Steigerung des Deckungsbeitrags bietet der Umsatz pro Kunde. Hier kennt der Markt seit vielen Jahren eigentlich nur eine Entwicklung: Während die angebotenen Bandbreiten kontinuierlich steigen, bleiben die entsprechenden Preispunkte für Einsteiger, Standardnutzer und Heavy User im Wesentlichen immer gleich.

Die Baukosten für die Erstellung des Netzes lassen sich durch die Einführung neuer, günstigerer Verlegetechniken auch nur geringfügig senken. Einen größeren Hebel stellt jedoch die Mitverlegung der Glasfasern mit geplanten Baumaßnahmen für andere Versorgungsnetze wie Wasser oder Strom dar. Dabei werden auch künftig Fördermittel eine

wesentliche Rolle spielen, um die Wirtschaftlichkeitslücke für den Breitbandausbau – möglichst effizient – zu schließen. Diese Konstellation macht die Kommune selbst zum idealen Träger für den Aufbau der passiven Glasfaser-Infrastruktur – sei es über ein Betreibermodell oder über eine eigene kommunale Gesellschaft, welche die Rolle des Infrastrukturpartners übernimmt.

Win-Win-Win für alle Beteiligten

Der entscheidende Faktor für die Steigerung der Wirtschaftlichkeit ist schließlich die Netzauslastung. Indem das Netz für die Vermarktung durch mehrere Anbieter geöffnet wird, lassen sich in Summe deutlich höhere Marktanteile erzielen – und deutlich mehr Nutzer tragen dazu bei, den Netzausbau zu refinanzieren. Als Anbieter aus der Region für die Region bekennt sich M-net klar zu einem Open Access im Interesse der kommunalen Partner: Nach diesem Modell besorgt M-net den Aufbau der aktiven Netzinfrastruktur und betreibt das kommunale Netz mit Telekommunikationsdiensten. Gleichzeitig steht die Infrastruktur durch Wholesale-Kooperationen auch für die Versorgung von Kunden anderer Anbieter zur Verfügung.

Auf diese Weise entstehen am Ende eine größere Anbieter- und Produktvielfalt für die Kunden, größere Vermarktungschancen für die einzelnen Anbieter und höhere Pachterträge für die kommunale Gesellschaft – ein Win-Win-Win für alle Beteiligten. ■

So könnte die ideale Kooperation aussehen:

M-net betreibt das kommunale Netz und stellt über eine Wholesale-Partnerschaft die Vorleistung für die Versorgung von Kunden weiterer Anbieter bereit.

Dr. Andreas Hornsteiner | Laser Components GmbH

Messtechnik für LWL und Netzwerke



Nahezu die gesamte Kommunikation hängt heute vom reibungslosen Funktionieren der Glasfasertechnologie ab – egal ob es sich um die Datenübertragung im Rechenzentrum handelt oder um nationale und internationale TK-Netze. Auch kleinste Fehler können in allen Netzbereichen schwerwiegende Folgen haben. Dr. Andreas Hornsteiner bot einen Überblick über die aktuellen Messlösungen und zeigte auf, wohin die Reise gehen könnte.

Mit den Datenmengen steigen auch die Anforderungen an die Übertragungswege. Für einen effizienten Transfer müssen die Streuverluste so gering wie möglich gehalten werden. Ein bewährtes Mittel dafür ist die Dämpfungsmessung. Die Herausforderung liegt darin, auch bei Multimodefasern genaue und reproduzierbare Messungen durchzuführen. Die Referenzierungsmethodik hat sich dabei grundlegend geändert. Während sich die sogenannte Zwei-Kabel-Methode zum Auslaufmodell entwickelt, müssen Techniker jetzt besonders darauf achten, dass das eingekoppelte Licht bei Messungen an Multimodekabeln (z.B. in Rechenzentren) der „Encircled Flux“-Vorgabe der Norm entspricht.

In Übertragungsnetzen hat sich die OTDR-Messung bereits als Best Practice durchgesetzt. Dabei werden Lichtimpulse in ein Faserende eingespeist. Anhand des zurückgestreuten und reflektierten Lichts lässt sich unter anderem die Position von Netzelementen, Spleißen oder Fehlerstellen bestimmen. Aber auch Eigenschaften wie die Dämpfung von Spleißen oder die Reflexionsdämpfung von Steckverbindern lassen sich auf diese Weise feststellen. Bei Unternehmensnetzen oder bei der Gebäudeverkabelung werden OTDRs eingesetzt, um die Ursache von Dämpfungsverlusten zu erkennen und ihre genaue Position zu bestimmen. Anders als bei Weitverkehrsübertragungen, wo nur zweiseitige Messungen genaue Ergebnisse liefern, reicht bei den kurzen Distanzen in Rechenzentren oder bei FTTH eine pragmatische Lösung von einer Seite aus. Moderne Geräte mit leicht verständlicher Benutzerführung bieten heute eine automatische Auswertung und Fehleranalyse, so dass sie bereits nach einer kurzen Einweisung eingesetzt werden können.

Zu den empfindlichsten Stellen eines Glasfasernetzes zählen die Steckverbinder. Hier können schon kleinste Verschmutzungen schwerwiegende Folgen haben. Ganz nach dem Grundsatz „Stecker checken vor dem Stecken“ sind Tests mit dem Steckermikroskop bei jedem Steckvorgang unabdingbar. Das gilt für Einzelferrulen genauso wie für MPO/MTP-Verbinder mit bis zu 80 Fasern. Für jeden Steckertyp gibt es inzwischen spezielle Mikroskope, die weitgehend automatisch feststellen, ob die vorgegebenen Spezifikationen eingehalten werden.

In Zukunft wird die Analyse der Messergebnisse auch in LANs und Rechenzentren weitgehend in die Cloud ausgelagert werden. Die vor Ort ermittelten Messergebnisse werden sofort an eine zentrale Stelle übermittelt und dort ausgewertet. TK-Unternehmen und Betreiber kritischer Netzstrukturen (KRITIS) sind bereits einen Schritt weiter: Ihre Passiven Netzstrukturen und Zugangspunkte werden durch Optical Network Monitoring-Systeme (ONMSI) rund um die Uhr weitgehend automatisiert überwacht. Dasselbe gilt für das Network Performance Monitoring der aktiven Datenflüsse. Dies umfasst auch die Beratung, Hardware und Projektunterstützung durch Spezialisten wie Laser Components. ■

HOTSPLOTS

Ihr Partner für
WiFi4EU

Freies WLAN
Gäste willkommen

**Treffpunkt City -
Ihr kommunales WLAN**

- 📶 **Stadtmarketing** mit individueller Login-Seite und regionalen Tourismus-Informationen
- 📶 **Passende Komplettlösung** für Rathäuser, Bibliotheken, Schulen und den ÖPNV

kommunen@hotspots.de | Tel: 030-2977348-65 | www.hotspots.de



Johannes Bisping | Bisping & Bisping GmbH & Co. KG

Innovativer Breitbandausbau - Synergien, Kooperationen und innovative Geschäftsmodelle

Bisping & Bisping ist ein in Lauf bei Nürnberg ansässiges mittelständisches Unternehmen, das seit 30 Jahren in der Informations- und Kommunikationstechnik tätig ist und Kunden in Deutschland/Österreich/Schweiz betreut. War vorerst die Versorgung von institutionellen und gewerblichen Kunden mit IT- und Cloud-Services im Fokus, erweiterte vor 15 Jahren das Thema Glasfaser und der Anschluss von Wohn- und Mischgebieten das bestehende Geschäftsfeld. Anspruch ist, innovativ und langfristig zu bauen. Das Unternehmen betreibt über 5.000 km Glasfasernetz, ein eigenes Hochsicherheitsrechenetz und ist in weiteren 15 Rechenetzen europaweit vertreten.

Laut Bundesregierung sollen 2025 die deutschen Haushalte flächendeckend mit Glasfaser versorgt werden. Die Gigabit-Gesellschaft, die volkswirtschaftlich Wachstumsimpulse liefert, kann neue Geschäftsmodelle, Anwendungen, Dienste erst entwickeln und anbieten, wenn die entsprechenden Infrastrukturen geschaffen sind. Leider steht der aktuell sich nur langsam entwickelnde Fortschritt des Glasfaserausbau in Deutschland immer noch dem tatsächlichen Bedarf entgegen.

Die Handlungsempfehlungen, um vor Ort zu einer schnellen Internetanbindung zu kommen, schließen einen Masterplan mit ein, der für den Glasfaserausbau unabdingbar ist. Genauso dürfen Synergien nicht im „Boden liegen gelassen werden“, d.h. bei allen Tiefbaumaßnahmen muss die Verlegung von Glasfaser mit bedacht werden. In der Gemeinde Happurg zum Beispiel, die seit 2011 den Breitbandausbau in 14 Ortsteilen mit 1.500 Haushalten vorantreibt, wurde zuerst ein runder Tisch mit Kommune, regionalen Vertretern, Energieversorgungsunternehmen, Netzbetreibern und Herstellern gebildet und anschließend ein Masterplan erstellt, in dem auf die konsequente Nutzung aller möglichen Synergien (Windkraft, Wasserkraft, Straßenbaumaßnahmen, Rohre) geachtet wurde. Die anfänglich veranschlagte Projektsumme von 2,5 Mio. Euro wurde auf 500.000 Euro reduziert. Viele Einödhöfe wurden damals, als Glasfaser noch nicht „state of the art“ war, mit Glasfaser angeschlossen und jede Baustelle wurde auf FTTH vorbereitet. Für einen Bruchteil des Geldes konnte mehr als die Standardbaumaßnahme erreicht werden.

Innovative Geschäftsmodelle entstehen durch eine Verbindung und sinnvolle Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten, wovon der eigenwirtschaftliche Ausbau diejenige ist, mit der am meisten erreicht wird. Dabei gilt es zwischen

Subventionen und eigenwirtschaftlichem Ausbau eine Balance zu finden mit dem Cherry-Picking vermieden wird. Kooperationen mit (Energie-)Netzbetreibern sollen als Gelegenheit für perfekte Synergien im Bereich der Infrastrukturen und Baumaßnahmen im Auge behalten werden. Diese Kooperationen erleichtern den Zugang zu Kunden und bieten Anknüpfungspunkte im Bereich Smart-Metering, Steuerung, Smart-Grid oder Smart-City. ÜZ Mainfranken beispielsweise hat innerhalb von acht Wochen ein Netz mit einigen hundert Kilometern online genommen. So werden drei Landkreise ohne riesige Investitionen gigabit-mäßig aufgebaut.

Gute Möglichkeiten bieten auch Betreibermodelle mit Kommunen und kommunalen Unternehmen. Hier ist von Seiten der Kommune Engagement und Zeit gefordert. Vorteile sind, dass Kommunen im Breitbandausbau sowieso stark eingebunden sind und die mit öffentlichen Geldern geförderten Netze in öffentlicher Hand bleiben. Eine langfristige Refinanzierung ist z.B. über Verpachtung möglich. Die Stadt Herrieden und der Markt Bechhofen haben eines der innovativsten Glasfasernetze in Bayern und sind ein gutes Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit. Auf konsequente Nutzung von Synergien wurde geachtet, bspw. haben Häuser einen Trinkwasseranschluss mit Glasfaser bekommen. Das eigene Netz, wenn es entsprechend professionell kommuniziert wird, trägt zum Bürgerstolz bei. In Herrieden/Bechhofen gibt es nach zwei Jahren eine Penetrationsrate von 92 % und das Netz wächst jeden Monat weiter.

Einfach geht's nicht, Einfallsreichtum ist gefragt und kein Geschäftsmodell allein wird die gesteckten Ziele bis 2025 erreichen. Aber mit den richtigen Partnern sind innovative Glasfasernetze finanzierbar und realisierbar. ■

Michael Filsinger | Laser 2000

Sichere Netzwerke mit Laser 2000

Schon seit 1986 befasst sich die Firma Laser 2000 mit dem Thema Lichtleitung und allen damit zusammenhängenden Aspekten, die Fehler in der Datenübertragung verursachen. Erweitert wurde das Portfolio durch die höheren Anforderungen im Bereich Netzwerksicherheit und so befasst sich das Unternehmen längst auch mit der Überwachung und Verschlüsselung von Datenleitungen und der Abwehr von Netzwerkbedrohungen.

Ein sicheres Netzwerk fängt bei der Installation an. Beispielsweise können beim Zusammenstecken einzelner Leitungsteile Schmutzpartikel in die Glasfaser-Leitung eindringen. Die winzigen Partikel können zu Rückreflexionen, zu Einfügedämpfung und zu Geräteschäden führen. Bei der Sichtprüfung sind immer beide Enden der Faser zu prüfen. Faserinspektionsgerät, Fasermikroskop und Einfügedämpfungstester kommen hier zum Einsatz. Die Identifikation dieser Kleinstteile ist äußerst wichtig, denn die Schmutzpartikel verhindern den Kontakt mit den Stirnflächen. So entsteht zumindest ein Leistungsverlust.

Wie sicher sind optische Netze?

Das „Anzapfen“ von Glasfasern stellt für die Datensicherheit in optischen Netzen eine ernsthafte Bedrohung dar. Die Mittel für das sog. „Fiber Tapping“ sind leider günstig. Für etwa 2.000 Euro bekommt man einen Biegekoppler, ein Gerät mit Sniffer-Software, einen Medienkonverter und ein Analysetool. Die für das Tapping nötige Signalauskopplung beträgt lediglich <1 %; so kann ein Datendiebstahl nicht ohne Weiteres erkannt werden.

Eine weitere Fehlerquelle in der Datensicherheit kann in der Versorgungsinfrastruktur von Kommunen liegen. Unbefugtes Eindringen in Versorgungsschächte ist möglich oder nach Wartungsarbeiten bleibt ein Zugangsschacht einfach offen. Diese Unwägbarkeiten können über ein Fiber Monitoringsystem ohne zusätzliche Stromversorgung (ONMSi) überwacht

werden. Dabei lassen sich bis zu 80 Sensoren auf 100 km beobachten. Jede Signalabweichung wird mit einem Referenzwert verglichen. Wird der Schwellenwert überschritten, wird der Betreiber alarmiert, üblicherweise per SMS oder eMail.

Verschlüsselung und Transport

Alle Datenverarbeitung passiert im 7-Schichten Modell. Basis für Vernetzung, Abstraktion und Digitalisierung in der Glasfaser ist Schicht „Layer“ 1, die bestimmt, was die höheren Instanzen nutzen können. Wird auf Layer 1 verschlüsselt, dann entsteht eine natürliche Abgrenzung; d. h. hier wird verschlüsselt ohne Interpretation oder Interaktion mit den Bit-Strömen darüber und so werden Latenzprobleme vermieden.

Netzwerkanalyse

Schadsoftware wie GoldenEye, WannaCry, NotPetya & Co. machen weder vor dem Mittelstand noch vor Kommunalverwaltungen „HALT“. Auch öffentliche Verwaltungen und Behörden sowie kleine und mittlere Unternehmen müssen ihr Wissen (Source-Code, Konstruktionspläne, Kundendaten etc.) für ihren Fortbestand sichern und verteidigen. Eine Sicherheitsinfrastruktur, wie sie in internationalen Konzernen verwendet wird, ist oft nicht nach unten skalierbar und meist nicht bezahlbar. Mit der Firma Fidelis hat Laser 2000 einen Partner gefunden, der auch für kleinere Betriebe und Behörden praktikable Lösungen anbietet.

Service und Support

Bei Laser 2000 stehen Experten mit großem Erfahrungsschatz für einen umfassenden technischen Support, ausführliche Beratung und einen zuverlässigen Zertifizierungsservice zur Verfügung. Zum Produktportfolio gehören Kalibrierung, Reparatur und herstellerzertifizierte Wartung, In-house Spleißen, Lasersicherheitstechnische Gutachten genauso wie Unterstützung bei der Gefährdungsbeurteilung, Installation und Inbetriebnahme und kundenspezifische Lösungen. ■

Huber+Suhner

AUSSTELLERBEITRAG

Zukunftsthema: Vernetzte Städte

Höhere Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit sind die Eckpfeiler der Konzepte, die Produkte von Huber+Suhner für eine ganzheitliche Lösung zur Vernetzung in Städten umfassen.

Den Herausforderungen bei der Verbindung unterschiedlichster Organisationen und Verwaltungsabteilungen innerhalb einer Stadt begegnet das weltweit tätige Schweizer Unternehmen mit zukunftssicheren Glasfaser- und Hochfrequenz-Verbindungslösungen für die Festnetzinfrastruktur, Small Cells, Rechenzentren, und FTTx, für den autonomen Verkehr sowie den öffentlichen Nahverkehr.

Eine vernetzte Stadt vereinfacht komplexe Prozesse, optimiert den Energie- und Ressourcenverbrauch und bringt den Menschen die Vorteile der Digitalisierung schneller, als dies

sonst möglich wäre. Verbindungen fördern in den Städten und Gemeinden intelligentes Leben und Arbeiten. Sie ebnen den Weg in die Zukunft. Sie unterstützen die täglichen Bedürfnisse und tragen zu einem effizienteren und nachhaltigeren Leben bei. Intelligente Städte sind auch für Unternehmen wirtschaftlicher und für Einwohner attraktiver.

Ein integraler Bestandteil jeder vernetzten Stadt sind Small Cells: Sie sorgen im städtischen Raum für die erforderliche Kapazität und Netzabdeckung. Dafür hat Huber+Suhner die Antennen SENCITY® Urban MIMO entwickelt. Sie ermöglichen in sonst häufig stark überlasteten Stadtgebieten eine gute Abdeckung mit schnellen Mobilfunkverbindungen. Die kompakten Antennen fügen sich nahtlos in die bestehende Stadtinfrastruktur ein und unterstützen die kostengünstige Bereitstellung von 4G- und 5G-Netzen in Stadtgebieten. ■

Smart Regions Bayern

Nachhaltige Bauwerke, leistungsfähige Infrastrukturen, smarte Städte und attraktive Regionen sind grundlegende Anforderungen von Bürgern und Wirtschaft an künftige Lebenswelten. Um diese Anforderungen zu erfüllen, bedarf es eines wirkungsvollen Zusammenspiels unterschiedlichster lokaler / regionaler Akteure, geeigneter Prozesse und eine systematische Datenintegration.



Willi Steincke

Um aufzuzeigen, was in bayerischen Kommunen bereits umgesetzt wird und was noch möglich wäre, hat sich die GZ als Partner das ZD.B – Zentrum Digitalisierung Bayern mit ins Boot geholt. Erstmals wurde als Ergänzung zu den Fragestellungen rund um den Breitbandausbau ein Themenraum „Smart Regions Bayern“ unter der Moderation von Willi Steincke (ZD.B) angeboten.

Die Referenten Prof. Lutz Heuser (Urban Institut), Thomas Oeben (Dein Nachbar e.V.), Tobias Eder (Eniano GmbH), Emanuel Brehm (virtualcitySYSTEMS GmbH), Rainer Bomeisl (TH Deggendorf) und Christian Seibert (Urban Institut) informierten über die Projekte Info-Cockpit für intelligente Kommunen, Quantensprung der sozialen Versorgung, Energy SDI – Enabler für digitale Energieplanung, 3D Stadtmodelle in der Anwendung, Dahoam 4.0 – Projekte der Digitalen Dörfer in Bayern, Mehr Mobilität für mobilitätseingeschränkte Personen, sowie Smart Ideas for Smart Cities, Infrastruktur für LTE & 5G Netze aus Sicht von Kommunen und Gemeinden.

Willi Steincke verwies eingangs darauf, dass unter der Marke „Smart Regions Bayern“ die Themenplattform Smart Cities and Regions für alle interessierten Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Initiativen, Verbänden und Organisationen Informationen und Vernetzungsmöglichkeiten rund um das Thema Smart Regions in Bayern zusammenstellt. In vielen bayerischen Gemeinden, Städten und Landkreisen seien in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche Digitalisierungsprojekte realisiert worden, so der Koordinator der Doppelthemenplattform Digitales Planen und Bauen & Smart Cities and Regions. Meist ließen sich die einzelnen Projekte einem konkreten Handlungsfeld (Sektor), wie z.B. Mobilität/Verkehr oder Energie (Strom/Wärme) oder Gesundheit oder Tourismus etc. zuordnen.

Als Beispiele nannte Steincke u.a. das VI-Forum in Ingolstadt, die Mitmachinitiative Silicon Vilstal, das Bamberger Pilotprojekt Bird-E-Scooter, der erste On-Demand-Ridepooling-Service namens „freYfahrt“ in Freyung oder aber die im Allgäu beheimatete Bayern Cloud Tourismus.

Damit sich eine Kommune oder Region als „Smart“ bezeichnen kann, bedürfe es freilich einer etwas umfangreicheren Betrachtung, d.h. „Projekte nicht nur in einem oder zwei Handlungsfeldern zu realisieren, sondern systematisch vorzugehen und mit der ‚Digitalisierungsbrille‘ auf die tatsächliche Situation vor Ort zu schauen“. Konkret sei die Frage zu stellen: Welche unserer vorhandenen Probleme/ Herausforderungen können und wollen wir mit Digitalisierung lösen und welche nicht?

Der erste strategische Lösungsansatz des ZD.B konzentriert sich laut Steincke deshalb auf die Entwicklung einer digitalen Strategie und konkreten Maßnahmen: „Wir wollen die Akteure unterstützen, die daran interessiert sind, ihre Gemeinde, Stadt, Region insgesamt für die digitale Transformation fit zu machen. Das bedeutet, eine digitale Agenda zu erstellen, die anhand von 16 definierten Handlungsfeldern eine Bestandsaufnahme erstellt und daraus Ziele sowie konkrete Maßnahmen formuliert.“

Der zweite strategische Ansatz liegt auf dem Aspekt der Datenintegration: Wie Steincke betonte, werde der Einsatz von digitalen Technologien in den nächsten Jahren erheblich zunehmen und in zahlreiche Handlungsfelder bzw. Sektoren vordringen. Aufgrund der eingesetzten Technologien würden immer mehr Daten produziert. Die verwendeten Softwaretools und Sensoren erlaubten mittlerweile umfangreiche Auswertungsmöglichkeiten.

Fazit: Es gibt viele Initiativen und zahlreiche Forschungs- und Förderprojekte; umfangreich sind Wissen und Engagement. Doch stellt sich die Frage nach nachhaltigen Umsetzungsprojekten. Bislang ist aus Steinckes Sicht hier wenig bis kaum Koordination feststellbar, weshalb der Fokus der Themenplattform Smart Cities and Regions auf „Transparenz und Replizierbarkeit“ gelegt werden müsse.

Die Losung laute:

„Vernetzen, zusammenarbeiten und voneinander lernen!“ Es gelte, klein anzufangen und agil vorzugehen. Letztlich müssten die Projekte einen konkreten Bürgernutzen bieten und Antworten zum Datenschutz haben. ■

Weitere Informationen: <https://zdb.netz.bayern>
<https://zentrum-digitalisierung.bayern/smart-regions>

Emanuel Brehm | virtualcitySYSTEMS GmbH

3D-Stadtmodelle in der Anwendung

„Smart Regions“, „Smart Cities“, „Smart Villages“, „Smart People“ – all diese Entwicklungskonzepte haben eines gemein: Der Mensch und seine Interaktion mit der bebauten Umwelt/Umgebung.

VirtualcitySYSTEMS hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, den Bürgern, den Verwaltungen und der Wirtschaft ein objektbasiertes 3D-Stadtmodell anzubieten, das für verschiedene Fragestellungen genutzt werden kann. Die Erfahrung zeigt, dass eine 3D-Darstellung für die meisten Menschen wesentlich greifbarer ist, Diskussionen versachlicht und viele Bürger auf dem Weg der Digitalisierung mitnimmt.

Ob als reine Informations- und Partizipationsplattform für Bürger, als Planungsinstrument und Datenschnittstelle für Stadtplanung, Architektur und Verwaltung, als Grundlage für urbane Analysen und Simulationen oder als Marketingplattform einer Region – ein 3D-Stadtmodell ermöglicht all diese Aspekte in anschaulicher Form.



Das eigene Dorf, die eigene Stadt oder die eigene Region in einem 3D-Stadtmodell zu erleben, fördert Partizipation, schafft Transparenz und weckt nicht zuletzt Interesse am Mitwirken.

Prof. Lutz Heuser | [ui!] Urban Software Institute

Urbane Daten – das Gold der Bürger

Jede Kommune sammelt täglich viele verschiedene Daten von unterschiedlichsten Quellen innerhalb einer Stadt ein, wie z.B. Detektordaten von Ampelanlagen, Emissionsmessungen, Parkingsysteme, Intelligente Lichtmasten, Intelligente Müllentsorgung und viele mehr.

Diese Datensammlung wird bisher von den Verwaltungen meist isoliert betrachtet – ähnlich einem Silo – obwohl eine mehrfache Nutzung und Schaffung von Synergien und Analysen der Stadt bei Ihren Entscheidungen im Rahmen einer Smart City enorm helfen könnte.

Das [ui!] Urban Software Institute möchte Städte unterstützen, diese Daten-Synergien für sich nutzbar zu machen und so Mehrwerte für ihre Bürger zu schaffen. Zur Visualisierung der eingesammelten Daten wird das [ui!] COCKPIT verwendet, mit dem Bürgerinnen und Bürger sehr anschaulich die

Das Bayerische Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung erhebt flächendeckend 3D-Gebäudemodelle für Bayern. Somit ist es jeder Gemeinde in Bayern komfortabel und kostengünstig möglich, ein 3D-Stadtmodell zu erhalten. Mit den benutzerfreundlichen Anwendungen der virtualcitySYSTEMS GmbH werden die 3D-Stadtmodelle direkt im Browser erlebbar.

Konkret lassen sich u. a. folgende Aufgaben mit den Anwendungen umsetzen:

- Unkomplizierte 3D-Visualisierungen von Planungsmodellen und Architekturentwürfen im Kontext der Umgebungsbebauung
- Die Erstellung von eigenen 3D-Planungsszenarien mit dem Zeichenwerkzeug
- Die Erfassung von Gebäudemmaßen und -flächen, zum Beispiel für Nutzer aus dem regionalen Handwerk
- Das Einrichten einer Bürgerbeteiligungsplattform, beispielsweise bei städtebaulichen Planungen
- Das Schaffen einer Plattform für Stadt- und Regionalmarketing
- Das Optimieren von städtebaulichen Planungen anhand von 3D-Solarpotenzial-, Schatten und Sichtbarkeitsanalysen
- Die Einbettung von verschiedenen Kartendiensten in das 3D-Stadtmodell

VirtualcitySYSTEMS bietet hierfür eine kostenlose Teststellung an, die es Interessierten ermöglicht, die Vorteile und Anwendungsbereiche eines 3D-Stadtmodells zu erkunden. Interessierte Gemeinden können virtualcitySYSTEMS gerne direkt unter www.virtualcitysystems.de kontaktieren. ■

zusammengeführten Daten auf einzelnen Kacheln nach Themen sortiert auf einer Oberfläche betrachten können.

Bsp: <https://badhersfeld.urbanpulse.de/>

Um dies möglichst einfach, schnell und für die Stadt oder Region bezahlbar zu machen, kommt [ui!] UrbanPulse als Echtzeit-Sensor-Datenplattform zum Einsatz, die aufgrund einer offenen Schnittstellenarchitektur, unterschiedliche Datenquellen in Echtzeit zusammenführt. Mithilfe von einem [ui!] CONNECTOR werden die Daten eingesammelt, vorverarbeitet und für darauf aufsetzende Anwendungen und Services bereitgestellt. Eigene und Drittanwendungen wie eine Stadt-App oder die kommunale Webseite können so die verfügbaren Daten, unabhängig von deren Herkunft und technischer Schnittstelle, nutzen und für innovative Dienstleistungen verwenden. ■

Fortsetzung von Seite 4 → Und perspektivisch wird signalisiert, dass die Bereitschaft endlich sei, den flächendeckenden Glasfaserausbau tiefbaumäßig zu übernehmen.

Deshalb wird derzeit an einem neuen Modell, dem „Beistellungsmodell“, gefeilt: Die Gemeinde übernimmt, planerisch unterstützt durch den späteren Netzbetreiber, den Glasfaserausbau im zu erschließenden Gebiet. Dann verkauft sie dem Netzbetreiber die Infrastruktur für 100 % ihrer Investitionskosten. Dieser wiederum preist diese Kosten in seine Wirtschaftlichkeitslücke ein und erhält die Ausgleichszahlung, die im Wesentlichen aus dem staatlichen Förderprogramm stammt. Bei der Gemeinde verbleibt „nur“ (die absoluten Eigenanteile pro Glasfaseranschluss sind deutlich höher als bei FTTC, also wenn nur bis zum Kabelverzweiger gegraben wird) der Eigenanteil. Die Verträge können freilich erst geschlossen werden, wenn sich der Netzbetreiber im Auswahlverfahren durchgesetzt hat. Von daher muss die Gemeinde sich sicher sein können, bei einer solchen Beistellung auch Angebote von Netzbetreibern zu bekommen.

Ist das das Modell des Breitbandausbaus 3.0? (1.0: Grundversorgung, 2.0: Schnelles Internet, 3.0: Gigabitnetz). Damit wären die Gemeinden bei der Pflichtaufgabe Breitbandausbau angekommen. Angefangen hätte alles mit der Mitverlegung von Leerrohren. Dann traten vereinzelt eigeninitiative, leistungsfähige Gemeinden auf den Plan, die freiwillig den Breitbandausbau als Daseinsvorsorgeaufgabe begriffen haben. Über die Förderprogramme wurde das Engagement der Gemeinden landesweit ausgeweitet. Allerdings hat man in Bayern bewusst das Betreibermodell nicht aufgelegt: Die Rolle der Gemeinden war durch die Wirtschaftlichkeitslückenförderung ausschließlich administrativ bzw. – auch das muss immer wieder betont werden, aufgrund einer derzeitigen Gesamtsumme von ca. einer 1/2 Milliarde Euro Eigenanteil – monetär. Im Nachhinein wird man wohl sagen, dass die Dämme hin zur gemeindlichen Pflichtaufgabe durch das DigiNetzG im November 2016 gebrochen sind. Hier wurde erstmals gesetzlich eine kommunale Mitverlegungspflicht für Glasfaser unter bestimmten Bedingungen bei größeren Straßenbauarbeiten und bei der Erschließung von Neugebieten eingeführt.

Es wird nun viel über dieses neue Modell diskutiert werden (müssen) und manche/r Ratshauschef/-chefin verzweifelt rufen: „Was sollen wir noch alles machen?“ Doch ehrlicherweise sollten, da über das Ziel der flächendeckenden Glasfaser Konsens herrschen dürfte, jene sagen, was die Alternative ist. Eine staatliche Ausbaugesellschaft? *Tempi passati* kommt einem da in den Sinn. Der Bund hatte ja erst kürzlich großmächtig beim Mobilfunk eine solche staatliche Mastenbau-gesellschaft angekündigt. Bei Licht betrachtet bleibt davon nicht mehr als unsere bayerischen Breitband- oder Mobilfunkzentren, also fachliche Unterstützung.

Vielleicht sollte das Positive an der Entwicklung gesehen werden: Die Gemeinden blieben weiterhin entscheidender Garant für die sich wandelnde Daseinsvorsorge. Wenn dem so ist, wären die Gemeinden gut beraten, sich der Frage zuzuwenden, wie die neue Aufgabe effizient und wirtschaftlich erledigt werden kann. Und ob sie bei so viel Engagement nach sieben Betriebsjahren tatsächlich weiterhin alle Zugriffsrechte aufgeben wollen. ■



Terminhinweis

8. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

12.11.2020

www.bayerisches-breitbandforum.de

FILMBEITRAG VON TV BAYERN



Sehen Sie zum 7. Bayerischen
BreitbandForum auch einen
Filmbeitrag von TV Bayern live.

QR Code scannen oder Weblink
[https://www.tvbayernlive.de/mediathek/
video/bayerisches-breitbandforum](https://www.tvbayernlive.de/mediathek/video/bayerisches-breitbandforum)



IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 24|2019 der
Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Doris Kirchner,
Monika Steer
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Event: Jessica Kassner,
sonst wie angegeben
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Anzeigenleitung: Constanze von Hassel
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg



Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern



Vorträge stehen zum Download im GZ-Netzwerk zur Verfügung.
Bitte melden Sie sich unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern an.

Die Fachveranstaltungen der Bayerischen Gemeindezeitung:



BAYERISCHES
INFRASTRUKTUR
FORUM



BAYERISCHES
ENERGIE
FORUM



BAYERISCHES
WASSERKRAFT
FORUM



BAYERISCHES
BREITBAND
FORUM